

Russland's Gegensanktionen (fortlaufend)

(Stand: 23.03.2022)

Dies ist eine Gesamt-Übersicht der von Russland erlassenen Gegen-Sanktionen gegen die EU im Rahmen des Krieges gegen die Ukraine.

Die neuesten Entwicklungen finden Sie am Ende des Dokuments.

Stand: 25.02.22	2
Stand: 26.-28.02.22	3
Stand: 01.03.22	6
Stand: 02.03.22	8
Stand: 04.03.22	13
Stand: 07.03.22	16
Stand: 09.03.22	22
Stand: 10.03.22	27
Stand: 11.03.22	31
Stand: 14.03.22	37
Stand: 15.03.22	64
Stand: 16.03.22	76
Stand: 17.03.22	87
Stand: 18.03.22	90
Stand: 21.03.22	98
Stand: 22.03.22	105
Stand: 23.03.22	110

.....

Stand: 25.02.22

Moskau werde mit »symmetrischen und asymmetrischen« Gegenmaßnahmen reagieren, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Freitag.

[Russland kündigt Vergeltung für westliche Sanktionen an - DER SPIEGEL](#)

Anhang:

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 24. Februar 2022

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur grundlosen und ungerechtfertigten militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine

1. Der Europäische Rat verurteilt die grundlose und ungerechtfertigte militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine aufs Schärfste. Mit seinen rechtswidrigen militärischen Handlungen verstößt Russland massiv gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und gefährdet die Sicherheit und Stabilität Europas und der Welt. Der Europäische Rat unterstreicht, dass dazu auch das Recht der Ukraine gehört, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Akt der Aggression sowie für die dadurch verursachte Zerstörung und den Verlust von Menschenleben. Russland wird für sein Handeln zur Rechenschaft gezogen werden.
2. Der Europäische Rat fordert, dass Russland seine militärischen Handlungen unverzüglich einstellt, alle Streitkräfte und Militärausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen

uneingeschränkt achtet. Der Europäische Rat ruft Russland und die von Russland unterstützten bewaffneten Verbände auf, das humanitäre Völkerrecht zu achten und ihre Desinformationskampagne und Cyberangriffe einzustellen.

3. Der Europäische Rat bedauert den tragischen Verlust von Menschenleben und das menschliche Leid, die durch die russische Aggression verursacht werden. Er bekundet seine Solidarität mit den Frauen, Männern und Kindern, deren Leben von diesem grundlosen und ungerechtfertigten Angriff betroffen ist. Er fordert Russland und die von Russland unterstützten bewaffneten Verbände auf, allen, die darauf angewiesen sind, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe und Unterstützung zu gewähren.
4. Der Europäische Rat verurteilt auch aufs Schärfste die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine und fordert das Land auf, von solchen Handlungen Abstand zu nehmen und seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen.
5. Die EU hat mit der Annahme restriktiver Maßnahmen rasch und entschlossen auf Russlands Anerkennung der selbst proklamierten separatistischen Gebiete in der Ukraine und den Einsatz seiner Streitkräfte reagiert. Die Europäische Rat vereinbart heute weitere restriktive Maßnahmen, die eng mit unseren Partnern und Verbündeten abgestimmt sind und für Russland massive und schwerwiegende Konsequenzen für seine Handlungen nach sich ziehen werden. Diese Sanktionen betreffen den Finanzsektor, den Energie- und den Verkehrssektor, Güter mit doppeltem Verwendungszweck sowie Ausfuhrkontrollen und die Ausfuhrfinanzierung, die Visumpolitik, die Aufnahme zusätzlicher russischer Personen in die Sanktionslisten und neue Kriterien für die Aufnahme in diese Listen. Der Rat wird die von der Kommission und dem Hohen Vertreter ausgearbeiteten Vorschläge unverzüglich annehmen.
6. Der Europäische Rat ruft dazu auf, dringend ein weiteres Paket von gegen Einzelpersonen gerichteten und wirtschaftlichen Sanktionen auszuarbeiten, das sich auch auf Belarus erstrecken wird.
7. Der Europäische Rat bekräftigt seine rückhaltlose Unterstützung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Er fordert alle Länder auf, die beiden selbst proklamierten separatistischen Gebiete nicht anzuerkennen und sie weder zu ermächtigen noch in irgendeiner Weise zu unterstützen.
8. Die EU ist geeint in ihrer Solidarität mit der Ukraine und wird die Ukraine und ihre Bevölkerung weiterhin gemeinsam mit ihren internationalen Partnern unterstützen, unter anderem durch zusätzliche politische, finanzielle, humanitäre und logistische Unterstützung und eine internationale

Geberkonferenz. Im Anschluss an den Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU vom Dezember 2016 erkennt der Europäische Rat die europäischen Bestrebungen der Ukraine und ihre Entscheidung für Europa an, wie sie im Assoziierungsabkommen zum Ausdruck kommen.

9. Der Europäische Rat ist der festen Überzeugung, dass die Anwendung von Gewalt und Zwangsmitteln zur Durchsetzung von Grenzveränderungen im 21. Jahrhundert jeglicher Grundlage entbehrt. Spannungen und Konflikte sollten ausschließlich durch Dialog und Diplomatie gelöst werden. Die EU wird weiterhin eng mit ihren Nachbarn zusammenarbeiten und bekräftigt ihre rückhaltlose Unterstützung und ihr Engagement für die Souveränität und territoriale Unversehrtheit Georgiens und der Republik Moldau. Sie wird die enge Abstimmung mit Partnern und Verbündeten im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE, der NATO und der G7 fortsetzen.
10. Der Europäische Rat ruft dazu auf, die Arbeiten, die dazu dienen, vorbereitet und gerüstet zu sein, auf allen Ebenen voranzubringen, und ersucht die Kommission, insbesondere Notfallmaßnahmen, einschließlich für den Energiebereich, vorzuschlagen.
11. Der Europäische Rat wird mit der Angelegenheit befasst bleiben.

[st00018-de22.pdf \(europa.eu\)](#)

.....

Stand: 26.-28.02.22

Moskau werde mit »symmetrischen und asymmetrischen« Gegenmaßnahmen reagieren, hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bereits am Freitag angekündigt. Zu den ersten asymmetrischen Maßnahmen gehörte es, die nationale Atomstreitmacht in Alarmbereitschaft zu versetzen. Dies kündigte Wladimir Putin am Sonntagmittag an.

Im wirtschaftlichen Bereich wurde unter anderem vom früheren Präsidenten Dmitrij Medwedew eine „Beschlagnahme von Geldern von Ausländern und ausländischen Unternehmen in Russland nach dem Landesprinzip“ angedroht. Medwedew sprach auch die Möglichkeit an, das Eigentum von Personen zu verstaatlichen, die im Hoheitsgebiet der USA, der EU und einer Reihe von „beschwichtigenden angelsächsischen Ländern“ registriert sind.

Russland wird auf die Schließung des Luftraums für seine Flugzeuge in der Europäischen Union sowie auf die anderen Sanktionen nach Kremlangaben ebenbürtig reagieren

Wir sammeln dazu weiter alle belastbaren Informationen.

Nach einem Bericht der Agentur Tass, wird die Zentralbank der Russischen Föderation ein Verbot des Verkaufs russischer Wertpapiere durch Ausländer einführen. Die Entscheidung trat am 28. Februar um 07:00 Uhr Moskauer Zeit in Kraft. Die Bank von Russland erließ eine Anordnung, die es russischen Maklern untersagte, Wertpapiere im Namen ausländischer Kunden zu verkaufen, schreibt RBC unter Bezugnahme auf ein Dokument, dessen Echtheit von zwei Quellen auf dem Finanzmarkt bestätigt wurde.

Professionelle Teilnehmer am Wertpapiermarkt, die Maklertätigkeiten ausüben, sollten die Ausführung aller Aufträge von Kunden – ausländische juristische Personen und Einzelpersonen – für den Verkauf von Wertpapieren ab sieben Uhr morgens am 28. Februar bis zur Stornierung des Auftrags aussetzen, heißt es in einem unterzeichneten Dokument vom stellvertretenden Vorsitzenden der Regulierungsbehörde, Philip Gabunia. Makler

müssen der Zentralbank auch einen Bericht über die Aussetzung des Geschäfts übermitteln, schreibt die Zeitung unter Berufung auf das Dokument.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anforderungen nicht für Anträge gelten, die am Montag vor sieben Uhr morgens eingereicht werden. Der Bericht über die Ausführung des Auftrags muss bei der Zentralbank innerhalb von fünf Werktagen nach dem Datum der Zusendung dieses Dokuments durch die Bank von Russland eingehen.

Quelle: <https://tass.ru/ekonomika/13891007>

Weitere Medienberichte aus Russland:

Russland treffe Gegenmaßnahmen gegen das von der EU verhängt Flugverbot. Man wolle dabei in erster Linie die staatliche Fluggesellschaft Aeroflot unterstützen. Einem Medienbericht zufolge würde es 5 bis 7 Jahre dauern, um ausländische Flugzeugtypen durch russische zu ersetzen. Berichtet wird über „Umwege“ für russische Flugzeuge. Man könne über Istanbul und den Nahen Osten nach Westen gelangen. Dies brauche aber Zeit.

Russische Reiseveranstalter hätten den Verkauf von Reisen in die Dominikanische Republik, nach Mexiko, Venezuela und Kuba eingestellt, so der Verband der russischen Reiseveranstalter. Die Entscheidung sei aufgrund der langen Flugzeiten und der Gefahr einer Beschlagnahmung von Flugzeugen und höherer Kosten aufgrund der Sanktionen getroffen worden.

Die VEB-Bank werde aufgrund der SWIFT-Situation das Finanznachrichtensystem der Bank of Russia und alternative Kanäle nutzen.

Protestaktion in Moskau für den Frieden und gegen den Krieg in der Nähe des russischen Außenministeriums. Alleine am Sonntag seien in Moskau über 1100 Menschen, darunter auch Journalisten festgenommen worden, obwohl sie sich regelkonform verhalten hätten. In den ersten vier Tagen der Invasion der Ukraine ging die russische Polizei außerdem mit Gewalt gegen die landesweiten Antikriegsproteste vor. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation OVD-Info wurden über 5.900 friedliche Demonstrierende in ganz Russland festgenommen.

Telegram-Gründer Durow überlege, im Fall einer Eskalation seinen Betrieb in Russland und der Ukraine einzuschränken. Der Kanal werde immer stärker zum Verbreiten von fake news missbraucht. Er wolle nicht, dass Telegram zur Verschärfung des Konflikts beitrage.

Gaslieferungen nach Europa über das Gastransportsystem der Ukraine hätten in den letzten Tagen zugenommen, weil Europa wegen leerer Speicher mehr bestellt habe. Gazprom erfülle seine Verträge weiterhin.

Am 24. Februar wies die russische Medienaufsichtsbehörde die Medien an, bei der Berichterstattung über den Einmarsch Russlands in der Ukraine nur Informationen aus offiziellen staatlichen Quellen zu verwenden. Wer sich dieser Anordnung widersetzt, muss mit der Sperrung seiner Website und einer Geldstrafe rechnen.

.....

Stand: 01.03.22

Präsident Putin hat gestern ein Dekret „über besondere wirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit unfreundlichen Handlungen des Westens“ unterzeichnet. Kerninhalte:

- Auf im Ausland eröffnete Konten darf kein Geld mehr überwiesen werden
- Kontrolle über den Verkauf von Deviseneinnahmen durch Exporteure
- Verbot für russische Personen für den Transfer von Devisen ins Ausland
- Verbot für die Vergabe von Fremdwährungskrediten an Gebietsfremde,
- Verbot für Russen, Geld auf ausländischen Konten gutzuschreiben

Gemäß dem Dekret müssen russische Exportunternehmen 80 Prozent ihrer im Ausland erzielten Erträge in Rubel umtauschen. Weiterhin ist es in Russland ansässigen Personen – sogenannten Steuer-Residenten – ab heute verboten, Devisen ins Ausland zu überweisen. Auch können keine Kredite in Fremdwährung an Ausländer vergeben werden. Laut russischen Medien sei dies erst der Anfang – im Raum steht u. a. ein Verbot der Auszahlung von Dividenden und Anleihezinsen an ausländische Investoren.

Erläuterungen: Im veröffentlichten Dokument heißt es konkret: „Ein Verbot der Durchführung von Devisengeschäften im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Devisen durch Gebietsansässige zugunsten von Gebietsfremden im Rahmen von Darlehensverträgen“ – eine solche Formulierung ist auf der Website des Kreml angegeben. Wie aus einer regierungsnahen Quelle erklärt wird, bedeutet diese Formulierung nicht, dass es Unternehmen verboten wird, ihre Schulden gegenüber ausländischen Gegenparteien zu begleichen – es geht lediglich darum, die Kreditvergabe von Gebietsansässigen an Gebietsfremde zu blockieren. Tatsächlich besteht der Zweck dieser Maßnahme darin, den Abzug von Kapital in Offshore- und andere Jurisdiktionen durch Darlehensverträge zu verbieten, sagte eine regierungsnahe Quelle.

Unterdessen erreichen uns Berichte von Unternehmen, dass Überweisungen in Devisen (Euro, US\$, Yen, Schweizer Franken) von und nach Russland nicht mehr funktionieren.

Das Dokument wurde online veröffentlicht, der Link funktioniert allerdings offenbar nur eingeschränkt:

Указ Президента Российской Федерации от 28.02.2022 № 79 "О применении специальных экономических мер в связи с недружественными действиями Соединенных Штатов Америки и примкнувших к ним иностранных государств и международных организаций"

<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202202280049>

Berichte in der russischen Presse zu den Sanktionen:

Путин подписал указ о специальных мерах для борьбы с санкциями

<https://ria.ru/20220228/ukaz-1775643033.html>

Путин подписал указ об ответе на санкции

https://www.rbc.ru/politics/28/02/2022/621cecc89a79478c36273570?utm_source=yxnews&utm_medium=desktop

Путин подписал указ о применении спецмер в экономике из-за санкций Запада

https://tass.ru/ekonomika/13901875?utm_source=yxnews&utm_medium=desktop

Meldungen aus/über Russland:

Der Bargeldumlauf in Russland ist am vergangenen Freitag um die Rekordsumme von 1,39 Billionen Rubel gestiegen, wie aus den Statistiken der Zentralbank hervorgeht. Dies ist ein Rekordwert. Zum Vergleich: Auf dem Höhepunkt der Krise 2014, nach einer damals drastischen Anhebung des Leitzinses auf 17 Prozent, stieg der Bargeldumlauf auf maximal 490,6 Milliarden Rubel. Vielerorts stehen Menschen, die in der postsowjetischen Ära mehr als eine Währungskrise erlebten, vor Banken und Geldautomaten Schlange, um Bargeld abzuheben. [Quelle \(RU\)](#)

Die Aktienmärkte in Russland stürzten Ende letzter Woche ab – die westlichen Sanktionen zeigen harte Auswirkungen. Angesichts der Lage werde an der Moskauer Börse bis zum 5. März weder morgens noch abends gehandelt, wie die russische Zentralbank gestern Abend mitteilte. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Handel am 1. März nur auf den Devisen- und Geldmärkten abzuhalten: Sie werden um 10 Uhr Moskauer Zeit eröffnet und dauern bis 19 Uhr Moskauer Zeit an. Man werde die Zweckmäßigkeit der Eröffnung des Handels auf anderen Märkten in Abhängigkeit von der Entwicklung der Situation bewerten, hieß es in der Mitteilung. [Quelle \(RU\)](#)

Russischer Wirtschaft droht Einbruch um 20 Prozent

Russlands Bruttoinlandsprodukt könnte im laufenden Quartal um bis zu ein Fünftel sinken, heißt es in einer Prognose der US-Großbank JPMorgan. Die Inflationsrate könnte auf zehn Prozent steigen.

Der russischen Wirtschaft steht laut Ökonomen wegen der westlichen Sanktionen ein Einbruch bevor. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im zweiten Quartal um 20 Prozent fallen, geht aus einer Analyse der US-Großbank JPMorgan hervor. Für das Gesamtjahr 2022 wird mit einem Minus von 3,5 Prozent gerechnet. Die Inflationsrate dürfte am Jahresende bei mindestens zehn Prozent liegen.

„Sollten diese neuen Sanktionen umgesetzt werden, wären die Auswirkungen auf die russische Wirtschaft gravierend«, sagte JPMorgan-Ökonom Jahangir Aziz. In konjunkturell schwierigen Zeiten seien die hohen Devisenreserven der Zentralbank und der Überschuss in der Leistungsbilanz die beiden stützenden Säulen gewesen. »Jetzt nicht mehr.«

Der Ökonom geht auch davon aus, dass das Wachstumspotenzial sinkt – von 1,75 auf etwa 1,0 Prozent. Die zunehmende politische und wirtschaftliche Isolation werde noch auf Jahre

hinaus bremsen. Der Ausschluss ausgewählter russischer Banken vom internationalen Zahlungsnetzwerk Swift und das Einfrieren der Devisenreserven der Zentralbank verschärfen auch der Commerzbank zufolge den wirtschaftlichen Schmerz für Russland.

Russland wird nicht nur durch die Finanzsanktionen, sondern auch durch die am Freitag beschlossenen Exportbeschränkungen getroffen«, sagte Chefvolkswirt Jörg Krämer. Diese gelten unter anderem für Ausrüstungen von Ölraffinerien, Flugzeugteile und Halbleiter. »Da die Beschränkungen auf Hightech-Exporte abzielen, dürften sie der Wirtschaft Russlands langfristig beträchtlich schaden, auch weil sie die ökonomische Entwicklung jenseits des Energiesektors behindern«, sagte Krämer.

Russische Ölexportfirmen hätte Probleme beim Ölverkauf. Ihre Partner hätten die Einkäufe zurückgefahren. Eine panische Stimmung verbreite sich angesichts der Absicht der USA und ihrer Verbündeten, RUS von SWIFT abzukoppeln. SHELL habe seinen Ausstieg aus dem Joint Venture mit Gazprom gemeldet, zu dem u.a. Sachalin 2 und NS 2 gehörten. Das russische Industrieministerium diskutiere Maßnahmen zur Unterstützung der russischen Autoindustrie, nachdem Daimler seine Zusammenarbeit mit Kamaz abgebrochen habe und Volvo und VW ihre Autos nicht mehr nach Russland lieferten.

Erste russische Oligarchen kritisieren den Krieg gegen die Ukraine.

[Russland: Oligarchen kritisieren Putin wegen Ukraine-Krieg - WELT](#)
[President Putin, please stop this war | Evening Standard](#)

.....
Stand: 02.03.22

Zurzeit gibt es zwei Präsidialerlasse vom 28.02.2022 und 01.03.2022, die durch mehrere Teilmaßnahmen den Abfluss von Devisen aus Russland verhindern sollen. Es sind weitere reziproke und asymmetrische Gegensanktionen gegen Marktteilnehmer aus "unfreundlichen Staaten" zu erwarten.

Um zumindest den Abfluss von Kapital in ausländischer Währung aus Russland zu verringern, hat Russland vom 1. März an die Ausfuhr von ausländischem Bargeld über einer bestimmten Grenze untersagt.

Bargeld in Fremdwährung ab einem Gegenwert von umgerechnet 10.000 Dollar (knapp 9000 Euro) sei von dem Verbot betroffen, heißt es in einem vom russischen Präsidenten Wladimir Putin unterzeichneten Dekret. Devisen sind in Russland derzeit besonders stark gefragt, nachdem der Rubelkurs kräftig eingebrochen ist. Die Menschen in Russland fürchten nach der beispiellosen Entwertung um ihre Ersparnisse durch den Krieg.

Putin begründete sein Verbot der Ausfuhr von ausländischem Bargeld mit »unfreundlichen« Schritten der USA und anderer westlicher Staaten und Organisationen gegen Russland.

Zahlreiche russische Banken sind mit Sanktionen belegt. Deshalb funktionieren schon einige Kartenzahlungen in Geschäften nicht mehr.

Hier das Präsidentendekret im Wortlaut (Arbeitsübersetzung):

Präsidialerlass Nr. 81 vom 1. März 2022 über zusätzliche befristete wirtschaftliche Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Stabilität in der Russischen Föderation

Angesichts der völkerrechtswidrigen Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und mit ihnen verbundener ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die mit der Verhängung restriktiver Maßnahmen gegen Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen verbunden sind, hat der Präsident der Russischen Föderation zum Schutz der nationalen Interessen der Russischen Föderation, zur Gewährleistung ihrer finanziellen Stabilität und in Übereinstimmung mit dem Föderalen Gesetz Nr. 281-FZ vom 30. Dezember 2006 "Über wirtschaftliche Sonder- und Zwangsmaßnahmen" und Nr. 390-FZ vom 28. Dezember 2010 "Über Schutzmaßnahmen" den folgenden Erlass unterzeichnet.

1. Ergreifung folgender zusätzlicher vorübergehender wirtschaftlicher Maßnahmen zur Gewährleistung der finanziellen Stabilität in der Russischen Föderation

a) ab dem 2. März 2022 ein **spezielles Verfahren für Gebietsansässige** (Anm.: *natürliche + juristische Personen mit Sitz in der RF; Deviseninländer*) einzuführen, um die folgenden Transaktionen (Geschäfte) mit ausländischen Personen durchzuführen, die mit ausländischen Staaten verbunden sind, die feindliche Handlungen gegen russische juristische und natürliche Personen begehen (einschließlich, wenn diese ausländischen Personen Bürger dieser Staaten sind, der Ort ihrer Registrierung, der Ort ihrer präemptiven Geschäftstätigkeit oder der Ort des präemptiven Gewinns aus ihrer Tätigkeit diese Staaten sind), sowie mit Personen, die

- Transaktionen (Geschäfte), die die Gewährung von Darlehen und Krediten (in Rubel) an Personen ausländischer Staaten beinhalten, mit Ausnahme der Fälle, in denen die Gewährung von Darlehen und Krediten nach den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation verboten ist
- Geschäfte (Operationen), die das Eigentumsrecht an Wertpapieren und Immobilien beinhalten, die mit Personen ausländischer Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen, durchgeführt (ausgeführt) werden;

b) Transaktionen (Operationen), die unter Buchstabe "a" dieses Absatzes und Absatz 3 des Präsidialerlasses Nr. 79 vom 28. Februar 2022 "Über die Anwendung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen in Bezug auf unfreundliche Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und ausländischer Staaten sowie internationaler Organisationen, die sich ihnen anschließen" vorgesehen sind, können auf der Grundlage von Genehmigungen durchgeführt (ausgeführt) werden, die von der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation erteilt werden und gegebenenfalls Bedingungen für die Durchführung enthalten.

c) Die in Buchstabe a) vorgesehenen Transaktionen (Geschäfte) mit ausländischen Personen, die keine Personen ausländischer Staaten sind, die unfreundliche Handlungen begehen, wenn es sich bei den Transaktionen (Geschäften) um Wertpapiere und Immobilien handelt, die nach dem 22. Februar 2022 von den oben genannten ausländischen Personen von Personen ausländischer Staaten, die unfreundliche Handlungen begehen, erworben wurden, werden gemäß dem in diesem Dekret festgelegten Verfahren durchgeführt (ausgeführt).

d) Geschäfte (Operationen), die gemäß Unterabsatz drei (a) dieses Absatzes ein Eigentumsrecht an Wertpapieren begründen, können im organisierten Handel auf der Grundlage von Genehmigungen ausgeführt werden, die von der Zentralbank der Russischen Föderation im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der Russischen Föderation erteilt werden und Bedingungen für die Ausführung (Erfüllung) solcher Geschäfte (Operationen) enthalten.

e) Das in diesem Erlass vorgesehene Verfahren der Durchführung (Erfüllung) von Geschäften (Operationen) gilt nicht für Geschäfte (Operationen), an denen die Zentralbank der Russischen Föderation und staatliche Organe beteiligt sind.

f) Die Kreditinstitute sind berechtigt, vorbehaltlich der in diesem Dekret festgelegten Beschränkungen Geldbeträge in Fremdwährung auf Korrespondenzkonten bei gebietsfremden Banken zu überweisen.

g) ab dem 2. März 2022 die Ausfuhr von Fremdwährungen in Form von Bargeld und (oder) Geldinstrumenten in Fremdwährung aus der Russischen Föderation in einem Gegenwert von mehr als 10.000 US-Dollar, berechnet zu dem am Tag der Ausfuhr geltenden offiziellen Wechselkurs der Zentralbank der Russischen Föderation, zu verbieten.

2. Die Regierung der Russischen Föderation genehmigt innerhalb von fünf Tagen das Verfahren für die Erteilung der in Absatz 1 Buchstabe b" dieses Erlasses vorgesehenen Genehmigungen durch die Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation.

3. Dieses Dekret tritt am Tag seiner amtlichen Veröffentlichung in Kraft.

Präsident der Russischen Föderation
V. Putin

Die Bank von Russland hat Geldtransfers aus Russland ins Ausland durch Staatsangehörige von Ländern, die Sanktionen gegen Russland angekündigt haben, verboten. Die Zentralbank sandte am 1. März ein entsprechendes Schreiben an die Kreditinstitute. RBC hat das Dokument überprüft; seine Echtheit wurde von zwei Quellen auf dem Zahlungsmarkt bestätigt.

Das Verbot gilt vom 1. März bis zum 31. März 2022 und betrifft natürliche und juristische Personen. Die Liste der Länder, deren Bürger von dem Verbot betroffen sind, umfasst 43 Länder.

Nach GTAI-Angaben gibt es eine behördliche Anordnung der russischen Behörden die besagt: „Jeder Tatbestand der finanziellen und sonstigen Unterstützung eines ausländischen Staates bei Aktivitäten, die gegen die Sicherheit der Russischen Föderation gerichtet sind, wird rechtlich bewertet.“ Es wird darauf hingewiesen, dass "die Bereitstellung finanzieller, materieller und technischer, beratender oder sonstiger Unterstützung für einen ausländischen Staat, eine internationale oder ausländische Organisation oder deren Vertreter bei Aktivitäten, die gegen die Sicherheit der Russischen Föderation gerichtet sind, den Tatbestand eines Verbrechens gemäß Artikel 275 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (Hochverrat) erfüllt.“

Germany Trade & Invest stellt aktuelle Übersichten zu den russischen Gegenmaßnahmen (Gegensanktionen) zur Verfügung. [EU-Russland-Sanktionen](#) | [Special \(gtai.de\)](#)

Meldungen aus/über Russland:

Viele Menschen in Russland ziehen massenhaft Geld von ihren Konten ab. An den Bankautomaten etwa in der Moskau bilden sich wegen der westlichen Sanktionen gegen russische Banken seit Tagen lange Warteschlangen. Dazu kommt: Zahlreiche Menschen verlassen wegen des Krieges in der Ukraine derzeit auch Russland, weil sie Angst vor einer Verschärfung der Lage haben. Deshalb versuchen sie, ihr Bargeld in Sicherheit zu bringen.

Auch viele Bankautomaten geben kein Geld mehr. Aus Angst vor einer Entwertung des Rubels kaufen viele Russen etwa in Moskau Technik wie Mobiltelefone, bevor die Preise hochgesetzt werden.

Wegen der russischen Militäroffensive gegen die Ukraine schränken immer mehr Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen zu Russland ein. Jetzt will auch US-Flugzeughersteller Boeing die Lieferung von Teilen, die Wartung sowie den technischen Support für russische Fluggesellschaften einstellen. Zuvor hatte bereits der europäische Rivale Airbus den Betrieb seines Trainingscampus in Moskau ausgesetzt. Auch der US-Ölkonzern ExxonMobil kündigte an, sich schrittweise aus Russland zurückziehen zu wollen.

Die von Sanktionen betroffene Europa-Tochter der russischen Sberbank muss den Betrieb einstellen. Die in Österreich ansässige Sberbank Europe AG werde ein Insolvenzverfahren durchlaufen, teilte die EU-Bankenaufsicht am Dienstagabend mit. Die Tochtergesellschaften in Kroatien und Slowenien werden hingegen an lokale Banken verkauft. Die Bankenaufsicht betonte, dass die Vermögen der Kunden bis 100.000 Euro durch das Einlagensystem abgesichert seien. Die Sberbank, größtes Geldinstitut des Landes und mehrheitlich vom russischen Staat kontrolliert, war eines der ersten Ziele der westlichen Finanzsanktionen gegen Moskau.

Das russische Verkehrsministerium hat einen Erlass ausgearbeitet, der die Schifffahrt in mehreren Abschnitten der Straße von Kertsch in der Nähe der Krim-Brücke verbietet. Das Dokument wurde am Mittwoch auf die Website der Verordnungsentwürfe gestellt, und seine Begutachtung läuft bis zum 8. März. Das Verkehrsministerium begründet die Notwendigkeit der Anordnung mit der Gewährleistung der Sicherheit im Bereich des Verkehrsübergangs.

[Минтранс предложил установить ряд запретных для плавания районов в зоне Крымского моста - Морские вести России \(morvesti.ru\)](#)

.....
Stand: 03.03.22

Germany Trade & Invest stellt aktuelle Übersichten zu den russischen Gegenmaßnahmen (Gegensanktionen) zur Verfügung. [EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Meldungen aus/über Russland:

Übersicht zu bald fehlenden Zutaten für die Russische Lebensmittelindustrie: Im Land vorhanden sind in erster Linie Getreide, Fleisch, Milch. Fehlen werden unter anderem Gewürze, Aminosäuren, Vitamine, Aromen, Fermente, Kulturen.

<https://agrotrend.ru/news/23463-kakoy-budet-postsanktsionnaya-eda/>

Russland stoppt Lieferungen von Raketentriebwerken an USA

Als Reaktion auf US-Sanktionen stoppt Russlands Raumfahrtbehörde Roskosmos die Lieferung von Raketentriebwerken in die USA. "Lasst sie auf ihren Besen ins All fliegen", sagte Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin im Staatsfernsehen. Zudem wolle Russland vorerst keine gelieferten Triebwerksmotoren mehr warten. Mehrere westliche Länder haben nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie trafen auch die Raumfahrtindustrie. Rogosin hatte bereits in der Vergangenheit vom Westen verhängte Strafmaßnahmen kritisiert und sogar mit einem Ausstieg Russlands aus der Internationalen Raumstation ISS ab 2025 gedroht.

Russische Unternehmen wollen Bankkonten in China eröffnen

Schanghai Russische Unternehmen wollen angesichts der westlichen Sanktionen wegen der Invasion in der Ukraine verstärkt Bankkonten bei chinesischen Geldhäusern eröffnen. „In den vergangenen Tagen sind 200 bis 300 Unternehmen an uns herangetreten, die neue Konten eröffnen wollen“, sagte ein Mitarbeiter der Moskauer Filiale einer chinesischen Staatsbank, der anonym bleiben wollte, am Donnerstag der Nachrichtenagentur Reuters. Viele der Firmen machen demnach Geschäfte mit China. Es sei zu erwarten, dass deren Transaktionen mit der chinesischen Währung Yuan zunehmen werden.

.....
Stand: 04.03.22

Sanktionsforderungen gegen Russland sollen unter Strafe gestellt werden.

Laut folgender Meldung hat der russische Föderationsrat am Freitag ein Gesetz verabschiedet, das eine „verwaltungsrechtliche Haftung für die Verunglimpfung des Einsatzes der russischen Streitkräfte zur Verteidigung Russlands und seiner Bürger sowie für die Forderung nach Sanktionen gegen Russland“ einführt.

Zu diesem Zweck werden neue Artikel in das russische Gesetzbuch über Ordnungswidrigkeiten (CAO) aufgenommen. Eines davon bestraft Aufforderungen an ausländische Staaten, staatliche Verbände oder Vereinigungen sowie zwischenstaatliche Einrichtungen, Maßnahmen zur Verhängung oder Verlängerung von Sanktionen gegen Russland, russische natürliche oder juristische Personen zu ergreifen.

Die Meldung zu den genannten Maßnahmen stammt von der Nachrichtenagentur Tass:
[Совфед одобрил закон об уголовной ответственности за призывы к санкциям против России - Политика - ТАСС \(tass.ru\)](https://tass.ru/politika/1111111)

Zur Einschränkung der freien Berichterstattung gibt es einen Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland:
[Krieg in der Ukraine: Russland stellt hohe Strafen für „Fake News“ über Militäreinsatz in Aussicht \(rnd.de\)](https://rnd.de)

Angesichts des Ukraine-Kriegs will Russland die Verbreitung angeblicher Falschinformationen über die russischen Streitkräfte mit drastischen Strafen belegen. Das Parlament stimmte am Freitag in Moskau für eine entsprechende Gesetzesänderung. Es drohen demnach hohe Geldstrafen und bis zu 15 Jahre Haft.

Medien in Russland ist seit vergangener Woche verboten, in der Berichterstattung über den Krieg gegen die Ukraine Begriffe wie „Angriff“, „Invasion“ und „Kriegserklärung“ zu verwenden. Moskau bezeichnet den Krieg als militärische „Sonderoperation“.

Damit die Gesetzesänderung in Kraft tritt, sind noch die Zustimmung des Föderationsrats, der zweiten Parlamentskammer, sowie die Unterschrift von Präsident Wladimir Putin notwendig. Beides gilt aber als Formalie.

Befürchtet wird, dass das die Berichterstattung verbliebener unabhängiger Medien in Russland gravierend einschränken wird. Die russischen Behörden hatten in den vergangenen Tagen schon mehrere kritische Sender blockiert. Der bekannte Radiosender Echo Moskwj gab seine Schließung bekannt.

Wer Inhalte, die gegen die Vorgaben verstoßen, nicht löscht, muss mit einer Blockade rechnen, hieß es bereits vorige Woche. Das gelte auch für die Verbreitung „unwahrer Informationen über den Beschuss ukrainischer Städte und den Tod von Zivilisten in der Ukraine durch Handlungen der russischen Armee“. Mehrere Medien wurden bereits blockiert.

Russlands Behörden haben ihr Vorgehen gegen kritische Stimmen in den Medien seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine massiv verschärft. Die Websites von unabhängigen Medien sind teilweise nicht erreichbar.

Die russischen Behörden haben den Zugang zu den Websites der Deutschen Welle und weiterer unabhängiger Medien nach eigenen Angaben "eingeschränkt". Auch Journalisten der Nachrichtenagentur AFP stellten Zugangsprobleme fest.

Von dem Schritt sind neben dem deutschen Auslandssender auch die Websites von BBC, Medusa und Swoboda betroffen, teilte die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor mit. Außerdem sind die Websites von Facebook sowie RFE-RL betroffen.

Russlands Behörden haben ihr Vorgehen gegen kritische Stimmen in den Medien seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine massiv verschärft.

Der unabhängige Radiosender "Echo Moskwy" etwa hatte gestern seine Auflösung bekannt gegeben, nachdem er wegen seiner Berichterstattung über die Invasion in der Ukraine mit einem Sendeverbot belegt worden war. Auch der unabhängige Fernsehsender "Doschd" wurde verboten.

Russische Medien waren nach dem Einmarsch in die Ukraine angewiesen worden, nur offizielle Informationen der russischen Behörden für ihre Berichterstattung zu verwenden. Begriffe wie "Angriff" oder "Invasion" im Zusammenhang mit dem Einmarsch in die Ukraine sind verboten. Die Behörden stellen den Angriffskrieg auf die Ukraine lediglich als "Sondereinsatz" des Militärs und Friedensmission zum Schutz russischsprachiger Ukrainer dar.

[Redaktionsnetzwerk Deutschland](#)

Russland liefert keine Raketentriebwerke mehr an USA

Als Reaktion auf US-Sanktionen stoppt Russlands Raumfahrtbehörde Roskosmos die Lieferung von Raketentriebwerken in die USA. „Lasst sie auf ihren Besen ins All fliegen“, sagte Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin am Donnerstag im Staatsfernsehen. Zudem wolle Russland vorerst keine gelieferten Triebwerksmotoren mehr warten. Mehrere westliche Länder haben nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie trafen auch die Raumfahrtindustrie.

Rogosin hatte bereits in der Vergangenheit vom Westen verhängte Strafmaßnahmen kritisiert und sogar mit einem Ausstieg Russlands aus der Internationalen Raumstation ISS ab 2025 gedroht. Am Mittwoch verkündete die Weltraumbehörde, vorerst keine weiteren Satelliten für schnelles Internet des britischen Kommunikationsunternehmens OneWeb ins All zu bringen. Der Konzern solle „innerhalb von zwei Tagen umfassende rechtsverbindliche Garantien“ geben, dass die Satelliten nicht für militärische Zwecke verwendet und Daten nicht ans Militär weitergeleitet werden, sagte Rogosin am Mittwoch im russischen

Staatsfernsehen. Sollte OneWeb keine Garantien abgeben, werde die Sojus-Rakete mit den Satelliten wieder vom Startplatz genommen. Der Start ist für Samstag geplant.

Als Reaktion auf EU-Sanktionen gegen Moskau hatte Roskosmos am Samstag auch die Zusammenarbeit bei Weltraumstarts in Kourou in Französisch-Guyana ausgesetzt.

Germany Trade & Invest stellt aktuelle Übersichten zu den russischen Gegenmaßnahmen (Gegensanktionen) zur Verfügung. [EU-Russland-Sanktionen](#) | [Special \(gtai.de\)](#)

Weitere Meldungen aus/über Russland:

In den sozialen Netzwerken verbreitete sich die Information, dass der Kreml nach Angaben des ukrainischen Geheimdienstes am 4. März das Kriegsrecht im Land oder zumindest in einigen Regionen verhängen und Männern im wehrpflichtigen Alter die Ausreise aus Russland verbieten werde. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, bezeichnete diese Berichte als "Gerücht" und rief dazu auf, den Gerüchten keinen Glauben zu schenken.

Tagesschau:

[Kreditwürdigkeit: Droht Russland der Staatsbankrott? | tagesschau.de](#)

Alle drei an den internationalen Finanzmärkten bedeutsame Ratingagenturen haben die Kreditwürdigkeit Russlands jetzt auf "Schrottniveau" herabgesetzt. Fitch nahm heute die Bonitätswertung um sechs Stufen auf die Note "B" zurück. Weitere Herabstufungen sind möglich.

Auch die Ratingagentur Moody's senkte ihr Kreditbewertung heute gleich um sechs Stufen auf "B3". Die dritte und wohl bekannteste Ratingagentur, Standard & Poor's (S&P), hatte die Kreditwürdigkeit Russlands bereits vor einigen Tagen auf Schrottniveau heruntergestuft. Die Ratingnote liegt bei "BBB-" und damit ebenfalls im spekulativen Bereich.

Zahlreiche Fondsmanager hätten zudem russische Wertpapiere wegen des Krieges unabhängig von den Ratingabstufungen bereits aus ihren Fonds genommen, so Heinisch. Da der interne Zahlungsverkehr in Russland aber intakt ist, kann sich Russland im Inland weiter verschulden, wenn es erforderlich ist.

Russland verfügt laut Heinisch prinzipiell über ausreichend Mittel, um die Schulden zu bedienen, die Zahlungsfähigkeit sei grundsätzlich gegeben: "Aber selbst wenn Russland zahlen will, könnte es sein, dass die Zahlungen zumindest für die Auslandsverschuldung sanktionsbedingt nicht abgewickelt werden können."

Auch die Analysten der US-Bank JPMorgan warnen davor, dass die Sanktionen der Verbündeten und die Unterbrechung der Zahlungsketten für Russland hohe Hürden darstellten, um den Zahlungsverpflichtungen aus Anleihen überhaupt nachkommen zu können.

Ein wichtiges Datum ist diesbezüglich ist der kommende 16. März. An diesem Tag werden die nächsten russischen Zahlungen ins Ausland fällig. Wenn sie nicht geleistet würden, bliebe eine weitere Frist von 30 Tagen, sodass nach Angaben der JPMorgan-Fachleute der Zahlungsausfall am 15. April eintreten könnte.

Frankfurter Allgemeine

JP Morgan: Russische Wirtschaftsleistung schrumpft um 35 Prozent (FAZ)

Die US-Großbank JP Morgan geht davon aus, dass die Sanktionen des Westens die russische Wirtschaft hart treffen werden. Weitere große Unternehmen ziehen sich aus dem Land zurück – darunter der Chiphersteller Intel.

Die russische Wirtschaft wird der US-Großbank JP Morgan zufolge wegen des Kriegs in der Ukraine und der vom Westen verhängten Sanktionen im zweiten Quartal stark einbrechen: um 35 Prozent. Im Gesamtjahr 2022 werde die Wirtschaft um 7 Prozent schrumpfen, heißt es in einer aktuellen Einschätzung. Die Entwicklung werde mit der schweren Wirtschaftskrise 1998, der globalen Finanzkrise 2008 sowie den Folgen der Coronavirus-Pandemie vergleichbar sein.

So dürften die Exporte in diesem Jahr um 13 Prozent zurückgehen, die Binnennachfrage um 10 Prozent und die Importe um etwa 30 Prozent. „Klar ist zudem, dass die zunehmende wirtschaftliche und politische Isolation Russlands langfristig zu einem geringeren Wachstum führen wird“, schreibt Analyst JP-Morgan-Anatolij Shal. Im kommenden Jahr wird ein Nullwachstum erwartet. Das langfristige Trendwachstum dürfte nur bei etwa 1 Prozent liegen.

Die Ratingagentur S&P drückte ihre Bewertung für die Kreditwürdigkeit Russlands noch tiefer in den Ramsch-Bereich. Die Bonitätsnote werde von „BB+“ auf jetzt „CCC-“ zurückgenommen. „Die Herabstufung folgt auf die Auferlegung von Maßnahmen, die unserer Meinung nach das Risiko eines Zahlungsausfalls erheblich erhöhen werden“, hieß es mit Blick auf die neuen westlichen Sanktionen. Die Ratingagentur warnte zudem vor weiteren Herabstufungen, da die Aussichten weiterhin negativ bewertet werden.

.....

Stand: 07.03.22

Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete am 5. März ein Dekret „über vorübergehende Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten

ausländischen Gläubigern“, so der Pressedienst des Kremls. Es geht dabei um die Aufstellung einer Liste ausländischer Staaten, „die feindselige Handlungen gegen die Russische Föderation, russische juristische und natürliche Personen begehen“, heißt es in dem Dokument.

Russische Unternehmen werden das Recht haben, Schulden bei Gläubigern aus Ländern, die „unfreundliche Handlungen“ begehen, in Rubel zu bezahlen, so die Agentur.

„Das durch diesen Erlass festgelegte Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gilt für die Erfüllung von Verpflichtungen in Höhe von mehr als 10 Millionen Rubel pro Kalendermonat oder in Höhe des Gegenwerts dieses Betrags in ausländischer Währung zum offiziellen Wechselkurs der Zentralbank der Russischen Föderation, der am 1. eines jeden Monats festgelegt wird“, zitiert Interfax das vom Präsidenten unterzeichnete Dokument.

Wie die Agentur erklärt, hat der Schuldner das Recht, die für die Zahlung an die Gläubiger bestimmten Mittel auf ein „Konto vom Typ C“ zu überweisen, das für die Erfüllung dieser Verpflichtungen bestimmt ist. Das „C-Konto“ wird in Rubel geführt“, heißt es in dem Erlass.

Die Länderliste ist inzwischen veröffentlicht worden. Neben den Ländern der Europäischen Union, stehen auf ihr 21 weitere Länder von Australien bis Japan. Hier finden Sie die Liste:

[Кабмин утвердил перечень недружественных России стран и территорий - Политика - ТАСС \(tass.ru\)](#)

Der russische Präsident unterzeichnete am 6. März ein neues Dekret für Regeln für Geschäfte mit ausländischen Unternehmen in Ländern und Gebieten, die Russland nicht freundlich gesinnt sind

Alle Transaktionen und Geschäfte russischer Unternehmen mit Staatsangehörigen und Firmen aus Ländern, die Russland nicht freundlich gesinnt sind, müssen von der Rechtskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen genehmigt werden. Ein Erlass zur Einführung eines solchen Verfahrens wurde von Premierminister Michail Mischustin unterzeichnet.

Dem Dokument zufolge muss ein in Russland ansässiges Unternehmen oder ein ausländisches Unternehmen aus nicht befreundeten Ländern die Genehmigung für die Transaktion beantragen. Er muss ausführliche Informationen über den Antragsteller enthalten, einschließlich eines Dokuments über die wirtschaftlichen Eigentümer des Unternehmens.

Auf der Grundlage einer Analyse der eingegangenen Unterlagen und der Art der künftigen Vereinbarung wird eine Entscheidung über die Genehmigung oder Ablehnung der Transaktion getroffen. Es kann eine Genehmigung für das Geschäft mit den Bedingungen für seine Durchführung erteilt werden.

Der Hauptzweck dieser Arbeit besteht darin, die finanzielle Stabilität des Landes angesichts des externen Sanktionsdrucks zu gewährleisten.

Der Erlass wurde zur Umsetzung des Erlasses Nr. 81 des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 1. März 2022 "Über zusätzliche vorübergehende wirtschaftliche Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Stabilität der Russischen Föderation" verabschiedet.

Mit einem separaten Erlass hat Michail Mischustin die Zusammensetzung des Rechtsausschusses für die Kontrolle ausländischer Investitionen erweitert. Ihm gehören Vertreter der Zentralbank und der Präsidialverwaltung an.

[Документы - Правительство России \(government.ru\)](https://government.ru)

Bereits am 2. März hatte Wladimir Putin ein Dekret über zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Finanzstabilität in Russland unterzeichnet (wir berichteten).

Hier eine Meldung von Tass dazu:

Russland hat demnach seit dem 2. März ein spezielles Verfahren für Transaktionen für ausländische Unternehmen eingeführt, die mit Staaten verbunden sind, die unfreundliche Handlungen gegen Russland und seine Bürger begehen (siehe Liste oben). Die neuen Maßnahmen betreffen Transaktionen mit auf Rubel lautenden Darlehen und Krediten an solche ausländischen Personen sowie Transaktionen mit "Eigentum an Wertpapieren und Immobilien".

Es wird präzisiert, dass solche Geschäfte „auf der Grundlage einer von der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation erteilten Genehmigung durchgeführt (ausgeführt) werden können“. Erforderlichenfalls können diese Genehmigungen Bedingungen für die Durchführung von Transaktionen enthalten.

Dabei können diese Personen auf der Grundlage von Genehmigungen, die von der Zentralbank in Abstimmung mit dem Finanzministerium der Russischen Föderation erteilt werden und bestimmte Bedingungen enthalten, Wertpapiergeschäfte im organisierten Handel tätigen.

Dieses Dekret gilt auch für Geschäfte mit Ausländern aus anderen Ländern, wenn diese nach dem 22. Februar 2022 Aktien oder Immobilien von Vertretern unfreundlicher Länder kaufen.

Auf der Grundlage von Beschlüssen der gleichen Regierungskommission können in Russland ansässige Personen Devisen auf ausländische Konten überweisen. In Russland ansässigen Personen wurde untersagt, Devisen auf Bankkonten außerhalb des Landes einzuzahlen und Devisen an Nichtansässige zu verleihen. Die Entscheidung ist seit dem 1. März in Kraft.

Das neue Dokument korrigiert diese Maßnahmen und erlaubt auch solche Transaktionen mit der Genehmigung einer Regierungskommission. Die Regierung ist angewiesen worden, innerhalb von fünf Tagen das Verfahren für die Erteilung der für diese Transaktionen erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass Kreditinstitute das Recht haben, Gelder in Fremdwährung auf Korrespondenzkonten bei gebietsfremden Banken zu überweisen, sofern die in dem Erlass festgelegten Beschränkungen eingehalten werden.

Darüber hinaus sieht das Dokument ein Verbot der Abhebung von Bargeld in ausländischer Währung in Höhe von mehr als 10.000 US-Dollar aus Russland vor.

Das Dokument wird am Tag seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft treten.

Bekämpfung des Sanktionsdrucks

Wie es in der Präambel des Dekrets heißt, wurden die Entscheidungen „aufgrund der völkerrechtswidrigen Handlungen der USA und ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die sich ihnen angeschlossen haben“ getroffen. Bei den fraglichen Maßnahmen handelt es sich um die Beschränkungen, die sie für russische Bürger und juristische Personen eingeführt haben.

Um die nationalen Interessen Russlands zu schützen und die finanzielle Stabilität des Landes zu gewährleisten, beschloss das Staatsoberhaupt, „zusätzliche vorübergehende wirtschaftliche Maßnahmen“ zu ergreifen.

Zuvor hatte der russische Ministerpräsident Michail Mischustin die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Präsidialdekret angekündigt, mit dem vorübergehende Beschränkungen für den Rückzug ausländischer Unternehmen aus russischen Vermögenswerten eingeführt werden sollen. Nach Ansicht des Kabinettschefs würde diese Maßnahme ausgewogene Entscheidungen ermöglichen, da sich ausländische Unternehmer in der derzeitigen Sanktionssituation nicht von wirtschaftlichen Faktoren, sondern von politischem Druck leiten lassen müssen.

Dokument auf der Kreml-Seite:

[Указ о дополнительных временных мерах экономического характера по обеспечению финансовой стабильности России • Президент России \(kremlin.ru\)](#)

Weitere Meldungen aus/über Russland:

Die größte russische Airline Aeroflot setzt ab morgen alle Auslandsflüge aus. Man habe die Entscheidung „im Zusammenhang mit dem Eintritt zusätzlicher Umstände getroffen, die die Durchführung von Flügen behindern“, heißt es in einer offiziellen Mitteilung. Die Annullierung gelte auch für die Aeroflot-Töchter Rossiya, Pobeda und Aurora, hieß es. Ausgenommen davon sei lediglich Belarus. Aeroflot versprach zudem „maximale

Anstrengungen“ zu unternehmen, um die Rückkehr der Passagiere, die nach dem 8. März im Ausland bleiben, nach Russland zu organisieren. Quelle (RU)

Visa und Mastercard setzen als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine ihre Geschäfte in Russland vorübergehend aus. Ab dem 10. März werden in Russland ausgestellte Karten der beiden Anbieter nicht mehr im Ausland funktionieren. Auch Kreditkarten, die außerhalb des Landes ausgestellt wurden, könnten dann in Russland nicht mehr eingesetzt werden. Russen im Ausland sollten jetzt noch rasch Geld mit den Karten abheben oder größere Ausgaben bezahlen, teilte die russische Zentralbank mit. Als eine Reaktion erwägen viele russische Banken nun, das chinesische Kreditkartensystem Unionpay zu nutzen und wollen kurzfristig entsprechende Karten an ihre Kunden ausgeben. Quelle (RU)

Aus Protest gegen Putins Einmarsch in die Ukraine will der Düsseldorfer Henkel-Konzern absehbar kein Geld mehr in seine russischen Standorte investieren. Sämtliche Sponsoring-Aktivitäten in dem Land werden eingestellt, außerdem soll es in staatlichen russischen Medien keine Henkel-Werbung mehr geben.

Süddeutsche Zeitung

Die russische Luftfahrt zerfällt

Bis Ende des Monats wollen ausländische Leasingunternehmen rund 600 Flugzeuge aus Russland abziehen. Auf Dauer werden die russischen Fluggesellschaften ihren Flugbetrieb so nicht aufrechterhalten können.

Am Freitagvormittag geschah Ungewöhnliches im polnischen Luftraum. Um kurz nach zehn Uhr Ortszeit tauchte dort ein Airbus A321 der russischen Fluggesellschaft Aeroflot auf. Bei Warschau drehte das gut vier Jahre alte Flugzeug mit der Registrierung VP-BKJ Richtung Süden ab und begann kurz vor der ungarischen Grenze, aus der Flughöhe von 36 000 Fuß (etwa 12 000 Meter) zu sinken. Um 11.11 Uhr landete der Airbus in Budapest.

Seit dem Sonntag vergangener Woche ist der Luftraum der Europäischen Union für russische Flugzeuge eigentlich gesperrt. Die Maßnahme ist Teil der internationalen Wirtschaftssanktionen, die Druck auf die russische Regierung ausüben sollen, den Krieg in der Ukraine schnellstmöglich zu beenden. Ausgenommen sind nur einige wenige Verbindungen, mit denen Russen in die Heimat geholt werden sollen. Kein Zufall war wohl, dass Aeroflot genau dieses Flugzeug nach Budapest geschickt hat. Es gehört der russischen Sberbank Leasing. Es bestand deswegen keine Gefahr, dass es im Ausland beschlagnahmt werden würde.

Aeroflot ist aus den Systemen der Buchungsdienstleister rausgeflogen

Das kann man für knapp 600 andere Flugzeuge, die die russischen Fluggesellschaften normalerweise einsetzen, nicht behaupten. Leasingverträge für Flugzeuge fallen unter die Sanktionen für westliche Technologie und müssen der EU zufolge umgehend gekündigt

werden. Bis zum 28. März, also in gut drei Wochen, sollen alle Maschinen beschlagnahmt oder ausgeflogen worden sein. Damit wären russische Airlines, die traditionell stark auf Leasing setzen, mit einem Schlag einen Großteil ihrer Flotte los. Hinzu kommt: Die IT-Dienstleister Sabre und Amadeus, die die Buchungskapazitäten praktisch aller Airlines auf ihren Systemen vertreiben und damit Reisebüros und Online-Portalen zugänglich machen, haben die staatliche Aeroflot aus dem Programm genommen. Wegen des Ukraine-Krieges zerfällt die russische Zivilluftfahrt, zumindest in der Theorie.

Wie die Praxis aussehen wird, muss sich erst noch zeigen. Die westlichen Leasingfirmen befürchten, dass die nächsten Monate, vielleicht sogar Jahre, sehr unerfreulich sein werden. Es sei denkbar, dass sie in großem Stil Abschreibungen vornehmen müssten, weil sie an die Maschinen de facto nicht herankämen oder die Jets am Ende in so jämmerlichem Zustand seien, dass ihre Reparatur nicht mehr wirtschaftlich sei, schrieb Jamie Baker, Analyst bei der Investmentbank JP Morgan.

Die Befürchtungen beziehen sich auch auf eine Äußerung des russischen Wirtschaftsministeriums. Die Behörde hatte mitgeteilt, sie werde alles versuchen, um die Flugzeuge im Land zu halten, und sie zur Not "verstaatlichen", was auch immer das genau bedeutet. Die russische Regierung könnte, so befürchten westliche Leasing-Firmen, den russischen Airlines schlicht verbieten, die Flugzeuge zurückzugeben.

Alternativen zu Flugzeugen aus dem Westen haben die russischen Fluglinien kaum

Die Liste der nahenden Probleme ist lang. Auf ihr steht unter anderem der Versicherungsschutz, der nach dem denkbaren Bruch der Verträge nicht mehr gültig wäre. Vor allem aber haben alle westlichen Hersteller angekündigt, keine Ersatzteile mehr zu liefern oder Reparaturen anzubieten. Üblicherweise stellen Airlines in einer solchen Lage einen Teil ihrer Maschinen auf den Boden und nutzen sie als Ersatzteillager, zu beobachten ist das seit Jahrzehnten im mit Sanktionen belegten Iran. Damit können die Fluggesellschaften den anderen Teil der Flotte länger fliegen lassen. Allerdings wird es auf jeden Fall unmöglich sein, auch nur die Inlandsflüge im gegenwärtigen Umfang aufrechtzuerhalten.

Alternativen haben die russischen Fluglinien kaum. Der Sukhoi Superjet ist zu klein und wird nur in geringen Stückzahlen gebaut, zudem hat er zahlreiche Komponenten, die von westlichen Lieferanten beigesteuert werden. Eine russifizierte Version soll erst 2023 zugelassen werden. Der russische Airbus A320-Konkurrent MC-21 durchläuft gerade sein Testprogramm mit heimischen Triebwerken und soll erst 2024 erstmals ausgeliefert werden.

Fraport lässt die Aktivitäten in St. Petersburg ruhen

Wie auch in anderen Branchen stellen sich in der Luftfahrt viele Investoren mittlerweile die Frage, wie sie überhaupt jemals wieder in Russland Geschäfte machen können und wie sie das Geld, das sie bis jetzt dort ausgegeben haben, wieder zurückholen können. Der Flughafenbetreiber Fraport etwa ist mit 25 Prozent an dem Konsortium Northern Capital Gateway beteiligt, das den Flughafen Pulkowo von St. Petersburg betreibt. Nun teilte Fraport

mit, man lasse "die Geschäftsaktivitäten in St. Petersburg ruhen". "Der Angriff russischer Streitkräfte auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen", sagte Vorstandschef Stefan Schulte. "Wir verurteilen diesen Krieg als das, was er ist: ein bewaffneter Angriff auf einen souveränen Staat und dessen Volk, ein klarer Bruch des Völkerrechts, der unsägliches Leid über die Menschen in der Ukraine bringt."

Ähnliche Themen haben auch andere. Boeing etwa betreibt ein großes Trainingszentrum in Moskau, zudem ein Büro für Ingenieursdienstleistungen. Auch Airbus hat kleine Gemeinschaftsunternehmen mit russischen Partnern. Und wie wird die Sky-Team-Allianz, der auch Delta Air Lines und Air France-KLM angehören, künftig mit ihrem Mitglied Aeroflot umgehen?

Der Aeroflot-Airbus ist übrigens dann nach gut zwei Stunden am Boden um 13.27 Uhr Ortszeit in Budapest gestartet und nach knapp zweieinhalb Stunden wieder in Moskau gelandet. Viele solcher Flüge wird er wohl nicht mehr absolvieren können.

.....

Stand: 09.03.22

Neue Devisenregelungen

Die russische Zentralbank hat ab sofort drastische Einschränkungen für den Devisenhandel verhängt. Demnach werden russische Banken ab sofort und bis zum 9. September keine Devisen mehr verkaufen können. Dazu gehört auch, dass Kunden von einem Devisen-Konto Bargeld in ausländischer Währung nur bis zu einem Betrag von 10.000 US-Dollar abheben können. Der Rest des Guthabens kann allerdings in Rubel zum Tageskurs ausgezahlt werden. Unabhängig davon, in welcher Währung die Konten geführt werden, kann man bei den Banken nur noch US-Dollar bekommen. Für den Umtausch ausländischer Währungen in Rubel gibt es hingegen keine Einschränkungen. Quelle (RU)

Die Ausführungsbestimmungen der russischen Zentralbank (in russ. Sprache):

<https://ivo.garant.ru/#/document/57750630/paragraph/90:0>

Laut Interfax hat Präsident Putin ein Dekret über das Verbot oder die Beschränkung von Exporten aus Russland und Importen nach Russland von bestimmten Produkten und Rohstoffen unterzeichnet. Die Liste der betroffenen Güter liegt aber noch nicht vor. Wir halten Sie dazu auf dem Laufenden.

Weiter gibt es in russischen Medien Gerüchte über eine mögliche Nationalisierung von Produktionsstätten ausländischer Unternehmen, die die Einstellung ihrer Tätigkeit in Russland erklärt hätten.

In russischen Regionen würden zudem als Reaktion auf die Sanktionen operative Stäbe zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung gegründet. Es gehe zum Beispiel um Preis- und Arbeitsmarktkontrollen sowie Urlaubsstopps.

Korrektur zu Ukaz 81:

Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnete am 5. März einen Ukaz „über vorübergehende Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten ausländischen Gläubigern“. Wir berichteten im Update vom 7. März darüber.

Über die juristische Auslegung des Dekrets kursieren verschiedene Meldungen. Wir wurden darauf hingewiesen, dass es dabei aktuell nicht um ALLE Geschäfte geht, sondern präzise um Rechtsgeschäfte, die gemäß Präsidentenukaz 81 unter Genehmigungsvorbehalt gestellt sind. Dies sind nach Angaben von Rechtsexperten Rechtsgeschäfte mit Wertpapieren (einschließlich Aktien) und Immobilien, sowie einige Darlehen. Typische Beispiele für solche Forderungen sind z.B. die Bedienung von Eurobonds oder auch Inter-Company Darlehen zwischen ausländischer Mutter und russischer Tochter. Zahlungen aus laufenden Lieferungen oder Leistungen seien durch diese Regelung aber nicht betroffen. Die GTAI hat inzwischen ihre allgemeine Aussage dazu leicht angepasst. Hier das Kapitel aus der Sanktionsübersicht der GTAI zu diesem Thema:

Genehmigungspflicht für Geschäfte mit Personen und Firmen aus "unfreundlichen Staaten"

Viele Geschäfte mit Personen und Firmen aus der Liste der „unfreundlichen Staaten“ werden fortan von der **Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen** geprüft. Dies sieht die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation Nr. 295 vom 6. März 2022 über die "Regeln für Transaktionen mit ausländischen Unternehmen, die Sanktionen unterliegen," vor. „Alle Transaktionen und Operationen russischer Unternehmen mit Bürgern und Firmen aus Russland gegenüber "unfreundlichen" Ländern werden von der Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen genehmigt“, so das Ministerkabinett in seiner Erklärung.

Gemäß Präsidialerlass Nr. 81 vom 1. März 2022 müssen inländische Personen ein „**besonderes Verfahren**“ einhalten, wenn sie zur **Erfüllung von Verpflichtungen aus Darlehen, Anleihen und Finanzinstrumenten**, sowie **Wertpapieren** (einschließlich Anteile an russischen Aktiengesellschaften) und **Immobilien Transaktionen in Rubel** mit ausländischen natürlichen und juristischen Personen (Gläubigern) durchführen, die mit „unfreundlichen“ Staaten in Verbindung stehen. Solche Transaktionen bedürfen der Genehmigung der Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen.

Das durch diesen Erlass festgelegte Verfahren gilt für die Erfüllung von **Zahlungsverpflichtungen in einem Betrag von mehr als 10 Millionen Rubel pro Kalendermonat** oder in einem Betrag, der den Gegenwert dieses Betrags in ausländischer Währung zum offiziellen Wechselkurs der Zentralbank der Russischen Föderation, berechnet am 1. Tag jedes Monats, übersteigt.

Als **inländische Personen** (Schuldner) sind im Erlass Nr. 81 vom 1. März 2022 definiert:

- die Russische Föderation,
- Subjekte der Russischen Föderation (russische Regionen; entspricht den Bundesländern in Deutschland),
- Gemeinden,
- Residenten (Gebietsansässige, Inländer).

Mit "**unfreundlichen Staaten verbundene Personen**" (Gläubiger) sind Personen gemeint, die mit ausländischen Staaten, die gegenüber der Russischen Föderation, russischen juristischen Personen (Unternehmen) und natürlichen Personen (Einzelpersonen) "unfreundliche" Handlungen begehen, verbunden sind. Zu diesen Personen gehören:

- (i) ausländische Personen, die mit solchen Staaten in Verbindung stehen (auch wenn sie die Staatsbürgerschaft solcher Staaten besitzen oder diese Staaten der Ort ihrer Registrierung, der Ort ihrer überwiegenden Geschäftstätigkeit oder der Ort ihrer überwiegenden Gewinnerzielung sind) oder
- (ii) Personen, die von solchen ausländischen Personen kontrolliert werden, unabhängig vom Ort ihrer Registrierung (außer in Fällen, in denen ihr Registrierungsort die Russische Föderation ist) oder vom Ort ihrer überwiegenden Geschäftstätigkeit.

Eine in Russland steueransässige Firma oder ein Unternehmen aus einem der "unfreundlichen" Staaten muss einen **Antrag** an die **Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen** zur Genehmigung einer Transaktion bzw. eines Geschäfts stellen. Der Antrag "muss umfassende Informationen über den Antragsteller enthalten, einschließlich eines Dokuments zu den wirtschaftlich Berechtigten des Unternehmens."

"Aufgrund der Analyse der erhaltenen Dokumente und der Art des zukünftigen Abkommens wird entschieden, ob die Umsetzung genehmigt oder abgelehnt wird. Gleichzeitig kann die Genehmigung zur Durchführung einer Transaktion mit den Bedingungen für deren Ausführung erteilt werden", erklärte der Pressedienst der russischen Regierung.

Durch eine separate Anordnung erweiterte Premier Mischustin die Zusammensetzung der Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen. Ihr gehören Vertreter der Zentralbank und der Verwaltung des Präsidenten der Russischen Föderation an.

Russland zahlt nur noch in Rubel an "unfreundliche Staaten"

Russische Bürger und Unternehmen, der Staat selbst, seine Regionen und Gemeinden, die Zahlungsverpflichtungen in Devisen gegenüber ausländischen Gläubigern aus der Liste der "unfreundlichen" Staaten haben, können diese ab sofort in Rubel begleichen. Das neue vorübergehende Verfahren gilt für **Zahlungen, die einen Betrag von 10 Millionen Rubel pro Monat** (oder einen äquivalenten Betrag in Fremdwährung) **überschreiten**. Dies wird als ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen behandelt. Das sieht der Präsidialerlass Nr. 95 vom 5. März 2022 „Über das vorübergehende Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten ausländischen Gläubigern“ vor.

Zu diesem Zweck kann der Schuldner eine russische Bank bitten, ein spezielles Rubel-Konto vom Kontotyp „C“ im Namen eines ausländischen Gläubigers zu eröffnen und Zahlungen in Rubeläquivalent zum Zentralbankkurs am Tag der Zahlung darauf zu überweisen.

Um Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Ausgabe von **Wertpapieren** zu erfüllen, hat der Schuldner das Recht, einen Antrag auf Eröffnung eines Depotkontos im Namen des ausländischen Gläubigers an ein Nichtbanken-Kreditinstitut zu richten, das ein Zentralverwahrer gemäß Bundesgesetz Nr. 414-FZ vom 7. Dezember 2011 ist.

Die in Frage stehenden Beträge werden in Rubel in Höhe des Wertes der Verbindlichkeiten in Fremdwährung (unabhängig von der Währung, in der dieser Wert ausgedrückt wird) ausgeführt und berechnet zum offiziellen Wechselkurs der Zentralbank der Russischen Föderation, der am Tag, an dem die entsprechende Zahlung geleistet wurde, festgelegt wurde.

Für auf dem Territorium der Russischen Föderation ansässige ausländische natürliche und juristische Personen (Gebietsansässige) gilt das gleiche Verfahren. Gleichzeitig erfolgen Zahlungen über russische Depots, ohne dass Gelder auf Konten vom Typ „C“ überwiesen werden.

Einwohner der Russischen Föderation und Gläubiger aus Ländern, die sich den Sanktionen gegen Russland *nicht* angeschlossen haben, können hingegen Devisen in der geschuldeten Währung von Deviseninländern der Russischen Föderation erhalten zum Zentralbank-Wechselkurs zum Zeitpunkt der Zahlung und mit einer Sondergenehmigung - gemäß Präsidialerlass Nr. 95 vom 5. März 2022 Art. 6 (a).

Verwendung der Gelder auf Rubel-Konten nur nach Genehmigung

Wenn der Schuldner Gelder auf ein Rubel-Konto des Typs „C“ überweist, hat der Gläubiger das Recht, bei dem Kreditinstitut, bei dem ein solches Konto eröffnet wird, einen Antrag auf Verwendung der Gelder in der von der Zentralbank festgelegten Weise zu stellen. Der Antrag ist zu richten an:

- a) die Zentralbank der Russischen Föderation - in Bezug auf Kreditorganisationen und Nichtkredit-Finanzorganisationen;
- b) das Finanzministerium der Russischen Föderation im Einvernehmen mit der Zentralbank der Russischen Föderation - in Bezug auf andere Schuldner.

Mit den unfreundlichen Staaten sind die Europäische Union sowie 21 weitere Länder gemeint. Hier finden Sie die Länderliste:

[Кабмин утвердил перечень недружественных России стран и территорий - Политика - ТАСС \(tass.ru\)](#)

[Документы - Правительство России \(government.ru\)](#)

Hier finden Sie eine Übersichtsseite der russischen Zentralbank zu den Gegensanktionen:

[Антисанкционные меры 2022 \(меры, направленные на стабилизацию российской экономики и подде... | Система ГАРАНТ \(garant.ru\)](#)

Russland erlaubt IP-Zwangslizenzen gegen sanktionierende Staaten

Laut einem Bericht der Seite Managing IP kündigte der russische Ministerpräsident Michail Mischustin am 7. März, an, dass Rechteinhaber aus Gebieten, die Russland sanktioniert haben, keinen Anspruch auf Entschädigung für die unbefugte Nutzung ihres geistigen Eigentums haben werden.

Die staatliche Nachrichtenagentur TASS hatte bereits am Samstag, den 5. März, berichtet, dass das russische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung eine Aufhebung der Beschränkungen für die Nutzung von geistigem Eigentum in Erwägung zieht, um Lieferengpässen entgegenzuwirken.

Obwohl nur wenige Informationen über die Absichten der Regierung verfügbar sind, sagen Anwälte für geistiges Eigentum aus dem Land, dass dies effektiv bedeutet, dass die russische

Regierung versucht, die Bestimmung über Zwangslizenzen gemäß Artikel 1360 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation anzuwenden.

Nach Artikel 1360 kann die russische Regierung im Interesse der nationalen Sicherheit die Nutzung von Erfindungen, Gebrauchs- und Geschmacksmustern ohne die Zustimmung der Rechteinhaber erlauben.

Allerdings muss der Inhaber des geistigen Eigentums so schnell wie möglich benachrichtigt werden und eine angemessene Entschädigung erhalten.

Der Standardsatz für Zwangslizenzen liegt in Russland eigentlich bei 0,5 % der Einnahmen aus der Nutzung einer patentierten Erfindung.

Laut Mischustins Ankündigung haben Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums aus sanktionierten Gebieten nun keinerlei Anspruch mehr auf Erlöse aus der Herstellung und dem Verkauf von Waren, der Ausführung von Arbeiten und der Erbringung von Dienstleistungen, wenn ihre Erfindungen, Gebrauchs- oder Geschmacksmuster ohne ihre Zustimmung genutzt werden.

Russland hat in jüngster Vergangenheit bereits von der Möglichkeit der Zwangslizenzierung für ein mit COVID-19 verwandtes Medikament Gebrauch gemacht.

Im Dezember 2020 erließ die Regierung einen Erlass, der es dem russischen Pharmaunternehmen Pharmasyntez erlaubte, eine generische Version von Gileads Medikament Remdesivir herzustellen. Gilead reichte eine Klage gegen die Anordnung der Regierung ein, doch der Oberste Gerichtshof Russlands wies den Fall im Mai ab.

Diesmal werden die von der russischen Regierung erteilten Zwangslizenzen wahrscheinlich eine viel breitere Palette von Waren abdecken.

Es ist jedoch nicht klar, ob die Aussetzung oder Zwangslizenzierung von Rechten des geistigen Eigentums auf Patente, Gebrauchs- und Geschmacksmuster beschränkt sein wird. Es gibt auch keine Klarheit darüber, welche Rechte derzeit betroffen sind.

Dem Bericht von TASS zufolge stellte das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung fest, dass die diskutierten Maßnahmen sowohl Erfindungen und Computerprogramme als auch „Mittel zur Individualisierung“, insbesondere Marken, betreffen könnten.

Aussetzung von Software

Einigen Quellen zufolge gibt es auch laufende Gespräche über die Aussetzung der Rechte des geistigen Eigentums an Software, die in Russland urheberrechtsfähig ist.

[Russia allows IP compulsory licensing against sanctioning states | Managing Intellectual Property \(managingip.com\)](#)

Hier finden Sie eine Übersicht der GTAI zu den derzeitigen Maßnahmen der russischen Regierung:

[Russlands Gegensanktionen sollen Kapitalabfluss verhindern | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Weitere Meldungen aus/über Russland:

Die Vereinigung der Energiebörsen Europex hat die russische Börse ausgeschlossen. Die Vereinigung der europäischen Energiebörsen (Europex) hat die St. Petersburger Internationale Rohstoffbörse (SPIMEX) von ihrer Mitgliedschaft ausgeschlossen. Europex und seine Mitglieder sind zutiefst besorgt und traurig über die Situation in der Ukraine und verurteilen die von Russland angeführte Invasion und die anhaltende Aggression aufs Schärfste. Als Reaktion auf das Vorgehen der russischen Regierung gegen die Ukraine hat die Generalversammlung von Europex beschlossen, die Saint Petersburg International Mercantile Exchange (SPIMEX) aus der Vereinigung auszuschließen und ihre assoziierte Mitgliedschaft mit sofortiger Wirkung zu beenden.

S&P stuft die Kreditwürdigkeit von Gazprom, Rosneft und den Russischen Eisenbahnen herab. Die internationale Ratingagentur S&P hat die Kreditwürdigkeit von mehr als 50 der größten russischen Unternehmen in den Bereichen Brennstoffe und Energie, Bauwesen und Kommunikation in Landes- und Fremdwährung herabgestuft. So wurden die Ratings einiger der größten Unternehmen in Russland auf "C" und "CCC-" herabgestuft, mit einem negativen Ausblick. Die Änderungen betrafen Unternehmen wie Gazprom, Rosneft, Russian Railways, MTS, Alrosa und die X5 Group. Darüber hinaus stufte S&P Anfang März die langfristige Bonitätsbewertung Russlands in Fremdwährung von BB+ auf CCC- herab. Auch das langfristige Rating in Landeswährung sank von BBB- auf CCC-.

Russische Pharmaunternehmen hätten große Schwierigkeiten wegen des Lieferstopps von Pharmagrundstoffen.

CocaCola und Starbucks hätten die Arbeit in Russland eingestellt. PepsiCola stoppt den Verkauf von Getränken und Werbung. MacDonalds schließe seine 850 Filialen, werde an seine 62.000 Mitarbeiter aber weiter Gehalt zahlen.

Der US-Flugzeugbauer Boeing stellt den Kauf von Titan aus Russland ein.

Das Moskauer Büro der Deutschen Welle werde nach Lettland verlegt.

.....
Stand: 10.03.22

Der russische Präsident Putin hat ein Dekret über das Verbot oder die Beschränkung von Exporten aus Russland und Importen nach Russland von bestimmten Produkten und Rohstoffen unterzeichnet. Die Liste der betroffenen Güter wird noch erarbeitet. Die russische Zeitung Kommersant berichtet dazu folgendes:

„Die Regierung hat sich auf eine Liste von Waren geeinigt, die zuvor aus dem Ausland eingeführt wurden und die das Land vorübergehend nicht verlassen dürfen. Insgesamt wurden 200 Punkte in die Liste aufgenommen. Die Entscheidung gilt bis zum Ende des Jahres. Darunter sind: technologische Ausrüstung; Telekommunikationsgeräte; medizinische Geräte; Fahrzeuge; landwirtschaftliche Geräte; elektrische Ausrüstung.

Die Liste wurde von der Regierung gemäß dem Präsidialerlass „Über die Anwendung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen im Bereich der Außenwirtschaftstätigkeit zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation“ verabschiedet.

Die Liste umfasst auch: Eisenbahnwaggons und Lokomotiven, Container, Turbinen, Metall- und Steinbearbeitungsmaschinen, Monitore, Projektoren, Konsolen und Paneele. Darüber hinaus wird die Ausfuhr bestimmter Holzarten aus Russland in Staaten, die unfreundliche Handlungen begangen haben, bis Ende des Jahres eingeschränkt.

Die Ausfuhr dieser Waren ist vorübergehend für alle Länder mit Ausnahme der EAEU-Mitgliedstaaten sowie Abchasiens und Südossetiens beschränkt. Gleichzeitig wird die Entscheidung über die Ausfuhr von Waren in diese Länder vom Landwirtschaftsministerium, vom Verkehrsministerium, vom Ministerium für Industrie und Handel, vom Finanzministerium und vom Ministerium für natürliche Ressourcen getroffen. Das Dokument wird laut der Website der Regierung in Kürze veröffentlicht werden.“

[Правительство определило перечень иностранных товаров, временно запрещенных к вывозу из России - Новости – Экономика – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](http://kommersant.ru/news/1411111)

Gesetzentwurf zur „beschleunigten Insolvenz“ ausländischer Unternehmen angekündigt

Die Regierungskommission der Russischen Föderation hat den von der Partei Edinaja Rossija eingebrachten Vorschlag zur „beschleunigten Insolvenz“ ausländischen Eigentums aufgegriffen und bereitet einen entsprechenden Gesetzentwurf vor.

Betroffen sind Unternehmen, die den russischen Markt verlassen oder im Augenblick den Betrieb ruhen lassen und die zu mehr als 25 Prozent im Besitz von Eigentümern aus „unfreundlichen Staaten“ sind. Dazu gehören die Länder der EU und 21 weitere Staaten. Mit dieser Maßnahme sollen nach Aussage des russischen Premierministers Mischustin in erster Linie Arbeitsplätze und systemrelevante Produktionen erhalten und Unternehmen im Land gehalten bzw. eine schnelle Weiterführung ermöglicht werden.

Die Gründe für eine eingeschränkte oder stillstehende Produktion sind vielfältig: u.a. Lieferkettenprobleme, stark verteuerte Logistikkosten, Schwierigkeiten im internationalen Zahlungsverkehr, Rubelverfall, Mangel an Komponenten, ausländisches Management musste ausreisen. Für die Firmen, die den russischen Markt endgültig verlassen, ist eine Verstaatlichung sehr wahrscheinlich. Assets sollen über Auktionen an neue Eigentümer veräußert werden. Firmen, die ihre Produktion ganz oder teilweise einstellen müssen, sollen treuhänderisch weitergeführt werden. Wie genau diese Regelungen ausgestaltet sein werden, ist noch nicht endgültig bekannt. Allerdings sollen nach der ersten Ankündigung Unternehmen betroffen sein, die einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Rubel erwirtschaften und mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigen, soweit sie nicht innerhalb von 5 Tagen nach entsprechender Aufforderung die Tätigkeit wieder aufnehmen.

Unternehmen, die ihre Produktion aufrechterhalten können, wird von staatlicher Seite Unterstützung angeboten. Sie wären von den angekündigten Maßnahmen nicht betroffen.

Weitere Meldungen aus/über Russland:

Russische Medienberichte: Das russische Verfassungsgericht habe seinen Austritt aus der Konferenz der europäischen Verfassungsgerichte angekündigt. Es sei damit einem Ausschluss zuvorgekommen.

Russische Medienberichte: Unter bestimmten Umständen könne für Unternehmen, die den RUS Markt verlassen und mindestens 25 Prozent ausländischen Anteil haben, eine „externe Verwaltung“ eingeführt werden. Dies solle dazu dienen, die Unternehmen von einem Verbleib in Russland zu überzeugen. Die Öffentliche Verbraucherinstitution habe eine Liste von 60 Unternehmen an Regierung und Generalstaatsanwaltschaft gerichtet, die perspektivisch nationalisiert werden könnten. Darunter befänden sich unter anderem VW, Porsche, IKEA, Microsoft und Shell.

Welt:

Russland droht westlichen Unternehmen mit Verstaatlichung

Westlichen Unternehmen, die wegen Russlands Krieg gegen die Ukraine das Land verlassen, droht nun eine Verstaatlichung ihrer Betriebe und Produktionsstätten. Die Firmen würden „praktisch ihre Kollektive ihrem Schicksal“ überlassen, sagte der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew. Die russische Regierung arbeite deshalb an Schritten, um eine Insolvenz der Unternehmen und dann eine Nationalisierung des Besitzes in die Wege zu leiten, sagte der Vize-Chef des russischen Sicherheitsrates. Vorrangige Aufgabe sei, dass die Menschen nicht auf der Straße landeten.

„Auf Grundlage des von den Investoren in Panik“ zurückgelassenen Vermögens müsse eine neue Produktion aufgebaut werden, meinte Medwedew. „Solch eine Herangehensweise ist objektiv und gerecht.“ Betroffen sind unter anderem Unternehmen aus Deutschland, weiteren EU-Staaten und den USA.

Noch gibt es kein konkretes Gesetz in Russland, um das Vermögen zu verstaatlichen. Aber die Forderungen prominenter Politiker, auf die Sanktionen des Westens auf diese Weise zu reagieren, nehmen zu – und werden immer lauter. Es wurde erwartet, dass das russische Parlament bald über ein solches Vorgehen entscheidet.

Viele westliche Firmen hatten zunächst nur mitgeteilt, dass der Betrieb ausgesetzt werde. Von Einstellung oder Rückzug war in den meisten Fällen nicht die Rede. „Was auch immer die Gründe des Weggangs sind, so sollten die ausländischen Firmen verstehen, dass eine Rückkehr auf unseren Markt schon nicht mehr einfach sein wird“, sagte Medwedew.

Kremlsprecher Dmitri Peskow warnte der Agentur Interfax zufolge, dass eine Nationalisierung westlicher Unternehmen und eine Beschlagnahme des Vermögens für beide Seiten negative Folgen hätte. Auch russischen Firmen droht dann eine Beschlagnahme ihrer Aktiva im Ausland. Es gibt inzwischen auch Vorschläge, dass das Vermögen wegen der Sanktionen treuhänderisch verwaltet wird.

Düngemittel – Exportstopp

Interfax - Das russische Industrie- und Handelsministerium hat den russischen Düngemittelherstellern empfohlen, ihre Exporte aufgrund von Logistikproblemen auszusetzen, teilte das Ministerium mit. „Aufgrund der Sabotage der logistischen Aktivitäten einiger ausländischer Logistikunternehmen können die Landwirte in Europa und anderen Ländern die vertraglich vereinbarten Mengen an Düngemitteln nicht erhalten“, heißt es in der Erklärung. „In Anbetracht der Situation, in der sich die Arbeit ausländischer Logistikunternehmen entwickelt hat, sowie der damit verbundenen Risiken sieht sich das russische Industrie- und Handelsministerium gezwungen, den russischen Herstellern zu empfehlen, die Ausfuhr russischer Düngemittel vorübergehend einzustellen, bis die Spediteure ihre Arbeit wieder reibungslos aufnehmen und Garantien dafür gegeben werden, dass die Ausfuhr russischer Düngemittel in vollem Umfang erfolgen wird“, hieß es. Die Probleme „in der Lieferkette und die skrupellose Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch die Käufer“ wurden auf einer Sitzung des Ministeriums erörtert, an der die betroffenen Behörden und die Düngemittelhersteller des Industrieverbands teilnahmen, heißt es in der Erklärung.

Der russische Verband der Düngemittelproduzenten lehnte es gegenüber Interfax ab, sich zur Situation bei den Exportlieferungen zu äußern.

Die Möglichkeit, dass die Ausfuhr russischer Mineraldünger gestoppt wird, könnte zu schwerwiegenden Folgen in der Welt führen, da die Produktion im Ausland aufgrund des Anstiegs der Gaspreise und der ständig wachsenden Nachfrage nach Lebensmitteln zurückgeht, heißt es in der Erklärung. "Russland ist einer der drei weltweit führenden Verloader von Mineraldünger und spielt eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der

weltweiten Lebensmittelsicherheit", wurde der russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow in der Erklärung zitiert.

Russland exportiert rund 70 % der im Lande produzierten Mineraldünger. Angesichts des Anstiegs der Düngemittelpreise weltweit und auf dem Inlandsmarkt hat Russland für den Zeitraum vom 1. Dezember 2021 bis zum 31. Mai 2022 Quoten für den Export von Stickstoff und Stickstoffkomplexdüngern eingeführt. Das Gesamtvolumen der Quoten für die Ausfuhr von Stickstoffdüngern aus Russland wurde zunächst auf 5,9 Millionen Tonnen festgelegt, später aber um weitere 280.000 Tonnen Harnstoff erweitert. Die Quote für komplexe Stickstoffdünger beträgt 5,35 Millionen Tonnen. Die Kontingente basieren auf den traditionellen Ab-Hafen-Mengen.

Russland hat zu Beginn des Jahres ein zweimonatiges Ausfuhrverbot für Ammoniumnitrat verhängt, um die Versorgung der inländischen Verbraucher sicherzustellen. Das Verbot ist bis zum 2. April in Kraft.

Hier finden Sie eine Übersicht der GTAI zu den derzeitigen Maßnahmen der russischen Regierung:

[Russlands Gegensanktionen sollen Kapitalabfluss verhindern | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

.....

Stand: 11.03.22

Auch am Freitag kursierten Gerüchte über ein bald erscheinendes „Enteignungsgesetz“ in Russland (wir berichteten gestern). Dazu erklärte der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms gegenüber der Presse folgendes:

„Wir sehen die Spekulationen über mögliche Enteignungen ausländischer Firmen in Russland mit Besorgnis. Viele deutsche Unternehmen sind seit Jahrzehnten in Russland tätig und tragen dort die Verantwortung für rund 280.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Derzeit fehlen dazu aber belastbare Informationen, und wir kennen noch keinen entsprechenden Gesetzentwurf. Daher geben wir derzeit auch keine Empfehlungen für unsere Unternehmen ab, beobachten die Entwicklung aber aufmerksam.“

Die russische Regierung hat eine Liste von Gütern und Ausrüstungen festgelegt, die zuvor aus dem Ausland nach Russland eingeführt wurden und deren Ausfuhr aus dem Land vorübergehend verboten ist. Der Beschluss ist bis Ende 2022 gültig. Sie wurde gemäß dem Präsidialerlass "Über die Anwendung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen im Bereich

der Außenwirtschaftstätigkeit zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation" erlassen.

Die Liste umfasst: Technologie, Telekommunikation, medizinische Ausrüstung, Fahrzeuge, landwirtschaftliche Maschinen, elektrische Ausrüstung - insgesamt mehr als 200 Produkte, darunter Eisenbahnwaggons und Lokomotiven, Container, Turbinen, Metall- und Steinbearbeitungsmaschinen, Monitore, Projektoren, Konsolen und Panels. Die Ausfuhr dieser Güter ist vorübergehend auf alle Länder beschränkt, mit Ausnahme der Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU), Abchasien und Südossetien. Für die letztgenannten Länder gilt ein Genehmigungsverfahren für die Ausfuhr, das durch einen separaten Regierungserlass genehmigt wird. Dies bedeutet, dass die Genehmigungen für die Ausfuhr von Waren nach Abchasien und Südossetien vom Landwirtschaftsministerium, dem Verkehrsministerium, dem Ministerium für Industrie und Handel, dem Ministerium für digitale Entwicklung und dem Ministerium für natürliche Ressourcen erteilt werden.

Darüber hinaus wird mit dem Erlass die Ausfuhr bestimmter Holzarten aus Russland vorübergehend eingeschränkt. Sie ist in Ländern verboten, die sich unfreundlicher Handlungen schuldig gemacht haben. Auch dieser Beschluss gilt bis Ende des Jahres. Wichtige russische Exportgüter sind nicht von der Regelung betroffen, etwa die Ausfuhren von Erdöl und Gas.

Liste der Warengruppen (pdf) ist über den folgenden Link einzusehen (auf Russisch):

<http://government.ru/news/44762/>

Alle russischen Gesetzesänderungen werden hier veröffentlicht:

<http://publication.pravo.gov.ru/SignatoryAuthority/government>

Hier eine inoffizielle englische Übersetzung des russischen Dekrets 95 - "Über das vorläufige Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten ausländischen Gläubigern", das am 5. März veröffentlicht wurde. Die Übersetzung wurde uns von Business Europe zur Verfügung gestellt:

Decree of the President of the Russian Federation No. 95 dated 05.03.2022 "On the Temporary Procedure for Fulfilling Obligations to Certain Foreign Creditors"

In addition to the economic measures provided for by Presidential Decrees No. 79 of February 28, 2022 "On the Application of Special Economic Measures in Connection with the Unfriendly Actions of the United States of America and Foreign States and International Organizations that have Joined Them" and No. 81 of March 1, 2022 "On Additional temporary economic measures to Ensure the Financial Stability of the Russian Federation", I decree:

1. Establish a temporary procedure for the fulfillment by the Russian Federation, constituent entities of the Russian Federation, municipalities, residents (hereinafter also referred to as debtors) of obligations on loans, financial instruments to foreign creditors who are foreign persons associated with foreign states who commit unfriendly actions against the Russian Federation, Russian legal entities and individuals (including if such foreign persons have the citizenship of these states, their place of registration, the place of preferential conduct of their economic activities or the place of preferential extraction of profits from their activities are these states), or persons who are under the control of these foreign persons, regardless of the place of their registration (except in cases where the place of their registration is the Russian Federation) or the place of their primary economic activity (hereinafter referred to as foreign creditors).

2. The procedure for the fulfillment of obligations established by this Decree applies to the fulfillment of obligations in an amount exceeding 10 million rubles per calendar month, or in an amount exceeding the equivalent of this amount in foreign currency at the official exchange rate of the Central Bank established on the 1st day of each month.

3. In order to fulfill the obligations referred to in part 1 of this Decree, the debtor has the right to send to a Russian credit institution an application for opening in the name of a foreign creditor or a foreign organization entitled, in accordance with its personal law, to record and transfer rights to securities (foreign nominee holder) in respect of which obligations are fulfilled, an account of type "C" intended for settlements under these obligations. In order to fulfill obligations related to the issue of securities, the debtor has the right to send such an application to a non-bank credit institution that is the central depository in accordance with Federal Law No. 414-FZ of December 7, 2011 "On the Central Depository".

4. Provide that accounts of type "C" from the date of entry into force of this Decree include depot accounts opened before that date in the name of a non-resident who is a foreign creditor, or in the name of a foreign nominee holder.

5. The "C" type account regime is established by a decision of the Board of Directors of the Central Bank, is subject to official publication in accordance with Article 7 of Federal Law No. 86-FZ of July 10, 2002 "On the Central Bank of the Russian Federation (Bank of Russia)". The "C" type account is maintained in rubles.

6. Establish that the obligation referred to in point 1 of this Decree, are recognized executed properly if:

- a) they performed in rubles in the amount equivalent to the value of liabilities in foreign currency (no matter in what currency expressed such value) calculated by the official rate of the Central Bank established on the day, when he was made the appropriate payment to foreign creditors, is not named in point 1 of this Decree;
- b) they are executed to residents whose securities are accounted for on deposit accounts in Russian depositories by transferring funds in rubles by the debtor to the creditor's account in an amount equivalent to the value of liabilities in foreign currency and calculated at the official exchange rate of the Central Bank established on the day when the corresponding

payment was made. The payments are made through Russian depositories without transfer of funds to the accounts of type "C";

c) they are performed before a foreign nominal holder by transfer by the debtor on the account type "C" of a foreign nominal holder, operating in the Russian depositories of funds in rubles in the amount equivalent to the value of liabilities in foreign currency and settled on the official exchange rate of the Central Bank established on the day when he was paid accordingly for subsequent transfer to the holders of securities who are foreign creditors referred to in point 1 of this Decree, those funds in the amount owed to be paid under the terms of the issue of securities, minus the amount of payments made to the holders of the securities, are persons, enforcement of the obligations to which it has been established by subparagraphs "a" and "b" of this point;

d) they are executed in accordance with the procedure determined in accordance with points 10 or 11 of this Decree.

7. If the debtor transfers funds to a type "C" account, the creditor has the right to apply to the credit institution in which such an account is opened with an application for the use of funds in accordance with the procedure determined by the Central Bank (with respect to the fulfillment of obligations by credit institutions and non-credit financial organizations) or the Ministry of Finance of the Russian Federation (with respect to the fulfillment of obligations by other debtors).

8. The performance by the debtors of obligations to the residents, as well as to foreign creditors, not named in point 1 of this Decree, if the right of claim for such obligations was ceded to them after March 1, 2022 foreign creditors referred to in point 1 of this Decree (or after a date specified by the Board of Directors of the Central Bank in respect of certain categories of persons) shall be in the manner provided in this Decree.

9. The performance of Russian legal entities obligations related to the issuance of foreign organizations, foreign equity securities (Eurobonds, Depositary receipts), are carried out in the manner prescribed in this Decree.

10. Grant the Central Bank (with respect to the fulfillment of obligations by credit organizations and non-credit financial organizations) and the Ministry of Finance of the Russian Federation (with respect to the fulfillment of obligations by other debtors) the authority to determine a different procedure for the fulfillment by debtors of the obligations referred to in point 1 of this Decree.

11. Before determining, in accordance with point 10 of this Decree, of the procedure for the fulfillment of obligations by debtors, grant the authority to issue permits for the fulfillment of obligations without observing the procedure provided for by this Decree:

a) To the Central Bank of the Russian Federation - in respect of credit institutions and non-credit financial organizations;

b) to the Ministry of Finance of the Russian Federation in coordination with the Central Bank of the Russian Federation - in respect of other debtors.

12. For the application of the decree of the President of the Russian Federation dated March 1, 2022, № 81 "On additional temporary economic measures to ensure the financial stability of the Russian Federation" persons of foreign States engaged against the Russian Federation, the Russian legal entities and individuals unfriendly actions referred to in subparagraph a of paragraph 1 of this Decree, it shall be the person who meets both of the following requirements:

- a) they are under the control of Russian legal entities or individuals (the ultimate beneficiaries are the Russian Federation, the Russian legal entity or natural person), including if such control is exercised through a foreign legal entity associated with such foreign countries;
- b) information on their control has been disclosed by Russian legal entities or individuals named in subparagraph "a" of this paragraph to the tax authorities of the Russian Federation in accordance with the requirements of the legislation of the Russian Federation.

13. Grant the Central Bank of the Russian Federation the right to give official explanations on the application of this Decree, as well as Decrees of the President of the Russian Federation dated February 28, 2022 No. 79 "On the application of special Economic measures in Connection with the Unfriendly Actions of the United States of America and foreign States and international Organizations that have joined them" and March 1, 2022 No. 81 "On additional temporary economic measures to ensure the financial stability of the Russian Federation", which are binding on the entire territory of the Russian Federation.

14. Within 2 days, the Government of the Russian Federation shall determine the list of foreign States that commit unfriendly actions against the Russian Federation, Russian legal entities and individuals.

15. This Decree comes into force from the date of its official publication.

Weitere Meldungen aus Russland:

Generalstaatsanwaltschaft wird Russland verlassende Unternehmen prüfen

MOSKAU (dpa-AFX) - Internationale Unternehmen, die wegen des Angriffs auf die Ukraine ihr Geschäft in Russland aussetzen, geraten ins Visier der russischen Generalstaatsanwaltschaft. Unter anderem solle dabei die Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber russischen Arbeitnehmern und deren Rechten geprüft werden, teilte die Behörde am Freitag mit. Jede Einstellung des Betriebs solle zudem auf Anzeichen einer absichtlichen oder Schein-Insolvenz geprüft werden.

Wegen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine haben zahlreiche internationale Unternehmen - Anbieter von Modeartikeln und Konsumgütern, Autobauer, Banken, Tech-Unternehmen - ihr Geschäft in Russland gestoppt. Viele gaben dabei explizit an, dass russische Mitarbeiter weiter bezahlt werden sollen.

Die russische Regierung droht bereits offen mit der Enteignung der internationalen Unternehmen, die ihre Geschäfte in dem Land aussetzen. Die russische Regierung arbeite deshalb an Schritten, um eine Insolvenz der Firmen in Russland und dann eine Nationalisierung des Besitzes in die Wege zu leiten, sagte der Vize-Chef des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, am Donnerstag. Auf "Grundlage des von den Investoren in Panik" zurückgelassenen Vermögens müsse eine neue Produktion aufgebaut werden.

Präsident Wladimir Putin unterstützte den Vorschlag und rief seine Regierung auf, "entschlossen zu handeln", um Schaden für russische Geschäftspartner der Unternehmen abzuwenden. Dafür gebe es bereits "genug rechtliche Marktinstrumente".

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, warnte den Kreml vor einer Enteignung. "Jede widerrechtliche Entscheidung Russlands, den Besitz dieser Unternehmen zu beschlagnahmen, wird Russland noch mehr wirtschaftlichen Schmerz bringen", schrieb sie bei Twitter. "Es wird der globalen Wirtschaftsgemeinschaft die klare Botschaft vermitteln, dass Russland kein sicherer Ort für Investitionen und Geschäfte ist."

Social-Media-Plattform Instagram wird in Russland blockiert

MOSKAU (dpa-AFX) - Nach Facebook und Twitter wird nun auch Instagram in Russland blockiert. Auf der Social-Media-Plattform würden Gewaltaufrufe gegen russische Bürger und Soldaten verbreitet, hieß es am Freitag zur Begründung in einer Mitteilung der russischen Medienaufsicht Roskomnadsor. Zuvor hatte die Generalstaatsanwaltschaft Roskomnadsor aufgefordert, den Zugang zu Instagram einzuschränken - und kündigte auch die Löschung ihres eigenen Instagram-Accounts an.

Hintergrund ist eine Entscheidung des US-Konzerns Meta , zu dem neben Instagram und Facebook auch WhatsApp gehört, Aufrufe zur Gewalt gegen russische Truppen in der Ukraine zuzulassen. Als Beispiel für eine Ausnahme bei Äußerungen, die normalerweise gegen Richtlinien verstoßen hätten, nannte ein Facebook-Sprecher den Satz "Tod den russischen Eindringlingen". In Moskau löste das große Empörung aus. Russlands Generalstaatsanwaltschaft will den gesamten Facebook-Konzern Meta als "extremistische Organisation" verbieten lassen. Ein entsprechender Antrag sei bereits bei Gericht eingereicht worden.

Russlands Justiz will Facebook-Konzern Meta verbieten

MOSKAU (dpa-AFX) - Russlands Generalstaatsanwaltschaft will den Facebook-Konzern Meta als "extremistische Organisation" verbieten lassen. Ein entsprechender Antrag sei beim Gericht eingereicht worden, teilte die Behörde am Freitag mit. Hintergrund ist eine Entscheidung des US-Konzerns, zu dem auch Dienste wie Instagram und WhatsApp gehören, Aufrufe zur Gewalt gegen russische Truppen in der Ukraine zuzulassen.

Facebook selbst ist in Russland bereits seit Tagen nicht mehr aufrufbar. Die Generalstaatsanwaltschaft forderte Russlands Medienaufsicht Roskomnadsor nun zudem auf, den Zugang zu Instagram einzuschränken - und kündigte die Löschung ihres eigenen Instagram-Accounts an. Auch Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin zog sich von Instagram zurück.

Menschen in Russland befürchteten, dass nun auch WhatsApp blockiert werden könnte. Einige verlegten prompt etwa ihre Familien-Chats in andere Messenger-Dienste wie Telegram. Die Staatsagentur Ria Nowosti meldete hingegen unter Berufung auf eine Quelle in den Strafverfolgungsbehörden, WhatsApp solle nicht beschränkt werden. Der stellvertretende Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Informationspolitik, Sergej Bojarski, wiederum meinte: "Irgendetwas sagt mir, dass in naher Zukunft alle Meta-Dienste auf dem Gebiet der Russischen Föderation blockiert werden."

Meta hatte in der Nacht zum Freitag seine Regel-Lockerungen bekannt gegeben. Als Beispiel für eine Ausnahme bei Äußerungen, die normalerweise gegen Richtlinien verstoßen hätten, nannte ein Facebook-Sprecher den Satz "Tod den russischen Eindringlingen". "Wir werden weiterhin keine glaubwürdigen Aufrufe zur Gewalt gegen russische Zivilisten erlauben", schrieb er zugleich bei Twitter. In Moskau sorgte die Meta-Entscheidung für große Empörung.

.....
Stand: 14.03.22

In den Medien wird seit Tagen über ein mögliches „Enteignungsgesetz“ in Russland spekuliert, das westliche Unternehmen treffen könnte, die sich vom russischen Markt zurückziehen. Inzwischen liegt uns dazu ein erster, umfangreicher Gesetzentwurf vor, der aber noch nicht final verabschiedet wurde. Wir können Ihnen dazu heute dieses Arbeitsübersetzung anbieten:

Вносится Правительством Российской Федерации	Vorgelegt von der Regierung der Russischen Föderation.
Проект	Entwurf
ФЕДЕРАЛЬНЫЙ ЗАКОН	Föederalgesetz
«О внешней администрации по управлению организацией»	"Über die externe Verwaltung für das Management der Organisation"

Статья 1. Основания назначения внешней администрации по управлению организацией

1. В связи с недружественными и противоречащими международному праву действиями Соединенных Штатов Америки и примкнувших к ним иностранных государств и международных организаций, связанными с введением ограничительных мер в отношении граждан Российской Федерации и российских юридических лиц, в целях защиты национальных интересов Российской Федерации, обеспечения ее финансовой стабильности, а также в целях защиты прав и законных интересов организации, ее кредиторов, работников, а также общества в отношении организации может быть введена внешняя администрация по управлению организацией (далее – внешняя администрация) в порядке, предусмотренном настоящим Федеральным законом.

2. Внешняя администрация может быть введена в отношении организации, соответствующей совокупности следующих критериев:

1) иностранное лицо (иностранцы лица, включая несколько не аффилированных друг с другом лиц), связанные с иностранными государствами, которые совершают в отношении Российской Федерации, российских юридических лиц и физических лиц недружественные действия (в том числе если такие иностранные лица имеют гражданство этих государств, местом их регистрации, местом преимущественного ведения ими хозяйственной деятельности или местом преимущественного извлечения ими прибыли от деятельности являются эти государства), являются контролирующими организацию лицами либо владеют в совокупности прямо или косвенно не менее чем двадцатью пятью процентами голосующих акций организации или долей в уставном капитале организации;

2) балансовая стоимость активов организации по данным бухгалтерской отчетности по состоянию на последнюю отчетную дату, предшествующую дате подачи заявления о назначении внешней

Artikel 1: Gründe für die Bestellung einer externen Verwaltung für die Leitung der Organisation

1. Angesichts der unfreundlichen und völkerrechtswidrigen Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und mit ihnen verbundener ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die mit der Verhängung restriktiver Maßnahmen gegen Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen verbunden sind, zum Schutz der nationalen Interessen der Russischen Föderation, zur Gewährleistung ihrer finanziellen Stabilität und zum Schutz der Rechte und rechtmäßigen Interessen der Organisation, ihrer Gläubiger, ihrer Mitarbeiter und der Gesellschaft kann der Leitung der Organisation in der durch dieses Föderale Gesetz vorgeschriebenen Weise eine externe Verwaltung auferlegt werden (im Folgenden: externe Verwaltung).

2. Die externe Verwaltung kann einer Organisation auferlegt werden, die eine Reihe der folgenden Kriterien erfüllt:

1) eine ausländische Person (ausländische Personen, einschließlich mehrerer nicht-verbundener Personen), die mit ausländischen Staaten verbunden ist, die unfreundliche Handlungen gegenüber der Russischen Föderation, russischen juristischen und natürlichen Personen begehen (einschließlich, wenn diese ausländischen Personen die Staatsangehörigkeit dieser Staaten haben, der Ort ihrer Registrierung, der Ort der überwiegenden Geschäftstätigkeit oder der Ort des überwiegenden Gewinns aus ihrer Tätigkeit diese Staaten sind), die beherrschende Personen der Organisation sind oder insgesamt direkt oder indirekt mindestens 25% der stimmberechtigten Anteile der Organisation oder Anteile am genehmigten Kapital der Organisation besitzen;

2) der Bilanzwert des Vermögens der Organisation laut Jahresabschluss zum letzten Stichtag vor dem Zeitpunkt der Beantragung der externen Verwaltung mehr als eine Milliarde Rubel beträgt und (oder) die

предусмотренного пунктом 1 части 3 настоящего Федерального закона, назначается на срок до трех месяцев.

Досрочное прекращение полномочий такой внешней администрации, предусмотренное статьей 7 настоящего Федерального закона, не допускается.

Внешняя администрация по заявлению, поданному в связи с наличием основания, предусмотренного пунктом 2 части 3 настоящего Федерального закона, назначается на шесть месяцев.

Полномочия указанной внешней администрации могут быть прекращены досрочно в соответствии со статьей 7 настоящего Федерального закона.

5. В качестве внешней администрации назначается государственная корпорация развития «ВЭБ.РФ», а если организация является финансовой организацией - государственная корпорация «Агентство по страхованию вкладов». Указанные лица осуществляют функции внешней администрации через назначенного из числа своих работников представителя, который действует на основании доверенности. Такой представитель вправе от имени организации выдавать доверенности иным лицам, а также отменять выданные указанным лицам доверенности. Нотариального удостоверения предусмотренных настоящим пунктом доверенностей не требуется.

6. Правительством Российской Федерации могут быть определены иные обстоятельства, свидетельствующие о наличии оснований, предусмотренных частью 3 настоящей статьи.

Статья 2. Заявление о назначении внешней администрации

1. Заявление о назначении внешней администрации может быть подано:

Eine vorzeitige Beendigung der in Artikel 7 dieses Föderalgesetzes vorgesehenen Befugnisse der externen Verwaltung ist nicht zulässig.

Eine externe Verwaltung, die im Zusammenhang mit dem Vorliegen der in Teil 3 Absatz 2 dieses Föderalgesetzes genannten Gründe beantragt wird, wird für einen Zeitraum von 6 Monaten bestellt.

Die Befugnisse dieser externen Verwaltung können gemäß Artikel 7 dieses Föderalgesetzes vorzeitig beendet werden.

5. Als externe Verwaltung wird die staatliche Entwicklungsgesellschaft VEB.RF oder, wenn es sich um ein Finanzinstitut handelt, die staatliche Gesellschaft „Agentur für Einlagenversicherung“ eingesetzt.

Diese Personen nehmen die Aufgaben der externen Verwaltung durch einen Vertreter wahr, der aus dem Kreis ihrer Mitarbeiter ernannt wird und auf der Grundlage einer Vollmacht handelt. Dieser Vertreter hat das Recht, im Namen der Organisation anderen Personen Vollmachten zu erteilen und die an die genannten Personen erteilten Vollmachten zu widerrufen. Die in diesem Absatz genannten Vollmachten brauchen nicht notariell beglaubigt zu werden.

6. Die Regierung der Russischen Föderation kann weitere Umstände bestimmen, die auf das Vorliegen der in Absatz 3 dieses Artikels genannten Gründe hinweisen.

Artikel 2: Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung

1. Ein Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung kann von folgenden Stellen eingereicht werden:

1) членом совета директоров (наблюдательного совета) организации;

2) федеральным органом исполнительной власти, уполномоченным Правительством Российской Федерации на представление в деле о банкротстве и в процедурах, применяемых в деле о банкротстве, требований об уплате обязательных платежей и требований Российской Федерации по денежным обязательствам (далее – уполномоченный орган) независимо от наличия задолженности по обязательным платежам;

3) в случаях, предусмотренных статьей 7 настоящего Федерального закона - лицом, наделенным правом осуществлять полномочия внешней администрации.

Уполномоченный орган подает заявление о назначении внешней администрации на основании решения межведомственной комиссии, созданной федеральным органом исполнительной власти, осуществляющим функции по выработке государственной политики и нормативно-правовому регулированию в сфере анализа и прогнозирования социально-экономического развития, развития предпринимательской деятельности. Такое решение может быть принято на основании обращения:

1) высшего должностного лица субъекта Российской Федерации (руководителя высшего исполнительного органа государственной власти субъекта Российской Федерации), в котором зарегистрирована или осуществляет деятельность организация;

2) руководителя федерального органа исполнительной власти, обеспечивающего реализацию единой государственной политики в отрасли экономики, в которой осуществляет деятельность организация;

3) руководителя федерального органа исполнительной власти, уполномоченного на проведение федерального государственного контроля (надзора) за соблюдением трудового

1) ein Mitglied des Vorstandes (Aufsichtsrates) der Organisation;

2) durch ein föderales Exekutivorgan, das von der Regierung der Russischen Föderation bevollmächtigt ist, im Konkursverfahren und in den im Konkursverfahren angewandten Verfahren die Forderungen auf Zahlung von Zwangsgeldern und die Forderungen der Russischen Föderation auf Geldverbindlichkeiten zu vertreten (nachstehend "bevollmächtigtes Organ" genannt), ungeachtet des Bestehens von Rückständen bei Zwangsgeldern

3) in den in Artikel 7 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Fällen - durch eine zur Ausübung der Außenverwaltung befugte Person.

Das bevollmächtigte Organ beantragt die Bestellung einer externen Verwaltung auf der Grundlage eines Beschlusses einer interministeriellen Kommission, die vom föderalen Organ der Exekutivgewalt eingesetzt wurde, das für die Entwicklung der staatlichen Politik und der normativ-rechtlichen Regelung im Bereich der Analyse und Prognose der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der unternehmerischen Tätigkeit zuständig ist. Eine solche Entscheidung kann auf der Grundlage eines Antrags des Antragstellers getroffen werden:

1) der höchste Beamte des Subjekts der Russischen Föderation (Leiter des höchsten Exekutivorgans der Staatsmacht des Subjekts der Russischen Föderation), in dem die Organisation registriert ist oder ihre Tätigkeit ausübt;

2) der Leiter des föderalen Exekutivorgans, das die Umsetzung der einheitlichen staatlichen Politik in dem Wirtschaftszweig gewährleistet, in dem die Organisation ihre Tätigkeit ausübt;

3) Der Leiter des föderalen Exekutivorgans, der befugt ist, die föderale staatliche Kontrolle (Aufsicht) über die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung und

законодательства и иных нормативных правовых актов, содержащих нормы трудового права;

4) прокурора субъекта Российской Федерации, в котором зарегистрирована или осуществляет деятельность организация;

5) уполномоченного органа.

К такому обращению должны быть приложены документы, подтверждающие наличие оснований, указанных в части 3 статьи 1 настоящего Федерального закона.

Принятие решения межведомственной комиссии, указанной в абзаце первом настоящей части, не является основанием для возникновения гражданско-правовой ответственности членов этой межведомственной комиссии.

2. Правительством Российской Федерации могут быть установлены дополнительные основания принятия решения о подаче заявления о назначении внешней администрации.

3. Не позднее дня подачи заявления о назначении внешней администрации заявитель обязан включить сведения о его подаче в Единый федеральный реестр юридически значимых сведений о фактах деятельности юридических лиц, индивидуальных предпринимателей и иных субъектов экономической деятельности (далее также - Единый федеральный реестр сведений о фактах деятельности юридических лиц), а также направить его:

1) уполномоченному органу (если заявление подано не им);

2) организации по адресу ее регистрации;

3) лицу, которое может быть назначено в качестве внешней администрации в соответствии с частью 5 статьи 1 настоящего Федерального закона.

Статья 3. Рассмотрение заявления о назначении внешней администрации и ее назначение

anderer regulativer Rechtsakte, die arbeitsrechtliche Normen enthalten, auszuüben;

4) der Staatsanwalt des Subjekts der Russischen Föderation, in dem die Organisation registriert ist oder ihre Tätigkeit ausübt;

5) eine zuständige Behörde.

Dem Antrag sind Unterlagen beizufügen, die das Vorliegen der in Artikel 1 Teil 3 dieses Bundesgesetzes genannten Gründe bestätigen. Die Annahme der Entscheidung des in Absatz 1 dieses Teils genannten interministeriellen Ausschusses begründet nicht die zivilrechtliche Haftung der Mitglieder dieses interministeriellen Ausschusses.

2. Die Regierung der Russischen Föderation kann zusätzliche Gründe für die Entscheidung über die Einreichung eines Antrags auf Ernennung einer externen Verwaltung festlegen.

3. Spätestens am Tag der Einreichung des Antrags auf Bestellung einer externen Verwaltung ist der Antragsteller verpflichtet, Informationen über die Einreichung in das Einheitliche Föderale Register der rechtlich bedeutsamen Informationen über Tatsachen der Tätigkeit von juristischen Personen, Einzelunternehmen und anderen Subjekten der Wirtschaftstätigkeit (im Folgenden auch - Einheitliches Föderales Register der Informationen über Tatsachen der Tätigkeit von juristischen Personen) aufzunehmen und zu übermitteln

1) an die zugelassene Behörde (wenn der Antrag nicht von ihr gestellt wird);

2) an die Organisation unter ihrer Registrierungsadresse;

3) eine Person, die als externer Verwalter gemäß Artikel 1 Absatz 5 dieses Bundesgesetzes bestellt werden kann.

Artikel 3: Prüfung des Antrags auf Bestellung

1. Вопрос о принятии заявления о назначении внешней администрации к производству решается судом не позднее рабочего дня, следующего за днем его поступления.

2. На основании ходатайства заявителя, приложенного к заявлению о назначении внешней администрации, суд одновременно с возбуждением дела принимает обеспечительные меры, в частности, запрещает:

1) совершать сделки, связанные с приобретением, отчуждением или возможностью отчуждения прямо либо косвенно имущества организации, стоимость которого составляет более пяти процентов балансовой стоимости активов организации по данным бухгалтерской отчетности по состоянию на последнюю отчетную дату, предшествующую дате принятия обеспечительных мер (за исключением реализации имущества, являющегося готовой продукцией, работами, услугами, изготавливаемой или реализуемой организацией в процессе обычной хозяйственной деятельности, приобретения сырья, уплаты обязательных платежей, эксплуатационных платежей, совершения иных сделок, совершаемых в пределах обычной хозяйственной деятельности организации);

2) увольнять работников организации по инициативе работодателя;

3) расторгать договоры организации, имеющие существенное значение для осуществления деятельности организации;

4) распоряжаться акциями (долями в уставном капитале) организации.

Определение о принятии обеспечительных мер направляется судом в органы, осуществляющие регистрацию или иной учет имущества и в кредитные организации при наличии сведений о них, иным лицам, которым надлежит осуществить действия, связанные с обеспечительными мерами.

einer externen Verwaltung und deren Bestellung

1. Der Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung wird vom Gericht spätestens an dem auf den Tag des Eingangs folgenden Arbeitstag bearbeitet.

2. Auf der Grundlage des Antragsersuchen des Antragstellers, der dem Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung beigelegt ist, erlässt das Gericht gleichzeitig mit der Einleitung des Verfahrens einstweilige Maßnahmen, insbesondere ein Verbot:

1) Transaktionen durchzuführen, die direkt oder indirekt mit dem Erwerb, der Veräußerung oder der Möglichkeit der Veräußerung von Vermögenswerten der Organisation zusammenhängen, deren Wert mehr als fünf Prozent des Bilanzwerts des Vermögens der Organisation gemäß der Buchführung zum letzten Bilanzstichtag vor dem Zeitpunkt der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen beträgt, (Mit Ausnahme des Verkaufs von Vermögenswerten, bei denen es sich um Fertigerzeugnisse, Arbeiten oder Dienstleistungen handelt, die von der Organisation im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit hergestellt oder verkauft werden, des Kaufs von Rohstoffen, der Zahlung obligatorischer Zahlungen, betrieblicher Zahlungen und anderer Transaktionen, die im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit der Organisation durchgeführt werden);

2) Arbeitnehmer der Organisation auf Initiative des Arbeitgebers zu entlassen;

3) Verträge der Organisation zu kündigen, die für die Durchführung der Tätigkeiten der Organisation wesentlich sind;

4) über Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) der Organisation zu verfügen.

Der Beschluss über die einstweilige Anordnung wird vom Gericht an die für die Registrierung oder sonstige Verbuchung von Vermögenswerten zuständigen Behörden und an die Kreditinstitute, sofern diese bekannt sind, sowie an andere Personen, die die mit der einstweiligen Anordnung

Такие обеспечительные меры отменяются судом при назначении внешней администрации.

3. Заявление о назначении внешней администрации подлежит рассмотрению судом не ранее чем через пять и не позднее чем через семь рабочих дней со дня его принятия судом без проведения предварительного судебного заседания.

4. О времени и месте судебного заседания суд уведомляет заявителя, организацию, уполномоченный орган, а также лицо, которое может быть назначено в качестве внешней администрации в соответствии с частью 5 статьи 1 настоящего Федерального закона.

5. До даты судебного заседания по рассмотрению заявления о назначении внешней администрации руководителем или участниками (акционерами) организации, владеющими более чем пятидесятью процентами голосующих акций (долей в уставном капитале) организации, может быть подано в суд ходатайство об отказе в назначении внешней администрации в связи с отказом от прекращения деятельности организации и обязательством возобновить и (или) продолжить ее деятельность на территории Российской Федерации, в том числе в связи планируемым отчуждением или передачей в доверительное управление акций (долей в уставном капитале) организации лицам, не подпадающим под критерии, предусмотренные пунктом 1 части 2 статьи 1 настоящего Федерального закона, принявшим на себя такие обязательства. При поступлении такого ходатайства суд отказывает в назначении внешней администрации, если будут представлены убедительные доказательства реальности намерений устранить обстоятельства, послужившие основанием для подачи заявления о назначении внешней администрации. Повторная подача такого ходатайства в отношении организации не допускается.

zusammenhängenden Handlungen vorzunehmen haben, gesandt.

Diese einstweiligen Anordnungen werden vom Gericht mit der Bestellung einer externen Verwaltung aufgehoben.

3. Der Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung wird vom Gericht frühestens fünf und spätestens sieben Arbeitstage nach seiner Annahme durch das Gericht ohne vorherige Anhörung geprüft.

4. Das Gericht teilt dem Antragsteller, der Organisation, der bevollmächtigten Stelle sowie der Person, die gemäß Artikel 1 Absatz 5 dieses Bundesgesetzes zur externen Verwaltung bestellt werden kann, Zeit und Ort der Gerichtsverhandlung mit.

5. Vor der gerichtlichen Verhandlung über den Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung können der Leiter oder die Gesellschafter (Aktionäre) der Organisation, die mehr als 50 Prozent der stimmberechtigten Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) der Organisation halten, beim Gericht einen Antrag auf Ablehnung der Bestellung einer externen Verwaltung im Zusammenhang mit der Weigerung der Organisation, ihre Tätigkeit einzustellen, und der Verpflichtung, ihre Tätigkeit in der Russischen Föderation wieder aufzunehmen und (oder) fortzusetzen, einschließlich der geplanten Veräußerung oder Übertragung in ein Treuhandvermögen, stellen. Nach Eingang eines solchen Antrags lehnt das Gericht die Bestellung einer externen Verwaltung ab, wenn überzeugende Beweise dafür vorgelegt werden, dass tatsächlich die Absicht besteht, die Umstände zu beseitigen, die dem Antrag auf Bestellung einer externen Verwaltung zugrunde lagen. Ein solcher Antrag kann nicht erneut gegen die Organisation gestellt werden.

6. В случае принятия судом решения об отказе в назначении внешней администрации в связи с планируемым отчуждением или передачей в доверительное управление акций (долей в уставном капитале) организации такая сделка по отчуждению или передаче в доверительное управление акций (долей в уставном капитале) должны быть совершена не позднее трех месяцев с даты принятия решения суда.

7. При отсутствии ходатайства, предусмотренного частью 5 настоящей статьи, или отказа суда в его удовлетворении суд принимает решение о назначении внешней администрации, если заявитель представит доказательства наличия оснований, предусмотренных частью 3 статьи 1 настоящего Федерального закона.

8. С даты назначения внешней администрации:

1) полномочия руководителя организации переходят к внешней администрации;

2) приостанавливаются полномочия иных органов управления организации;

3) прекращается действие доверенностей, выданных организацией до даты назначения внешней администрации, в том числе безотзывных;

4) приостанавливаются обязанности организации и иных лиц по подаче заявления о признании должника банкротом, предусмотренные статьей 9 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве);

5) прекращается действие принятых до этого решений органов управления организации о ее добровольной ликвидации, реорганизации, выплате дивидендов, приобретении и выкупе акций (долей в уставном капитале), изменении устава и о даче руководителю обязательных для него указаний;

6. Entscheidet ein Gericht, im Zusammenhang mit einer geplanten Veräußerung oder Übertragung von Anteilen (Beteiligungen am genehmigten Kapital) der Organisation in die treuhänderische Verwaltung keine externe Verwaltung zu bestellen, so muss eine solche Transaktion der Veräußerung oder Übertragung von Anteilen (Beteiligungen am genehmigten Kapital) in die treuhänderische Verwaltung spätestens drei Monate nach dem Datum der Gerichtsentscheidung abgeschlossen sein.

7. Liegt kein Antrag nach Teil 5 dieses Artikels vor oder lehnt das Gericht den Antrag ab, so entscheidet das Gericht über die Bestellung einer externen Verwaltung, wenn der Antragsteller die in Teil 3 des Artikels 1 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Gründe nachweist.

8. Ab dem Datum der Bestellung der externen Verwaltung:

1) Die Befugnisse des Leiters der Organisation gehen auf die externe Verwaltung über;

2) werden die Befugnisse der anderen Organe der Organisation ausgesetzt;

3) Vollmachten, die von der Organisation vor dem Zeitpunkt der Bestellung der externen Verwaltung erteilt wurden, einschließlich unwiderruflicher Vollmachten, erlöschen;

4) werden die Verpflichtungen der Organisation und anderer Personen zur Beantragung des Konkurses des Schuldners gemäß Artikel 9 des Föderalen Gesetzes № 127-FZ vom 26. Oktober 2002 über die Zahlungsunfähigkeit (Konkurs) ausgesetzt;

5) die zuvor von den Leitungsorganen der Organisation gefassten Beschlüsse über die freiwillige Liquidation, die Reorganisation, die Ausschüttung von Dividenden, den Erwerb und die Einziehung von Anteilen (Anteilen am genehmigten Kapital), die Änderung der Satzung und die Erteilung verbindlicher Weisungen an den Leiter der Organisation aufgehoben werden;

6) не допускается удовлетворение требований участника (акционера) организации о выплате действительной стоимости доли в уставном капитале или о выкупе акций организации;

7) приостанавливается действие положений устава организации, ограничивающих полномочия руководителя по сравнению с законом, в том числе требующих согласования (одобрения) его действий другими органами управления организации;

8) не допускается односторонний отказ от исполнения или одностороннее изменение договора контрагентом организации во внесудебном порядке;

9) требование контрагента организации об изменении или о расторжении договора с организацией подлежит предъявлению арбитражный суд и рассматривается по правилам пункта 2 статьи 450 Гражданского кодекса Российской Федерации, при этом суд вправе полностью или частично отказать в изменении или расторжении договора, необходимых для продолжения деятельности организации при условии представления доказательств того, что она сможет исполнять договор в будущем.

9. С даты назначения внешней администрации сохраняется действие (не допускается прекращение) исключительных прав организации на объекты интеллектуальной собственности, а также прав использования объектов интеллектуальной собственности (в том числе предоставленных организации по лицензионному договору, договору коммерческой концессии), обладателями исключительных прав на которые являются иностранные лица, связанные с иностранными государствами, которые совершают в отношении российских юридических лиц и физических лиц недружественные действия (в том числе если такие иностранные лица имеют гражданство этих государств, местом их регистрации, местом преимущественного ведения ими хозяйственной

6) die Ansprüche des Teilnehmers (Aktionärs) der Organisation auf Auszahlung des tatsächlichen Wertes des Anteils am genehmigten Kapital oder auf Einziehung der Anteile der Organisation sind nicht zulässig;

7) Die Bestimmungen der Satzung der Organisation, die die Befugnisse des Leiters im Vergleich zum Gesetz einschränken, einschließlich derjenigen, die eine Genehmigung (Zustimmung) seiner Handlungen durch andere Leitungsorgane der Organisation vorschreiben, werden ausgesetzt;

8) Die Gegenpartei der Organisation darf die Erfüllung des Vertrags nicht einseitig verweigern oder den Vertrag einseitig außergerichtlich ändern;

9) Die Forderung des Vertragspartners der Organisation, den Vertrag mit der Organisation zu ändern oder zu kündigen, ist Gegenstand eines Schiedsverfahrens und wird nach den Regeln des Artikels 450 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation geprüft, wobei das Gericht das Recht hat, die für die Fortführung der Tätigkeit der Organisation erforderliche Änderung oder Kündigung des Vertrags ganz oder teilweise abzulehnen, sofern der Nachweis erbracht wird, dass die Organisation in der Lage sein wird, den Vertrag in Zukunft zu erfüllen.

9. Ab dem Zeitpunkt der Ernennung der externen Verwaltung werden die ausschließlichen Rechte der Organisation an geistigem Eigentum sowie die Rechte zur Nutzung des geistigen Eigentums (einschließlich der Rechte, die der Organisation im Rahmen eines Lizenzvertrags oder einer kommerziellen Konzession gewährt wurden), deren Inhaber ausländische Personen sind, die mit ausländischen Staaten verbunden sind und die feindliche Handlungen gegen russische juristische und natürliche Personen begehen (einschließlich, wenn diese ausländischen Personen die Staatsangehörigkeit dieser Staaten haben, der Ort ihrer Gründung, der Ort der überwiegenden Geschäftstätigkeit oder der Ort des überwiegenden Gewinns aus ihren Tätigkeiten diese Staaten sind), und Personen, die von diesen ausländischen Personen kontrolliert werden, unabhängig von

деятельности или местом преимущественного извлечения ими прибыли от деятельности являются эти государства), и лица, которые находятся под контролем указанных иностранных лиц, независимо от места их регистрации или места преимущественного ведения ими хозяйственной деятельности.

В случае досрочного прекращения в период с 24 февраля 2022 г. действия таких прав использования их действие восстанавливается. При этом выплата вознаграждения (в том числе по лицензионному договору или договору коммерческой концессии) за предоставление права использования объектов интеллектуальной собственности, предусмотренных абзацем первым настоящего пункта, до даты истечения срока полномочий внешней администрации не осуществляется.

10. Если ранее в отношении организации уже назначалась внешняя администрация в связи с наличием оснований, предусмотренных пунктом 2 части 3 настоящего Федерального закона, то при повторном назначении внешней администрации применяются положения настоящего Федерального закона, предусмотренные в отношении организации, заявление о назначении внешней администрации которой подано по основаниям, предусмотренным пунктом 1 части 3 настоящего Федерального закона.

11. Решение суда о назначении внешней администрации может быть обжаловано в порядке апелляционного производства участником (акционером) организации, а также бывшим руководителем организации.

Статья 4. Права и обязанности внешней администрации

1. Внешняя администрация обязана действовать добросовестно и разумно в интересах организации, ее кредиторов, работников и общества. В отношении работников организации к внешней администрации переходят права и обязанности руководителя работодателя.

ихим Ort der Gründung oder dem Ort der überwiegenden Geschäftstätigkeit.

Im Falle einer vorzeitigen Beendigung dieser Nutzungsrechte ab dem 24. Februar 2022 werden sie wiederhergestellt. In diesem Fall erfolgt die Zahlung des Entgelts (auch im Rahmen eines Lizenzvertrags oder einer kommerziellen Konzessionsvereinbarung) für die Einräumung des Rechts auf Nutzung der in Absatz 1 genannten Gegenstände des geistigen Eigentums erst zum Zeitpunkt des Ablaufs der Amtszeit der externen Verwaltung.

10. Wurde die externe Verwaltung in Bezug auf die Organisation aufgrund des Vorliegens der in Teil 3 Satz 2 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Gründe bereits früher bestellt, so sind bei der erneuten Bestellung der externen Verwaltung die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes anzuwenden, die in Bezug auf die Organisation vorgesehen sind, deren Antrag auf Bestellung der externen Verwaltung aus den in Teil 3 Satz 1 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Gründen gestellt wurde.

11. Gegen die Entscheidung des Gerichts über die Bestellung der externen Verwaltung kann der Teilnehmer (Anteilseigner) der Organisation sowie der ehemalige Leiter der Organisation Einspruch erheben.

Artikel 4: Rechte und Pflichten der externen Verwaltung

1. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, nach Treu und Glauben und in angemessener Weise im Interesse der Organisation, ihrer Gläubiger, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit zu handeln. In Bezug auf die Beschäftigten der Organisation unterliegt die externe Verwaltung den Rechten und Pflichten des Leiters des Arbeitgebers.

2. Внешняя администрация обязана:

- 1) принимать меры по обеспечению возобновления и (или) обеспечению продолжения деятельности, которую осуществляет организация, и предупреждению ее банкротства;
- 2) принимать меры по обеспечению сохранности имущества организации и рабочих мест, а также меры, направленные на недопущение возникновения задолженности по заработной плате либо ее погашение, если она возникла до введения внешней администрации;
- 3) осуществлять инвентаризацию имущества организации;
- 4) обеспечивать проведение оценки имущества организации в соответствии с законодательством Российской Федерации об оценочной деятельности для определения его ликвидационной стоимости;
- 5) проводить замещение активов организации путем выделения;
- 6) проводить торги по продаже акций (долей в уставном капитале) организации, образованной путем выделения;
- 7) принимать меры, направленные на поиск, выявление и возврат имущества организации, находящегося у третьих лиц.

3. Внешняя администрация вправе:

- 1) осуществлять полномочия руководителя организации, в том числе распоряжаться ее имуществом, включая средства на банковских счетах;
- 2) предъявлять от имени организации иски в суды общей юрисдикции, арбитражные суды и третейские суды;

2. Die externe Verwaltung ist dazu verpflichtet:

- 1) Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederaufnahme und (oder) die Fortführung der von der Organisation durchgeführten Tätigkeiten zu gewährleisten und ihren Konkurs zu verhindern;
- 2) Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des Eigentums der Organisation und der Arbeitsplätze zu gewährleisten, sowie Maßnahmen, die darauf abzielen, Lohnrückstände oder deren Zahlung zu verhindern, wenn sie vor der Einführung der externen Verwaltung entstanden sind;
- 3) eine Bestandsaufnahme des Vermögens der Organisation vorzunehmen;
- 4) sicherzustellen, dass das Vermögen der Organisation in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Russischen Föderation über die Bewertungstätigkeit bewertet wird, um seinen Liquidationswert zu bestimmen;
- 5) die Ersetzung von Vermögenswerten der Organisation durch eine Ausgliederung durchzuführen;
- 6) Durchführung von Auktionen für den Verkauf von Aktien (Anteilen am Satzungskapital) der durch Abspaltung gebildeten Organisation;
- 7) Maßnahmen zur Suche, Identifizierung und Rückgabe des Eigentums der Organisation, das sich im Besitz Dritter befindet, zu ergreifen.

3. Die externe Verwaltung hat das Recht dazu:

- 1) Ausübung der Befugnisse des Leiters der Organisation, einschließlich der Verfügung über ihr Vermögen, einschließlich der Bankguthaben;
- 2) im Namen der Organisation Ansprüche vor ordentlichen Gerichten, Schiedsgerichten und Schiedsgerichten geltend zu machen;
- 3) unter Berücksichtigung der Art der Tätigkeiten der Organisation andere Personen mit der

3) с учетом характера деятельности организации привлекать иных лиц для осуществления управленческих функций;

4) запрашивать необходимые сведения об организации, о лицах, входящих в состав органов управления организации, о контролирующих лицах организации, о принадлежащем им имуществе (в том числе имущественных правах), о контрагентах и об обязательствах организации у любых третьих лиц, включая физические лица, юридические лица, государственные органы, органы местного самоуправления, государственные внебюджетные фонды Российской Федерации и органы местного самоуправления, включая сведения, составляющие служебную, коммерческую и банковскую тайну.

Запрошенные сведения и документы предоставляются внешней администрации в течение семи календарных дней со дня получения ее запроса.

4. Бывший руководитель организации в течение трех календарных дней с даты назначения внешней администрации обязан обеспечить передачу ей бухгалтерской и иной документации организации, печатей, штампов, материальных и иных ценностей.

5. Внешняя администрация в течение трех месяцев с даты ее назначения вправе отказаться от исполнения договоров организации, не исполненных сторонами полностью или частично, если такие договоры препятствуют предупреждению банкротства организации и продолжению ее деятельности. Сторона по договору, в отношении которой заявлен отказ от исполнения, вправе потребовать от организации возмещения убытков, вызванных отказом от его исполнения.

Wahrnehmung von Führungsaufgaben zu beauftragen;

4) die notwendigen Informationen über die Organisation, über die Personen, die Mitglieder der Leitungsorgane der Organisation sind, über die die Organisation kontrollierenden Personen, über das ihnen gehörende Vermögen (einschließlich der Eigentumsrechte), über die Gegenparteien und über die Verpflichtungen der Organisation von allen Dritten, einschließlich natürlicher Personen, juristischer Personen, staatlicher Organe, lokaler Behörden, staatlicher außerbudgetärer Fonds der Russischen Föderation und lokaler Behörden, anzufordern, einschließlich Informationen, die Amts-, Geschäfts- und Bankgeheimnisse darstellen. Die angeforderten Informationen und Unterlagen werden der externen Verwaltung innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang ihres Ersuchens zur Verfügung gestellt.

Die angeforderten Informationen und Dokumente werden der externen Verwaltung innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang ihres Ersuchens zur Verfügung gestellt.

4. Der ehemalige Leiter der Organisation ist verpflichtet, ihr innerhalb von drei Kalendertagen ab dem Zeitpunkt der Bestellung der externen Verwaltung die Buchhaltung und andere Unterlagen der Organisation, Siegel, Stempel, Material und andere Wertgegenstände zu übergeben.

5. Innerhalb von drei Monaten nach ihrer Ernennung hat die externe Verwaltung das Recht, die Erfüllung von Verträgen der Organisation abzulehnen, die von den Parteien ganz oder teilweise nicht erfüllt wurden, wenn diese Verträge die Abwendung des Konkurses der Organisation und die Fortführung ihrer Tätigkeiten verhindern. Die Vertragspartei, für die der Rücktritt erklärt wird, hat das Recht, von der Organisation eine Entschädigung für den durch den Rücktritt verursachten Schaden zu verlangen.

6. Внешняя администрация отвечает за убытки, причиненные в ходе осуществления ею своих полномочий, только в случае умышленного нарушения или грубой небрежности.

7. Незамедлительно после своего назначения внешняя администрация приступает к формированию реестра требований кредиторов и инвентаризации имущества организации. Инвентаризация и оценка имущества организации должны быть проведены не позднее двух месяцев со дня назначения внешней администрации, а замещение активов не позднее окончания сроков полномочий внешней администрации, предусмотренных частью 4 статьи 1 настоящего Федерального закона.

Статья 5. Реестр требований кредиторов

1. Внешняя администрация обязана вести реестр требований кредиторов организации, возникших до ее назначения, в том числе требований, срок исполнения которых не наступил на дату ее назначения.

2. Состав и размер обязательств организации определяется на дату назначения внешней администрации.

3. В течение одного месяца со дня ее назначения внешняя администрация обязана выявить всех имеющих кредиторов организации и уведомить их о включении требований в реестр требований кредиторов, а также включить сведения об этом в Единый федеральный реестр сведений о фактах деятельности юридических лиц.

4. В течение одного месяца со дня назначения внешней администрации кредиторы организации вправе предъявить свои требования внешней администрации для целей включения в реестр требований кредиторов.

6. Die externe Verwaltung haftet für Schäden, die sie bei der Ausübung ihrer Befugnisse verursacht, nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

7. Unmittelbar nach ihrer Ernennung beginnt die externe Verwaltung mit der Erstellung eines Forderungsregisters der Gläubiger und eines Inventars des Vermögens der Organisation. Die Inventarisierung und Bewertung des Vermögens der Organisation muss spätestens zwei Monate nach der Ernennung der externen Verwaltung erfolgen, die Ersetzung des Vermögens spätestens am Ende der in Artikel 1 Absatz 4 dieses Bundesgesetzes vorgesehenen Amtszeit der externen Verwaltung.

Artikel 5: Verzeichnis der Forderungen der Gläubiger

1. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, ein Verzeichnis der Forderungen der Gläubiger der Organisation zu führen, die vor ihrer Bestellung entstanden sind, einschließlich der Forderungen, die zum Zeitpunkt ihrer Bestellung noch nicht fällig geworden sind.

2. Die Zusammensetzung und die Höhe der Verbindlichkeiten der Organisation werden zum Zeitpunkt der Bestellung der externen Verwaltung festgelegt.

3. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, innerhalb eines Monats nach ihrer Ernennung alle bestehenden Gläubiger der Organisation zu ermitteln und sie über die Aufnahme ihrer Forderungen in das Gläubigerforderungsregister zu informieren, sowie

4. Innerhalb eines Monats nach der Bestellung der externen Verwaltung haben die Gläubiger der Organisation das Recht, ihre Forderungen bei der externen Verwaltung zur Eintragung in das Verzeichnis der Forderungen der Gläubiger anzumelden.

В течение десяти рабочих дней со дня получения требования кредитора внешняя администрация обязана принять решение о его включении в реестр требований кредиторов либо отказать в таком включении и уведомить кредитора об этом, а также включить в Единый федеральный реестр сведений о фактах деятельности юридических лиц сведения о включении требования в реестр.

Решение внешней администрации об отказе во включении требования в реестр может быть обжаловано в суд заявившим его кредитором в течение десяти рабочих дней со дня, когда он узнал или должен был узнать о нем.

5. Внешняя администрация обязана обеспечивать доступ к документам, на основании которых ею были приняты решения о включении требований в реестр, участникам (акционерам) организации, уполномоченному органу, кредиторам, чьи требования включены в реестр, а также кредиторам, предъявившим требования внешней администрации.

6. В течение десяти рабочих дней с даты включения в Единый федеральный реестр сведений о фактах деятельности юридических лиц сведений о включении требования в реестр решение внешней администрации о таком включении может быть обжаловано в арбитражный суд:

- 1) кредитором, чьи требования включены в реестр;
- 2) кредитором, предъявившим требование внешней администрации;
- 3) участником (акционером) и бывшим руководителем организации;
- 4) уполномоченным органом.

Die externe Verwaltung ist verpflichtet, innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang der Forderung des Gläubigers eine Entscheidung über die Aufnahme in das Forderungsregister zu treffen oder die Aufnahme abzulehnen und den Gläubiger davon in Kenntnis zu setzen sowie Informationen über die Aufnahme der Forderung in das Register in das Einheitliche Föderale Register für Informationen über die Fakten juristischer Personen aufzunehmen.

Gegen die Entscheidung der externen Verwaltung über die Verweigerung der Aufnahme der Forderung in das Register kann der Antragsteller innerhalb von zehn Arbeitstagen ab dem Tag, an dem er davon erfahren hat oder hätte erfahren müssen, bei Gericht Einspruch erheben.

5. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, den Teilnehmern (Gesellschaftern) der Organisation, dem bevollmächtigten Organ, den Gläubigern, deren Forderungen in das Register aufgenommen wurden, sowie den Gläubigern, die Forderungen bei der externen Verwaltung eingereicht haben, Zugang zu den Dokumenten zu gewähren, auf deren Grundlage sie Entscheidungen über die Aufnahme von Forderungen in das Register getroffen hat.

6. Innerhalb von zehn Arbeitstagen ab dem Datum der Aufnahme von Informationen über die Aufnahme einer Forderung in das Einheitliche Föderale Register der Informationen über die Tätigkeit juristischer Personen kann die Entscheidung der externen Verwaltung über diese Aufnahme beim Schiedsgericht angefochten werden:

- 1) von einem Gläubiger, dessen Forderungen in das Register eingetragen sind;
- 2) durch einen Gläubiger, dessen Forderungen in das Register aufgenommen wurden;
- 3) ein Teilnehmer (Aktionär) und ehemaliger Leiter der Organisation;
- 4) befugte Behörde.

7. Суд рассматривает жалобу на решение внешней администрации о включении требования в реестр или об отказе в таком включении в течение пятнадцати рабочих дней со дня поступления жалобы в суд.

Статья 6. Замещение активов организации путем выделения

1. Для обеспечения продолжения деятельности, которую осуществляет организация, проводится замещение активов путем выделения по правилам статьи 115 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)», с учетом особенностей, предусмотренных настоящей статьей.

2. При замещении активов организации на базе ее имущества создается одно хозяйственное общество, единственным участником (акционером) которого становится организация. Такому хозяйственному обществу передается в порядке универсального правопреемства по передаточному акту все имущество (в том числе имущественные права) организации. Решение о выделении принимается и передаточный акт утверждается внешней администрацией.

3. В состав передаваемого имущества среди прочего включаются принадлежащие организации исключительные права на результаты интеллектуальной деятельности, товарные знаки и знаки обслуживания, права использования результатов интеллектуальной деятельности, товарных знаков и знаков обслуживания.

В состав имущества также включаются исключительные права на результаты интеллектуальной деятельности, товарные знаки и знаки обслуживания, принадлежащие лицам, подпадающим под критерии, предусмотренные частью 10 статьи 3 настоящего Федерального закона, права использования которых ранее предоставлены организации.

7. Das Gericht prüft die Beschwerde gegen die Entscheidung der externen Verwaltung über die Aufnahme der Forderung in das Register oder über die Ablehnung einer solchen Aufnahme innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen nach Eingang der Beschwerde bei dem Gericht.

Artikel 6: Ersetzung des Vermögens einer Organisation durch eine Ausgliederung

1. Um die Fortführung der von der Organisation ausgeübten Tätigkeiten zu gewährleisten, werden die Aktiva durch eine Ausgliederung gemäß den Bestimmungen von Artikel 115 des Föderalen Gesetzes Nr. 127-FZ vom 26. Oktober 2002 "Über die Insolvenz (Konkurs)" ersetzt, vorbehaltlich der in diesem Artikel vorgesehenen Besonderheiten.

2. Bei der Ersetzung des Vermögens der Organisation auf der Grundlage ihres Eigentums entsteht eine wirtschaftliche Gesellschaft, deren einziger Gesellschafter (Aktionär) die Organisation wird.

Das gesamte Eigentum (einschließlich der Eigentumsrechte) der Organisation wird in der Reihenfolge der Gesamtrechtsnachfolge durch eine Übertragungsurkunde auf diese wirtschaftliche Einheit übertragen. Der Beschluss über die Ausgliederung wird von der Außenverwaltung gefasst und der Übertragungsakt genehmigt.

3. Das übertragene Eigentum umfasst unter anderem ausschließliche Rechte an den Ergebnissen geistiger Tätigkeit, Warenzeichen und Dienstleistungsmarken, Rechte zur Nutzung der Ergebnisse geistiger Tätigkeit, Warenzeichen und Dienstleistungsmarken, die der Organisation gehören.

Das Eigentum umfasst auch die ausschließlichen Rechte an den Ergebnissen der geistigen Tätigkeit, an Warenzeichen und Dienstleistungsmarken, die Personen gehören, die unter die in Teil 10 von Artikel 3 dieses Bundesgesetzes festgelegten Kriterien fallen, und deren Nutzungsrechte zuvor der Organisation gewährt wurden.

4. Величина уставного капитала создаваемого хозяйственного общества определяется решением внешней администрации и устанавливается в размере, равном ликвидационной стоимости имущества, передаваемого этому обществу, определенной по результатам проведения его оценки.

5. Лицензии на осуществление отдельных видов деятельности, имеющиеся у организации, подлежат переоформлению на хозяйственное общество в порядке, установленном законодательством Российской Федерации.

6. Доля в уставном капитале (акции) созданного на базе имущества организации хозяйственного общества включаются в состав имущества организации и подлежат продаже на торгах. Ликвидационная стоимость указанной доли в уставном капитале (акций) признается равной ликвидационной стоимости переданного хозяйственному обществу имущества, оценка которого проведена в соответствии с частью 4 настоящей статьи.

7. Единоличным исполнительным органом (руководителем) созданного на базе имущества организации хозяйственного общества является внешняя администрация либо иное лицо, назначаемое на должность и отстраняемое от должности внешней администрацией. Руководитель вновь созданного хозяйственного общества обязан перезаключить трудовые договоры с работниками ликвидируемой организации.

Устав создаваемого на базе имущества организации хозяйственного общества утверждается внешней администрацией.

8. К отношениям, возникающим при реорганизации в форме выделения, предусмотренной настоящей статьей, правила, установленные статьей 60 Гражданского кодекса Российской Федерации и статьей 13.1 Федерального закона от 8 августа 2001 г. № 129-ФЗ «О государственной регистрации юридических лиц и индивидуальных предпринимателей», а также положениями других законодательных

4. Der Wert des genehmigten Kapitals der zu gründenden wirtschaftlichen Gesellschaft wird durch einen Beschluss der externen Verwaltung festgelegt und entspricht dem Liquidationswert des Vermögens, das in diese Gesellschaft eingebracht wird, der entsprechend den Ergebnissen ihrer Bewertung festgelegt wird.

5. Lizenzen zur Ausübung bestimmter Arten von Tätigkeiten, über die die Organisation verfügt, werden dem Unternehmen in der durch die Gesetzgebung der Russischen Föderation festgelegten Reihenfolge neu erteilt.

6. Die Anteile am genehmigten Kapital (Aktien) der wirtschaftlichen Gesellschaft, die auf der Grundlage des Vermögens der Organisation geschaffen wurden, gehören zum Vermögen der Organisation und sind Gegenstand der Versteigerung. Der Liquidationswert des genannten Anteils am genehmigten Kapital (Aktien) wird mit dem Liquidationswert des auf die wirtschaftliche Gesellschaft übertragenen Vermögens gleichgesetzt, der gemäß Teil 4 dieses Artikels bewertet wurde.

7. Alleiniges Exekutivorgan (Leiter) einer wirtschaftlichen Gesellschaft, die auf der Grundlage des Vermögens der Organisation gegründet wurde, ist die externe Verwaltung oder eine andere Person, die zu diesem Posten ernannt und von der externen Verwaltung entlassen wird. Der Leiter des neu gegründeten Wirtschaftsbeteiligten ist verpflichtet, die Arbeitsverträge mit den Beschäftigten der aufgelösten Organisation neu auszuhandeln.

Die Satzung der wirtschaftlichen Gesellschaft, die auf der Grundlage des Vermögens der Organisation gegründet wurde, wird von der externen Verwaltung genehmigt. 8.

8. Die durch Artikel 60 des Zivilgesetzbuches der Russischen Föderation und Artikel 13.1 des Föderalen Gesetzes Nr. 129-FZ vom 8. August 2001 "Über die staatliche Registrierung von juristischen Personen und Einzelunternehmern" festgelegten Regeln sowie die Bestimmungen anderer Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation über die Gewährleistung von Gläubigerrechten bei der Reorganisation finden keine Anwendung auf die bei

актов Российской Федерации о гарантиях прав кредиторов при реорганизации, не применяются.

Статья 7. Досрочное прекращение полномочий внешней администрации

1. До истечения срока полномочий внешней администрации, введенной по заявлению, поданному в связи с наличием основания, предусмотренного пунктом 2 части 3 статьи 1 настоящего Федерального закона, участниками (акционерами) организации, владеющими более чем пятьдесятю процентами голосующих акций (долей в уставном капитале) организации, может быть подано в суд заявление о досрочном прекращении полномочий внешней администрации в связи с их отказом от прекращения деятельности организации и обязательством возобновить и (или) продолжить ее деятельность на территории Российской Федерации, в том числе в связи планируемым отчуждением или передачей в доверительно управление акций (долей в уставном капитале) организации лицам, не подпадающим под критерии, предусмотренные пунктом 1 части 3 статьи 1 настоящего Федерального закона, принявшим на себя такие обязательства. Указанное заявление подлежит рассмотрению судом в течение десяти рабочих дней со дня его поступления.

2. Суд принимает решение о досрочном прекращении полномочий внешней администрации, если будут представлены убедительные доказательства реальности намерений устранить обстоятельства, послужившие основанием для назначения внешней администрации, а также компенсации затрат на деятельность внешней администрации. Полномочия внешней администрации действуют до избрания нового руководителя органами управления организации.

3. В случае принятия арбитражным судом решения о досрочном прекращении полномочий внешней администрации в связи с планируемым отчуждением или передачей в доверительное управление акций (долей в уставном капитале)

der Reorganisation in Form der in diesem Artikel vorgesehenen Ausgliederung entstehenden Beziehungen.

Artikel 7: Vorzeitige Beendigung der Befugnisse einer externen Verwaltung

1. Vor Ablauf der Befugnisse der externen Verwaltung, die auf Antrag bei Vorliegen der in Artikel 1 Absatz 3 Satz 2 dieses Föderalen Gesetzes vorgesehenen Gründe eingeführt wurde, kann von Teilnehmern (Aktionären) der Organisation, die mehr als fünfzig Prozent der stimmberechtigten Aktien (Anteile am Satzungskapital) der Organisation halten, bei Gericht ein Antrag auf vorzeitige Beendigung der externen Verwaltung gestellt werden, da sie sich weigern, die Tätigkeit der Organisation einzustellen, und sich verpflichten, ihre Tätigkeit zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen und (oder) fortzusetzen. Der Antrag ist innerhalb von zehn Arbeitstagen nach seinem Eingang vom Gericht zu prüfen.

2. Das Gericht entscheidet über die vorzeitige Beendigung der Befugnisse der externen Verwaltung, wenn überzeugende Beweise für die tatsächliche Absicht, die Umstände, die zur Bestellung der externen Verwaltung geführt haben, zu beheben, sowie für die Entschädigung für die Kosten der externen Verwaltung vorgelegt werden. Die Befugnisse der externen Verwaltung bleiben bis zur Wahl eines neuen Leiters durch die Leitungsgremien der Organisation in Kraft.

3. Entscheidet das Schiedsgericht, dass die Befugnisse der externen Verwaltung im Zusammenhang mit der geplanten Veräußerung oder Übertragung von Anteilen (Beteiligungen am Satzungskapital) der Organisation in die

организации такая сделка должна быть совершена не позднее трех месяцев с даты принятия решения судом.

4. В течение шести месяцев с даты принятия судом решения о досрочном прекращении полномочий внешней администрации лицо, которое осуществляло ее полномочия, вправе запрашивать необходимые сведения и документы у организации, лица, которое планирует приобрести (приобрело) или которое планирует принять (получило) в доверительное управление акции (доли в уставном капитале) организации, для подтверждения выполнения условий, предусмотренных частями 1 и 3 настоящей статьи.

Запрошенные сведения и документы предоставляются лицу, которое осуществляло полномочия внешней администрации, в течение семи рабочих дней со дня получения ее запроса.

В случае непредставления запрашиваемых сведений и документов и (или) выявления невыполнения указанных требований и (или) наличия (сохранения) обстоятельств, послуживших основанием для назначения внешней администрации, лицо, которое осуществляло полномочия внешней администрации, вправе обратиться в суд с заявлением о назначении внешней администрации с одновременным принятием решения о принудительной ликвидации или банкротстве организации в порядке, предусмотренном статьей 8 настоящего Федерального закона.

Статья 8. Ликвидация либо банкротство организации

1. Внешняя администрация обязана обратиться в суд с заявлением о принудительной ликвидации организации, а если организация имеет признаки банкротства – с заявлением о признании ее банкротом:

если она назначена по основаниям, предусмотренным пунктом 1 части 3 настоящего Федерального закона – не ранее проведения

treuhänderische Verwaltung enden, muss eine solche Transaktion spätestens drei Monate nach dem Datum der Gerichtsentscheidung erfolgen.

4. Innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum der gerichtlichen Entscheidung über die vorzeitige Beendigung der Befugnisse der externen Verwaltung hat die Person, die ihre Befugnisse ausgeübt hat, das Recht, die notwendigen Informationen und Dokumente von der Organisation, der Person, die beabsichtigt, die Aktien (Anteile am Satzungskapital) der Organisation für die treuhänderische Verwaltung zu erwerben (erworben) oder zu übernehmen (erhalten), anzufordern, um die Einhaltung der Bedingungen, die in den Teilen 1 und 3 dieses Artikels festgelegt sind, zu bestätigen.

Die angeforderten Informationen und Unterlagen werden der Person, die die Befugnisse der externen Verwaltung ausgeübt hat, innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Eingang des Antrags zur Verfügung gestellt.

В случае непредставления запрашиваемых сведений и документов и (или) выявления невыполнения указанных требований и (или) наличия (сохранения) обстоятельств, послуживших основанием для назначения внешней администрации, лицо, которое осуществляло полномочия внешней администрации, вправе обратиться в суд с заявлением о назначении внешней администрации с одновременным принятием решения о принудительной ликвидации или банкротстве организации в порядке, предусмотренном статьей 8 настоящего Федерального закона.

Artikel 8: Liquidation oder Konkurs der Organisation

1. Die externe Verwaltung ist verpflichtet, bei Gericht einen Antrag auf Zwangsliquidation der Organisation zu stellen, und wenn die Organisation Anzeichen von Konkurs aufweist, einen Antrag auf Konkurseröffnung:

wenn er aus den in Teil 3 Satz 1 dieses Föderalgesetzes genannten Gründen ernannt wird - nicht früher als bei der Ersetzung des Vermögens

замещения активов организации, но не позднее пяти рабочих дней после его проведения;

если она назначена по основаниям, предусмотренным пунктом 2 части 3 настоящего федерального закона – не ранее десяти, но не позднее, семи рабочих дней до истечения срока ее полномочий.

К такому заявлению внешняя администрация прикладывает проект порядка, сроков и условий продажи акций (долей в уставном капитале) хозяйственного общества, которое создается в результате замещения активов организации. Указанное заявление подлежит рассмотрению судом не позднее пяти рабочих дней со дня его поступления в суд.

В рассмотрении судом указанного заявления вправе участвовать также участники (акционеры) и бывший руководитель организации, уполномоченный орган и кредиторы, чьи требования включены в реестр, которые вправе представить замечания и возражения на порядок продажи, представленный внешней администрацией.

2. В случае принятия судом решения о принудительной ликвидации организации или признании организации банкротом он возлагает функции ликвидатора или конкурсного управляющего соответственно на внешнюю администрацию с продлением ее полномочий на период ликвидации или конкурсного производства.

Одновременно суд утверждает порядок, сроки и условия продажи акций (долей в уставном капитале) хозяйственного общества, которое будет создано в результате замещения активов организации.

3. Ликвидация и конкурсное производство в отношении организации осуществляются в порядке и в соответствии с процедурами, которые предусмотрены Федеральным законом от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О

der Organisation, spätestens jedoch fünf Arbeitstage nach der Ersetzung;

wenn sie aus den in Teil 3 Satz 2 dieses Föderalgesetzes genannten Gründen ernannt werden - frühestens zehn, spätestens sieben Werkstage vor Ablauf der Amtszeit.

Die externe Verwaltung fügt diesem Antrag einen Entwurf des Verfahrens und der Bedingungen für den Verkauf von Anteilen (Anteilen am genehmigten Kapital) der wirtschaftlichen Einheit bei, die durch die Ersetzung der Vermögenswerte der Organisation entsteht.

Der Antrag wird vom Gericht spätestens fünf Arbeitstage nach Eingang bei Gericht geprüft.

Die Gesellschafter (Aktionäre) und der ehemalige Leiter der Organisation, das bevollmächtigte Organ und die Gläubiger, deren Forderungen in das Register eingetragen sind und die das Recht haben, Anmerkungen und Einwände gegen den von der externen Verwaltung vorgelegten Verkaufsantrag einzureichen, sind ebenfalls berechtigt, an der gerichtlichen Überprüfung des genannten Antrags teilzunehmen.

2. Beschließt das Gericht die Zwangsliquidation der Organisation oder die Eröffnung des Konkurses, überträgt es die Aufgaben des Liquidators bzw. des Konkursverwalters an eine externe Verwaltung, die ihre Befugnisse für die Dauer des Liquidations- oder Konkursverfahrens erweitert.

Gleichzeitig genehmigt das Gericht das Verfahren und die Bedingungen für den Verkauf von Aktien (Anteilen am genehmigten Kapital) der wirtschaftlichen Einheit, die durch die Ersetzung von Vermögenswerten der Organisation geschaffen werden soll.

3. Liquidations- und Konkursverfahren in Bezug auf eine Organisation werden in der Art und Weise und gemäß den Verfahren durchgeführt, die im Föderalen Gesetz Nr. 127-FZ vom 26. Oktober 2002 "Über Insolvenz (Konkurs)" für Konkursverfahren

несостоятельности (банкротстве)» для конкурсного производства, с особенностями, установленными настоящим Федеральным законом, если иное не вытекает из существа отношений.

4. Предусмотренные Федеральным законом от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)» процедуры наблюдения, финансового оздоровления и внешнего управления к организации не применяются.

5. При ликвидации организации не применяются правила глав III.1 и III.2 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)».

6. Для целей определения текущих платежей организации в соответствии со статьей 5 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)» вместо даты принятия заявления о признании должника банкротом используется дата возбуждения дела о назначении внешней администрации.

7. Собрание кредиторов организации в процедурах ее ликвидации или конкурсного производства не проводятся.

8. Отчет о результатах ликвидации организации с приложением ликвидационного баланса подлежит утверждению судом.

Статья 9. Продажа акций (долей в уставном капитале) созданного путем замещения активов хозяйственного общества

1. Торги по продаже акциями (долями в уставном капитале) созданного путем замещения активов организации хозяйственного общества подлежат проведению в порядке, предусмотренном пунктами 4 – 20 статьи 110 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)», с учетом особенностей, предусмотренных настоящей статьей.

vorgesehen sind, mit den in diesem Föderalen Gesetz festgelegten Einzelheiten, sofern sich aus dem Inhalt der Beziehung nichts anderes ergibt.

4. Gemäß dem föderalen Gesetz vom 26. Oktober 2002 Nr. 127-FZ "Über Insolvenz (Konkurs)" werden die Verfahren der Aufsicht, der finanziellen Verbesserung und der externen Verwaltung nicht auf die Organisation angewandt.

5. Die Vorschriften der Kapitel III.1 und III.2 des Föderalen Gesetzes № 127-FZ vom 26. Oktober 2002 "Über Insolvenz (Konkurs)" werden bei der Liquidation der Organisation nicht angewendet.

6. Für die Bestimmung der laufenden Zahlungen einer Organisation gemäß Artikel 5 des Föderalen Gesetzes Nr. 127-FZ vom 26. Oktober 2002 "Über die Insolvenz (Konkurs)" wird das Datum der Einleitung des Verfahrens zur Bestellung einer externen Verwaltung anstelle des Datums der Annahme eines Antrags auf Konkurseröffnung verwendet.

7. Eine Gläubigerversammlung für eine Organisation, die sich in Liquidation oder Konkurs befindet, findet nicht statt.

8. Der Bericht über die Ergebnisse der Liquidation der Organisation, dem die Liquidationsbilanz beigefügt ist, muss vom Gericht genehmigt werden.

Artikel 9: Veräußerung von Aktien (Anteilen am Satzungskapital) einer wirtschaftlichen Gesellschaft, die im Wege der Substitution von Vermögenswerten gegründet wurde

1. Für die Veräußerung von Aktien (Anteilen am genehmigten Kapital), die durch die Ersetzung von Vermögenswerten einer wirtschaftlichen Einheit zustande gekommen sind, gilt das in den Absätzen 4 bis 20 von Artikel 110 des Föderalen Gesetzes vom 26. Oktober 2002 Nr. 127-FZ "Über die Zahlungsunfähigkeit (Konkurs)" festgelegte Verfahren, wobei die in diesem Artikel aufgeführten Besonderheiten zu berücksichtigen sind.

2. Сообщение о проведении торгов должно быть опубликовано в порядке, установленном статьей 110 Федерального закона от 26 октября 2002 г. № 127-ФЗ «О несостоятельности (банкротстве)», в течение пяти рабочих дней с даты принятия судом решения о принудительной ликвидации или банкротстве организации и утверждении порядка продажи и не позднее чем за пятнадцать рабочих дней до начала проведения торгов.

3. Срок представления заявок на участие в торгах должен составлять не менее чем десять рабочих дней со дня опубликования сообщения о проведении торгов.

4. Организатором торгов выступает внешняя администрация.

5. Начальная цена акций (долей в уставном капитале) устанавливается в размере ликвидационной стоимости, определенной в результате проведения его оценки.

6. Торги проводятся путем последовательного поэтапного изменения (повышения, понижения) начальной цены на один шаг торгов, при этом в ходе каждого этапа может быть представлено только одно предложение о цене, равной цене этого этапа.

7. Ценой первого этапа является указанная в сообщении о торгах начальная цена, кроме случая, когда одна или несколько заявок на участие в торгах содержат предложение о цене, превышающей начальную. В этом случае цена первого этапа признается равной максимальной цене, предложенной в заявках на участие в торгах.

8. Участник торгов, заявка которого на участие в торгах содержит предложение о цене, равной цене этапа, считается представившим предложение о цене в ходе этого этапа. Если имеется несколько таких заявок, то представившим предложение о цене считается участник, заявка которого представлена первой. Участник торгов вправе в ходе торгов представлять предложение о цене,

2. Die Bekanntmachung der Kaufangebote muss in der in Artikel 110 des Föderalen Gesetzes vom 26. Oktober 2002 № 127-FZ "Über Insolvenz (Konkurs)" vorgeschriebenen Weise innerhalb von fünf Arbeitstagen ab dem Datum der gerichtlichen Entscheidung über die unfreiwillige Liquidation oder den Konkurs und der Genehmigung des Verkaufsverfahrens und spätestens fünfzehn Arbeitstage vor Beginn der Auktion veröffentlicht werden.

3. Die Frist für die Abgabe von Geboten beträgt mindestens zehn Arbeitstage ab dem Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auktion.

4. Die externe Verwaltung ist der Veranstalter der Auktion.

5. Der Anfangspreis der Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) wird in Höhe des Liquidationswerts festgelegt, der im Ergebnis der Bewertung ermittelt wird.

6. Die Abgabe von Geboten erfolgt durch schrittweise Änderung (Erhöhung, Senkung) des Ausgangspreises um einen Gebotsschritt, wobei in jedem Schritt nur ein Angebot zu einem Preis abgegeben werden darf, der dem Preis dieses Schrittes entspricht.

7. Der Preis der ersten Stufe ist der in der Bekanntmachung über den wettbewerblichen Verkauf angegebene Anfangspreis, es sei denn, eines oder mehrere Gebote für die Teilnahme am wettbewerblichen Verkauf enthalten ein Angebot für einen höheren Preis als den Anfangspreis. In diesem Fall ist der Preis der ersten Stufe gleich dem Höchstpreis der Angebote.

8. Der Bieter, dessen Gebot ein Preisangebot in Höhe des Preises der jeweiligen Stufe enthält, gilt als Bieter, der ein Preisangebot in dieser Stufe abgegeben hat. Liegt mehr als ein solches Angebot vor, so gilt der Bieter, dessen Angebot zuerst abgegeben wurde, als derjenige, der das Preisangebot abgegeben hat. Ein Bieter hat das Recht, ein Preisangebot zu unterbreiten, das über den in seinem Antrag auf

превышающее цену, указанную в его заявке на участие в торгах (кроме этапа торгов, в ходе которого участник торгов считается представившим предложение о цене в соответствии с абзацем вторым настоящего пункта).

9. В случае представления в ходе первого или любого следующего этапа предложения о цене торги далее проводятся только путем последовательного поэтапного повышения цены. В этом случае вне зависимости от окончания соответствующего этапа торгов этот этап прекращается и осуществляется переход к следующему этапу, цена которого увеличивается на один шаг торгов от цены предыдущего этапа.

10. Если в течение первого этапа не было представлено предложение о цене, осуществляется последовательное поэтапное понижение цены до тех пор, пока не будет представлено предложение о цене.

11. Цена каждого следующего этапа уменьшается на шаг торгов от цены предыдущего этапа.

12. Если в ходе этапа, следующего за этапом, в ходе которого было представлено предложение о цене, не было представлено иное предложение о цене, торги завершаются и их победителем признается участник торгов, последним представивший предложение о цене.

13. По результатам этапа, цена которого равна минимальной цене продажи, торги завершаются и их победителем признается участник торгов, первым представивший заявку на участие в торгах, содержащую предложение о цене, равной минимальной цене продажи.

14. Представленное участником торгов в ходе торгов предложение о цене подлежит отклонению, если оно не соответствует цене соответствующего этапа торгов или если этим участником было представлено предложение о цене на предыдущем этапе.

Teilnahme an der Auktion angegebenen Preis hinausgeht (mit Ausnahme der Phase, in der der Bieter als Bieter gilt, der ein Preisangebot gemäß dem zweiten Absatz dieser Klausel abgegeben hat).

9. Wird in der ersten oder einer späteren Phase ein Preisangebot abgegeben, so wird das Gebot nur noch durch schrittweise Preiserhöhungen weitergeführt.

In diesem Fall wird die betreffende Phase der Ausschreibung unabhängig von ihrem Ende beendet und die folgende Phase eingeleitet Stufe, deren Preis um eine Stufe gegenüber dem Preis der vorherigen Stufe erhöht wird.

10. Wurde in der ersten Stufe kein Preisangebot vorgelegt, werden die Preise schrittweise gesenkt, bis ein Preisangebot vorgelegt wird.

11. Der Preis jeder nachfolgenden Stufe wird um einen Gebotschritt vom Preis der vorherigen Stufe reduziert.

12. Wird in der Phase, die auf die Phase folgt, in der das Preisangebot abgegeben wurde, kein weiteres Preisangebot abgegeben, wird die Ausschreibung beendet und der Bieter, der das letzte Preisangebot abgegeben hat, zum Gewinner erklärt.

13. Nach den Ergebnissen der Phase, in der der Preis dem Mindestverkaufspreis entspricht, wird die Auktion beendet, und der Bieter, der als erster ein Angebot in Höhe des Mindestverkaufspreises abgegeben hat, wird zum Gewinner erklärt.

14. Das vom Bieter während der Auktionsphase abgegebene Preisangebot wird zurückgewiesen, wenn es nicht dem Preis der jeweiligen Auktionsphase entspricht oder wenn dieser Bieter in der vorherigen Phase ein Preisangebot abgegeben hat.

15. Die Dauer der Aufwärtsphase beträgt eine Stunde und die der Abwärtsphase einen Arbeitstag.

15. Длительность этапа торгов на повышение должна составлять один час, а торгов на понижение один рабочий день.

Размер шага торгов должен составлять от одного до пяти процентов начальной цены продажи имущества.

При невозможности дальнейшего понижения цены в размере ранее установленного шага торгов, шаг торгов должен составлять от одного до пяти процентов начальной цены продажи имущества на этапе торгов, после которого дальнейшее понижение цены в соответствии с ранее установленным шагом торгов оказалось невозможным.

16. Преимущественное право приобретения акций (долей в уставном капитале) имеют лица, основной вид деятельности которых совпадает с основным видом деятельности организации. Сведения о наличии у лица такого права подлежат указанию им в заявке на участие в торгах.

Лицо, имеющее преимущественное право, в ходе любого этапа торгов вправе представить предложение о цене, равной цене, представленной другим участником торгов (кроме случая, когда таким участником является иное лицо, имеющее преимущественное право) на предыдущем этапе, и признается победителем торгов в отсутствие предложения о более высокой цене, представленного другим участником торгов на этом этапе.

В ходе каждого этапа торгов может быть представлено только одно предложение о цене лицом, имеющим преимущественное право, и в случае представления такого предложения этап торгов, в ходе которого оно представлено, начинается заново.

17. Победитель торгов обязан уплатить цену, определенную на торгах, в срок, который предусмотрен в сообщении о проведении торгов, и не может превышать месяц с даты заключения договора купли-продажи.

Die Gebotsstufe liegt zwischen einem und fünf Prozent des ursprünglichen Verkaufspreises der Immobilie.

Wenn es nicht möglich ist, den Preis in Höhe des zuvor festgelegten Gebotsschritts weiter zu senken, beträgt der Gebotsschritt ein bis fünf Prozent des anfänglichen Verkaufspreises der Immobilie in der Gebotsstufe, nach der es nicht möglich ist, den Preis in Übereinstimmung mit dem zuvor festgelegten Gebotsschritt weiter zu senken.

16. Das Vorkaufsrecht zum Erwerb von Aktien (Anteilen am Satzungskapital) haben Personen, deren Haupttätigkeit mit der Haupttätigkeit der Organisation identisch ist. Informationen über dieses Recht müssen von der Person in ihrem Antrag auf Teilnahme an der Ausschreibung angegeben werden.

Ein Vorkaufsberechtigter hat das Recht, ein Angebot zu einem Preis abzugeben, der dem Preis entspricht, den der andere Bieter (es sei denn, es handelt sich um einen anderen Vorkaufsberechtigten) in der vorangegangenen Phase abgegeben hat, und gilt als Gewinner der Auktion, wenn der andere Bieter in dieser Phase kein höheres Preisangebot abgegeben hat.

Der Vorkaufsberechtigte darf in jeder Phase des Angebots nur ein einziges Preisangebot unterbreiten; wird ein solches Angebot unterbreitet, so wird die Phase des Angebots, in der es unterbreitet wurde, wieder aufgenommen.

17. Der Gewinner der Auktion ist verpflichtet, den in der Auktion festgesetzten Preis innerhalb der in der Auktionsmitteilung angegebenen Frist zu zahlen, die einen Monat ab dem Datum des Abschlusses des Kaufvertrags nicht überschreiten darf.

18. Teilnehmer (Aktionäre) der Organisation und ihre verbundenen Unternehmen dürfen sich nicht an dem wettbewerbsorientierten Verkauf beteiligen.

18. К участию в торгах не допускаются участники (акционеры) организации и их аффилированные лица.

19. Обязательными условиями участия в торгах является обязательство участников торгов в случае победы на торгах обеспечивать сохранение не менее двух третей рабочих мест и продолжение деятельности, которую ведет организация, на территории Российской Федерации, в течение не менее одного года. Внешняя администрация заключает с победителем торгов соглашение об исполнении условий, указанных в настоящем пункте.

20. В течение одного года с даты заключения договора купли-продажи акций (долей в уставном капитале) организации лицо, которое осуществляло полномочия внешней администрации, вправе запрашивать у покупателя необходимые сведения и документы для подтверждения выполнения условий, предусмотренных частью 19 настоящей части. Запрошенные сведения и документы предоставляются покупателем лицу, которое осуществляло полномочия внешней администрации, в течение семи рабочих дней со дня получения ее запроса.

21. В случае непредставления запрашиваемых сведений и документов и (или) существенного нарушения или неисполнения покупателем соглашения об исполнении условий, указанных в части 19 настоящей статьи, данное соглашение и договор купли-продажи акций (долей в уставном капитале) организации подлежат расторжению судом на основании заявления лица, которое осуществляло полномочия внешней администрации, на основании решения федерального органа исполнительной власти, обеспечивающего реализацию единой государственной политики в отрасли экономики, в которой осуществляет деятельность организация. В случае расторжения судом данного соглашения и договора купли-продажи акции (доли в уставном капитале) организации такие акции (доли в уставном капитале) подлежат продаже на

19. Obligatorische Bedingungen für die Teilnahme an der Ausschreibung sind die Verpflichtung der Bieter, im Falle des Zuschlags mindestens zwei Drittel der Arbeitsplätze zu erhalten und die Tätigkeit der Organisation auf dem Gebiet der Russischen Föderation für mindestens ein Jahr fortzusetzen.

Die externe Verwaltung schließt mit dem erfolgreichen Bieter eine Vereinbarung über die Erfüllung der in diesem Abschnitt genannten Bedingungen ab.

20. Die Person, die die Befugnisse der externen Verwaltung ausgeübt hat, hat das Recht, innerhalb eines Jahres ab dem Datum des Abschlusses einer Vereinbarung über den Verkauf und den Kauf von Anteilen (Anteilen am genehmigten Kapital) der Organisation vom Käufer die erforderlichen Informationen und Dokumente zu verlangen, um die Erfüllung der in Teil 19 dieses Teils festgelegten Bedingungen zu bestätigen.

Die angeforderten Informationen und Unterlagen werden der Person, die die Befugnisse der externen Verwaltung ausgeübt hat, vom Käufer innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Eingang des Ersuchens zur Verfügung gestellt.

21. Wenn die angeforderten Informationen und Dokumente nicht zur Verfügung gestellt werden und (oder) der Käufer die Vereinbarung über die Erfüllung der in Absatz 19 dieses Artikels genannten Bedingungen nicht einhält, werden die Vereinbarung und der Vertrag über den Verkauf von Aktien (Anteilen am Satzungskapital) der Organisation auf Antrag der Person, die die Befugnisse der Außenverwaltung ausgeübt hat, auf der Grundlage des Beschlusses des föderalen Exekutivorgans, das die Umsetzung der einheitlichen staatlichen Politik im Wirtschaftssektor, in dem die Außenverwaltung tätig ist, sicherstellt, gerichtlich aufgelöst. Im Falle der gerichtlichen Aufhebung dieser Vereinbarung und des Kaufvertrags über die Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) der Organisation werden diese Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) nach Maßgabe dieses Artikels versteigert. Diese Versteigerung wird von einer Person durchgeführt, die die Befugnisse der Außenverwaltung der Organisation ausübt und an der Vereinbarung beteiligt war.

торгах в соответствии с настоящей статьей. Такие торги проводятся лицом, которое осуществляло полномочия внешней администрации организации и являлось стороной договора. Средства, которые были уплачены по договору купли-продажи акций (долей в уставном капитале) организации лицом, с которым такой договор расторгнут, возмещаются этому лицу в пределах выручки от продажи акций (долей в уставном капитале) на торгах, проведенных в соответствии с абзацем вторым настоящего пункта, за вычетом убытков, причиненных нарушением соглашения. Если указанная разница является отрицательной, соответствующая сумма подлежит компенсации лицом, с которым расторгнут договор купли-продажи акции (доли в уставном капитале).

22. Если акции (доли в уставном капитале) организации не были проданы с торгов по минимальной цене продажи, они подлежат приобретению по указанной цене Российской Федерацией.

Статья 10. Рассмотрение судами споров, предусмотренных настоящим Федеральным спором

1. Все споры, предусмотренные настоящим Федеральным законом, подлежат рассмотрению Арбитражным судом города Москвы.

2. Судебные акты по спорам, предусмотренным настоящим Федеральным законом, подлежат немедленному исполнению с даты оглашения резолютивной части и могут быть обжалованы в апелляционном порядке в течение четырнадцати рабочих дней со дня их принятия. Их обжалование не приостанавливает их исполнения.

3. Если участвующее в споре, предусмотренном настоящим Федеральным законом, лицо, в частности, руководитель или участник (акционер) организации, находится или проживает вне пределов Российской Федерации, оно извещается о судебном разбирательстве по его последнему известному адресу в Российской Федерации, а также при наличии необходимых сведений о номере телефона, адресе

Гelder, die im Rahmen des Vertrags über den Verkauf von Aktien (Anteilen am genehmigten Kapital) der Organisation von der Person gezahlt wurden, mit der ein solcher Vertrag gekündigt wird, werden dieser Person im Rahmen des Erlöses aus dem Verkauf von Aktien (Anteilen am genehmigten Kapital) bei der Versteigerung gemäß Absatz 2 dieses Absatzes abzüglich der durch Vertragsbruch verursachten Verluste erstattet. Ist diese Differenz negativ, so wird der entsprechende Betrag von der Person, mit der der Kaufvertrag über die Aktie (Anteil am genehmigten Kapital) beendet wurde, ausgeglichen.

22. Wenn die Aktien (Anteile am genehmigten Kapital) der Organisation bei der Versteigerung nicht zum Mindestpreis verkauft wurden, unterliegen sie dem Erwerb durch die Russische Föderation zu dem festgelegten Preis.

Artikel 10. Die gerichtliche Behandlung von Streitigkeiten, die in diesem Bundesstreitverfahren vorgesehen sind

1. Alle durch dieses Föderale Gesetz festgelegten Streitigkeiten unterliegen der Prüfung durch das Schiedsgericht der Stadt Moskau.

2. Die in diesem Bundesgesetz vorgesehenen gerichtlichen Entscheidungen über Streitigkeiten sind ab dem Tag der Verkündung des Tenors sofort vollstreckbar und können innerhalb von vierzehn Arbeitstagen ab dem Tag ihrer Verabschiedung mit Rechtsmitteln angefochten werden. Ihr Rechtsbehelf bewirkt keine Aussetzung ihrer Vollstreckung.

3. Ist eine Person, die an einer Streitigkeit nach diesem Bundesgesetz beteiligt ist, insbesondere ein Leiter oder Teilnehmer (Aktionär) einer Organisation, außerhalb der Russischen Föderation ansässig oder wohnt er/sie außerhalb der Russischen Föderation, so wird ihm/ihr das Gerichtsverfahren an seiner/ihrer letzten bekannten Adresse in der Russischen Föderation zugestellt, und es werden die erforderlichen Angaben über Telefonnummer, E-Mail-Adresse usw. gemacht. - in der durch Artikel 121 Absatz 3 der Schiedsgerichtsordnung der Russischen Föderation vorgeschriebenen Weise.

электронной почты и т.п. - в порядке, предусмотренном частью 3 статьи 121 Арбитражного процессуального кодекса Российской Федерации.

При отсутствии указанных в предыдущем абзаце сведений указанные в нем лица считаются извещенным путем размещения сведений о судебном разбирательстве на официальном сайте арбитражного суда в информационно-телекоммуникационной сети «Интернет».

Статья 11.

Положения настоящего Федерального закона не применяются к кредитным и страховым организациям и негосударственным пенсионным фондам, за исключением положений статей 6 и 9 настоящего Федерального закона, которые могут ходатайству Банка России могут быть применены судом при ликвидации или в ходе конкурсного производства в отношении указанных организаций.

Статья 12

1. Настоящий Федеральный закон вступает в силу со дня его официального опубликования.
2. Настоящий Федеральный закон применяется в том числе в случае совершения действий, предусмотренных частью 3 настоящей статьи 1 Федерального закона, до вступления в силу настоящего Федерального закона.

Президент
Российской Федерации

In Ermangelung der im vorstehenden Absatz genannten Angaben gelten die dort genannten Personen durch die Veröffentlichung von Informationen über das Verfahren auf der offiziellen Website des Schiedsgerichts im Informations- und Telekommunikationsnetz "Internet" als zugestellt.

Artikel 11.

Die Bestimmungen dieses Föderalgesetzes gelten nicht für Kredit- und Versicherungsunternehmen und nichtstaatliche Pensionsfonds, mit Ausnahme der Bestimmungen der Artikel 6 und 9 dieses Föderalgesetzes, die von einem Gericht bei der Liquidation oder während eines Konkursverfahrens in Bezug auf die genannten Unternehmen angewendet werden können.

Artikel 12

1. Dieses Föderale Gesetz tritt mit dem Tag seiner amtlichen Veröffentlichung in Kraft.
2. Das vorliegende Föderalgesetz ist auch auf Handlungen anzuwenden, die in Teil 3 dieses Artikels 1 des Föderalgesetzes vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Föderalgesetzes vorgesehen sind.

Präsident
der Russischen Föderation

Winfuture.de

Russland gibt Patente „feindlicher Staaten“ für die eigene Wirtschaft frei

Russland hat auf die umfassenden Embargo-Maßnahmen reagiert und die Verletzung von Patentrechten legalisiert. Laut einem neuen Dekret, das die Regierung in Moskau verabschiedet hat, wird die nichtautorisierte Nutzung nicht mehr verfolgt.

Das gilt zumindest für Patente, die von Unternehmen oder Personen gehalten werden, die zu „feindlichen“ Staaten gehören, wie aus einem Bericht der Washington Post hervorgeht. Darüber hinaus wurden auch Beschränkungen für die Nutzung von registrierten

Markennamen gelockert, so dass es beispielsweise den bisherigen Franchise-Nehmern möglich ist, etwa eine McDonalds-Filiale einfach weiter zu betreiben, obwohl sich der Fast-Food-Konzern aus dem russischen Markt zurückgezogen hat.

Welche Auswirkungen die faktische Aufhebung des Patentschutzes für den russischen Markt haben wird, lässt sich derzeit noch nicht genau absehen. Auf der einen Seite kann hier natürlich ein gewisser Schaden für die Rechteinhaber entstehen, doch wurden die Schutzrechte in dem Land bisher ohnehin nicht besonders strikt geschützt - im letzten Jahr gehörte Russland zu neun Ländern, die aufgrund dessen seitens der US-Regierung sowieso schon unter besonderer Beobachtung standen.

Seitens des russischen Wirtschaftsministeriums begründet man die Maßnahme damit, dass man so die Auswirkungen der Sanktionen abmildern wolle. Kurzfristig dürfte die Sache eher symbolischer Natur sein. Denn auch die Aufhebung des Patentschutzes wird kaum dazu führen, dass russische Unternehmen insbesondere High-Tech-Importe ersetzen können, die aufgrund des internationalen Embargos nun ausbleiben.

Selbst mittelfristig wäre es fraglich, ob dies gelingt, denn die russische Wirtschaft kann nur in wenigen Bereichen technologisch mit westlichen oder asiatischen Ländern mithalten und ist in diesen dann oft auch von den dort entwickelten Produktionsanlagen abhängig. Eine eigene autarke Kette von der Rohstoffgewinnung bis hin zum komplexen Endprodukt gibt es nahezu überhaupt nicht.

.....
Stand: 15.03.22

Der Sekretär des Generalrats der Kremlpartei „Einiges Russland“, Turttschak, hat laut russischen Medienberichten mitgeteilt, dass die Partei Gesetzesänderungen über die strafrechtliche Verantwortung gegen diejenigen vorbereite, die die Sanktionen der westlichen Länder gegen Russland befolgten. Dies seien in erster Linie Unternehmen, die sich weigerten, mit sanktionierten russischen Banken zusammenzuarbeiten. Wir halten Sie dazu auf dem Laufenden.

Russland als großer Getreideexporteur schränkt die Ausfuhr von unter anderem Weizen, Gerste und Roggen zeitweise ein. Damit solle der Bedarf im Land gesichert und ein Preisauftrieb für Verarbeiter und Verbraucher verhindert werden, sagte laut dpa die zuständige Vizeregierungschefin Wiktorija Abramtschenko am Montag in Moskau.

Im Grundsatz gilt demnach ab diesem Dienstag bis zum 30. Juni ein Exportstopp für Weizen, Roggen, Gerste, Mais und Mischgetreide, sogenanntes Mengkorn. "Eine Getreideausfuhr im Rahmen von Quoten aufgrund einzelner Lizenzen wird erlaubt", stellte Abramtschenko aber klar. Für Zucker und Zuckerrohstoff gilt der Stopp bis Ende August.

Ausnahmen soll es für Exporte in die von Russland dominierte Eurasische Wirtschaftsunion sowie in die von der Ukraine abgespaltenen Separatistenrepubliken Donezk und Luhansk geben.

Russland ist der größte Weizenexporteur der Welt. Auch die benachbarte Ukraine, gegen die Russland Krieg führt, ist ein wichtiger Produzent. Störungen der Getreideausfuhr beider Länder können nach Einschätzung von Experten zu massiven Preissteigerungen auf dem Weltagrarmarkt führen.

Hier die vom Exportverbot betroffenen Warenlisten auf Russisch:

[Документы - Правительство России \(government.ru\)](#)

Präsident Putin hat laut russischen Medienberichten ein Gesetz unterzeichnet, das es russischen Fluggesellschaften ermöglicht, im Ausland geleaste Flugzeuge in Russland zu registrieren und inländische Lufttüchtigkeitszeugnisse für diese auszustellen. Dabei handelt es sich um über 400 Flieger im Wert von rund zehn Milliarden US-Dollar. Das Gesetz soll einheimischen Airlines helfen, ihre Flugzeugflotten unter dem „Druck externer Sanktionen“ zu unterstützen, heißt es in der Erklärung. Die Entscheidung kommt de facto einer Enteignung gleich.

[Путин разрешил регистрировать права на иностранные самолеты в лизинге | Forbes.ru](#)

VDMA-Bericht zur Aufhebung des Patentschutzes in Russland

Der VDMA kommentiert das seit 7. März wirksame russische Gesetz zur Aushebung des Patentschutzes. Hier die Analyse:

[Russische Regierung hebt Patentschutz aus - vdma.org - VDMA](#)

Russisches Originaldokument der Verordnung:

[Постановление Правительства Российской Федерации от 06.03.2022 № 299 ·
Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал
правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

NTV

Russland riskiert wirtschaftlichen Ruin

Als Gegenmaßnahme zu den westlichen Sanktionen will die russische Führung Konzerne verstaatlichen. Experten halten das für "enorm schädigend für das Investitionsklima". Damit wäre jedes Vertrauen zerstört, der Schaden wäre auf Jahre hinaus kaum zu reparieren.

Selbst in friedlichen Zeiten wäre es eine absolute Seltenheit, dass ein russischer Oligarch und eine hochrangige Vertreterin der amerikanischen Regierung öffentlich ein und dieselbe Meinung vertreten. Dieser Tage war das der Fall. Grund waren die Drohungen von Kreml und des Moskauer Parlaments, ausländische Firmen zu enteignen, die ihren Rückzug aus Russland bekannt gegeben haben.

Der schwerreiche Metall-Oligarch Wladimir Potanin verglich den Schritt mit Verstaatlichung ausländischer Vermögenswerte während der Oktoberrevolution. "Es würde uns 100 Jahre bis 1917 zurückwerfen und die Folgen - ein weltweiter Mangel an Vertrauen in Russland seitens der Investoren - würden wir viele Jahrzehnte lang spüren", schrieb er auf Telegram.

Jen Psaki, die Sprecherin von US-Präsident Joe Biden, erklärte auf Twitter, eine "gesetzeswidrige Entscheidung" dieser Art, werde die Wirtschaft im Reich von Wladimir Putin noch mehr in Mitleidenschaft ziehen und rund um den Globus die Botschaft senden, "dass Russland kein sicherer Ort für Investitionen und Geschäfte ist". Unter Verweis auf den Oligarchen erklärte sie: "Sogar ein prominenter russischer Wirtschaftsführer mit Verbindungen zu Präsident Putin hat diese Tatsache erkannt."

"Schon morgen sollten" McDonald's-Filialen "Onkel Wanja" heißen

Bisher sieht es nicht nach einem Einlenken Moskaus aus. Dabei steht Russland nach den Sanktionen schon jetzt vor der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Ende der Sowjetunion 1991 und der Staatspleite. Mit der Drohung einer Enteignung will das Land versuchen, den Niedergang zu bremsen. Nach bisher bekannten Plänen soll es zu einer Verstaatlichung kommen, wenn die Führung eines Unternehmens "faktisch aufgehört hat", ihren Job zu machen. Oder falls der Rückzug zu "einer unbegründeten Einstellung der Tätigkeit, zur Liquidierung oder zum Bankrott" eines Konzerns führt, obwohl es ihm wirtschaftlich eigentlich gut geht. Die Firmen sollen maximal sechs Monate Zeit erhalten, ihren Schritt zu überdenken.

Alles nur ein Bluff? Dafür spricht nichts. Putin unterstützt den Vorschlag. Die Generalstaatsanwaltschaft des Landes ist eingeschaltet und prüft nach eigenen Angaben Anzeichen absichtlicher Pleiten oder Scheininsolvenzen. Die Ankündigung wird mit der spöttischen Rhetorik und von der verqueren Logik begleitet, wie sie typisch sind für die Machthaber im Kreml. Putins Vorgänger als Präsident, Dmitri Medwedew, spricht von "Investoren in Panik", mit deren Geld die Produktion aufrechterhalten werden solle. Parlamentschef Wjatscheslaw Wolodin sagte zum Rückzug von McDonalds, "schon morgen sollten" die Filialen "Onkel Wanja" heißen.

Große Konzerne wie Volkswagen, Boeing, BP, Shell, H&M und Adidas, Nike und Puma haben ihre Produktion, Neuinvestitionen oder Lieferungen mindestens vorläufig gestoppt oder das

Land schon verlassen. Betroffen sind faktisch alle Bereiche der Wirtschaft vom Öl- und Gassektor über die Finanzbranche bis hin zur IT. Allein an den 3650 Unternehmen aus der Bundesrepublik, die bis zum Angriff auf die Ukraine in Russland aktiv waren, hingen nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags 280.000 Arbeitsplätze. McDonald's hatte in Russland 850 Filialen mit rund 60.000 Beschäftigten.

Nach Einschätzung von Vasily Astrov, Osteuropa-Experte am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, müssen die russischen Drohungen "absolut ernst" genommen werden. Er nennt Enteignungen im Gespräch mit ntv.de "enorm schädigend für das Investitionsklima". Es werde zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen und der Wissens- und Technologietransfer zum Erliegen kommen. "Das Wegbleiben ausländischer Investoren wird das technologische Aufholen Russlands wesentlich erschweren." Denn ohne die Mutterkonzerne werde es für die verstaatlichten Unternehmensteile "sehr problematisch, weil die Verflechtungen groß sind".

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft zeigt sich besorgt und rät Unternehmen "dringend die Konsultation in Russland tätiger Rechtsanwaltskanzleien, um sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten". Auch die Bundesregierung sei hier gefragt. Dahinter steckt die Sorge vor langen Rechtsstreitigkeiten, auch weil Russland nach der Verstaatlichung obendrein Ansprüche aus verstaatlichtem Eigentum erheben könnte.

Russland-Experte Michael Derrer von der Hochschule Luzern hält es für möglich, dass von der Enteignung betroffene schweizerische Firmen prinzipiell Forderungen an den Staat richten könnten. Denn der drohende Verlust sei die Folge wirtschaftlicher Sanktionen der Schweiz gegen Russland, sagte er dem News-Portal "20min.ch". Die Berner Regierung "könnte diesen Firmen helfen - vielleicht aus dem Topf beschlagnahmter Gelder von russischen Oligarchen der Sanktionslisten."

Die USA haben den amerikanischen Unternehmen, die betroffen wären, bereits Unterstützung angekündigt. "Russland könnte auch rechtliche Ansprüche von Unternehmen geltend machen, deren Eigentum beschlagnahmt wird", twitterte Bidens Sprecherin Psaki. Die Regierung stehe an der Seite amerikanischer Unternehmen, "die schwierige Entscheidungen über die Zukunft ihrer russischen Niederlassungen treffen müssen". Astrov glaubt, dass das Weiße Haus damit andeuten wollte, bei Bedarf mögliche Klagen in Russland zu unterstützen.

Auch Finanzkonzerne rüsten sich. Die französische Geschäftsbank Société Générale sieht die Gefahr eines Totalverlusts in Russland, weil ihr Minderheitsanteil an der Rosbank verstaatlicht werden könnte. Sie habe "mehr als genug Puffer, um die Konsequenzen eines möglichen Extremszenarios abzufedern, in dem die Gruppe ihre Anteile in Russland ganz verliert", teilte die Société Générale kürzlich mit. Sie dürfte nicht das einzige Finanzunternehmen sein, das mit dem Worst Case rechnet.

Angesichts solcher Entwicklungen leuchtet es ein, wenn Potanin rät: "Wir sollten nicht versuchen, die Tür zuzuschlagen, sondern uns vielmehr bemühen, die wirtschaftliche Position Russlands in den Märkten zu bewahren, die wir so lange gepflegt haben." Der

Oligarch, der nicht zum ersten Mal gegen Putins Linie schießt, versucht, dem Kreml eine Umkehr schmackhaft zu machen. "Wir sehen, dass die eigene Wirtschaft des Westens durch die Verhängung von Sanktionen gegen Russland gelitten hat. Also müssen wir klüger sein und ein Szenario vermeiden, in dem uns unsere Sanktionen treffen."

Tagesschau

Drohung mit Verhaftungen und Enteignung

Einem Medienbericht zufolge haben russische Behörden ausländischen Unternehmen nun mit Verhaftungen oder Vermögensbeschlagnahme gedroht. Die deutsche Wirtschaft ist besorgt.

Wie das "Wall Street Journal" (WSJ) berichtet, drohen russische Behörden ausländischen Unternehmen mit Verhaftungen oder der Beschlagnahme von Vermögen, falls sie sich aus Protest gegen den Ukraine-Krieg aus dem Land zurückziehen. Danach haben russische Staatsanwälte Unternehmen wie Coca-Cola, McDonald's, Procter & Gamble und IBM bereits kontaktiert und vor schweren Konsequenzen gewarnt, falls sie die russische Regierung kritisieren.

Die russische Botschaft in den USA bezeichnete den Bericht als "reine Fiktion". Es sei "allein Sache der Amerikaner" zu entscheiden, ob sie auch weiterhin Geschäfte in Russland machten oder nicht.

Seit Russlands Einmarsch in der Ukraine und den folgenden Wirtschaftssanktionen des Westens haben Dutzende internationale Unternehmen ihren Rückzug aus dem Land angekündigt. Die russischen Behörden haben vermehrt Maßnahmen ergriffen, um die Kapitalflucht zu verhindern und den stark fallenden Rubel zu stützen.
Putin für externe Direktoren

Die russische Staatsanwaltschaft hatte bereits am Freitag vergangenen Woche eine "strenge Kontrolle" aller Unternehmen angekündigt, die ihre Geschäfte in Russland einstellen wollten. Zuvor hatte der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew mitgeteilt, die russische Regierung arbeite an Schritten, um eine Insolvenz der Firmen in Russland und dann eine Nationalisierung des Besitzes in die Wege zu leiten.

Präsident Wladimir Putin hatte sich für die Ernennung "externer" Direktoren an der Spitze dieser Unternehmen ausgesprochen, "um sie an diejenigen zu übergeben, die sie betreiben wollen". Das Wort "Verstaatlichung" verwendete er allerdings nicht.

Wie das "WSJ" weiter berichtete, schränkte mindestens ein ausländisches Unternehmen seine Kommunikation mit Mitarbeitern vor Ort ein - aus Furcht, dass diese von den russischen Behörden abgefangen werden könnte.

Deutsche Wirtschaft besorgt

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich besorgt angesichts drohender Enteignungen in Russland. "Viele deutsche Unternehmen sind seit Jahrzehnten in Russland tätig und tragen dort die Verantwortung für rund 280.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter", sagte Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. "Derzeit fehlen dazu aber belastbare Informationen, und wir kennen noch keinen entsprechenden Gesetzentwurf. Daher geben wir derzeit auch keine Empfehlungen für unsere Unternehmen ab, beobachten die Entwicklung aber aufmerksam."

Alarmiert äußerte sich auch der Bundesverband mittelständische Wirtschaft. Bundesgeschäftsführer Markus Jerger sagte, zunächst sei davon auszugehen, dass es Unternehmen, die sich nicht aus dem Land zurückziehen, erlaubt werde, ihren Geschäften weiter nachzugehen.

"Dennoch empfehlen wir allen deutschen Unternehmen dringend die Konsultation in Russland tätiger Rechtsanwaltskanzleien, um sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten", so Jerger. Die Bundesregierung sei gefragt, die Interessen in Russland tätiger deutscher Unternehmen nachdrücklich gegenüber der russischen Regierung zu vertreten.

Bereits vor Kriegsausbruch Probleme

Wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mitteilte, waren bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs noch rund 3650 deutsche Unternehmen in Russland aktiv. Durch den Trend und oftmals den Zwang zur Lokalisierung seien in den vergangenen Jahren die deutschen Direktinvestitionen in Russland gestiegen. Zugleich aber hätten immer mehr Betriebe den russischen Markt verlassen.

Von den in Deutschland aktiven Unternehmen mit Russland-Bezug habe es bereits vor Ausbruch des Krieges sehr negative Rückmeldungen zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen gegeben, hieß es unter Verweis auf eine bundesweite IHK-Umfrage. Die Hälfte der deutschen Unternehmen mit wirtschaftlichen Verbindungen nach Russland habe die Lage und Perspektive ihrer entsprechenden Geschäfte bereits zu diesem Zeitpunkt negativ beurteilt.

Der russische staatliche Fernsehsender „Erster Kanal“ führt eine interne Untersuchung durch, nachdem Marina Owsjannikowa, Redakteurin des Programms, am Montagabend in der live ausgestrahlten Nachrichtensendung „Vremya“ auf das Set gestürmt war und hinter der Moderatorin ein Transparent mit der Aufschrift „Stoppt den Krieg, glaubt nicht der Propaganda“ hochgehalten habe. Sie sei wenige Sekunden zu sehen gewesen, lange genug, um eine Welle der Unterstützung in den russischen Sozialen Medien auszulösen. Die Frau sei festgenommen worden. Vor ihrer Aktion habe sie ein Video aufgezeichnet, in dem sie den Krieg als Verbrechen bezeichne, Russland als Aggressorstaat und Putin als den allein Verantwortlichen benenne.

FAZ:

Zahlungsausfall Russlands rückt näher

Am Mittwoch müssen zwei Dollar-Anleihen bedient werden. Doch Russland will dafür nur Rubel und keine Dollar verwenden.

An den Finanzmärkten spielt der immer wahrscheinlichere Zahlungsausfall Russlands keine große Rolle. Am Aktienmarkt hat der Dax am Montag mehr als 2 Prozent an Boden gutgemacht. Das ist deshalb bemerkenswert, weil der russische Finanzminister Anton Siluanow am Sonntag in einem Fernsehinterview die Finanzmärkte auf dieses Kreditereignis vorbereitet hat. Er sagte, dass Russland seine Schulden in Rubel bedienen werde, solange die westlichen Sanktionen wegen des Einmarsches in die Ukraine den Zugang zu Fremdwährungen blockierten.

Nach seiner Aussage kann Russland derzeit nicht auf Devisenreserven im Volumen von 300 Milliarden Dollar zugreifen. Dabei dürfte es sich größtenteils um Bestände der russischen Zentralbank im Westen handeln. Insgesamt verfügt Russland über Devisenreserven von 640 Milliarden Dollar. Nach Angaben der amerikanischen Investmentbank J. P. Morgan muss Russland die am Mittwoch fällig werdenden Zinszahlungen von 117 Millionen Dollar in der amerikanischen Währung und nicht in Rubel vornehmen.

Rubel-Zahlungen verhindern keinen Ausfall

Auch Jochen Felsenheimer, Geschäftsführer des Münchner Vermögensverwalters Xaia Investment, sieht das so: „Wenn die Zahlung aber nur in Rubel erfolgt und sich daran nach Ablauf der 30-tägigen Nachfrist nichts ändert, stellt dies einen Zahlungsausfall dar.“ Dann würden die CDS-Kontrakte fällig. Das sind Kreditausfallversicherungen, mit denen sich Gläubiger gegen einen Zahlungsausfall absichern können. Die Prämie Russlands auf diesen Credit Default Swap (CDS) ist seit Kriegsbeginn von 5 Prozentpunkten auf 38 Prozentpunkte nach oben geschossen. Auf eine Forderung von 1 Million Euro gegenüber dem russischen Staat wäre also eine jährliche Prämie von 380.000 Euro fällig. Eine solche Absicherung rechnet sich erst recht nicht mehr, weil für den Abschluss eines solchen Kontrakts der Versicherungsnehmer eine Vorausgebühre von 600.000 Euro leisten muss.

Gespannt dürfte der auf Anleihen spezialisierte Vermögensverwalter Pimco die Entwicklung verfolgen. Nach einem Bericht der „Financial Times“ hält die amerikanische Tochtergesellschaft des Versicherungskonzerns Allianz russische Staatsanleihen über 1,5 Milliarden Dollar und hat CDS-Kontrakte auf Russland im Wert von 1 Milliarde Dollar verkauft. Bei einem Zahlungsausfall müsste Pimco also die Versicherungsnehmer entschädigen. Den Aktienkurs der Allianz hat das am Montag nicht belastet. Der Titel gewann mehr als 3 Prozent an Wert.

Auf einen Zahlungsausfall Russlands stellt sich auch der Internationale Währungsfonds (IWF) ein. Dessen Geschäftsführende Direktorin Kristalina Georgiewa hält dieses Ereignis für „nicht mehr unwahrscheinlich“. „Russland hat das Geld für den Schuldendienst, aber hat keinen

Zugriff darauf“, sagte sie. Die Abwertung des Rubels habe schon jetzt dazu geführt, dass die Kaufkraft der Menschen in Russland „bedeutend geschrumpft“ sei. Derzeit sehe sie aber nicht die Gefahr, dass ein Ausfall eine weltweite Finanzkrise auslösen könne. Das Gesamtengagement der Banken gegenüber Russland von rund 120 Milliarden Dollar sei zwar nicht unbedeutend, aber „nicht systemisch relevant“.

Mussten vor Kriegsbeginn noch 75 Rubel für einen Dollar gezahlt werden, waren es am Montag 120 Rubel. „In Moskau wird der Rubel rund 8 Prozent fester als an den internationalen Märkten gehandelt“, sagt Stefan Grothaus, Analyst der DZ Bank. Dieser Unterschied erkläre sich zum einen aus den Kapitalverkehrskontrollen, mit denen die Flucht aus dem Rubel gebremst werden solle. Zum anderen müssten russische Unternehmen 80 Prozent ihrer Exporterlöse in Rubel tauschen, was für eine höhere Nachfrage Sorge, sagt Grothaus.

t-online

Jetzt droht ihm die Pleite

Nun könnte es für Putin ernst werden: Die Frist für eine Zinszahlung über 100 Millionen Dollar läuft ab. Überweist er das Geld nicht, droht eine Staatspleite. Aber was hieße das genau?

Russland ist so gut wie abgemeldet, zumindest auf den internationalen Finanzmärkten. Die westlichen Staaten versuchen mit tiefgreifenden Wirtschaftssanktionen Russlands Präsident Wladimir Putin zum Einlenken im Krieg gegen die Ukraine zu bewegen. Doch was den Druck auf den Kreml erhöhen soll, birgt für Investoren unangenehme Nebenwirkungen. Und für den russischen Staat.

Denn: Bis zum 16. März muss Russland für seine Staatskredite Zinsen in Höhe von mehr als 100 Millionen US-Dollar zahlen. Wenig später, am 4. April, läuft zudem eine Staatsanleihe über zwei Milliarden Dollar aus.

Experten fürchten deshalb, dass Russland pleite gehen könnte. Es wäre nicht das erste Mal: Bereits 1998 musste Russland Insolvenz anmelden, wobei die Situation damals eine etwas andere war.

t-online erklärt, wann Russland pleite wäre – und welche Folgen das für den Angriffskrieg in der Ukraine und für die Zukunft des internationalen Finanzsystems haben dürfte.

Warum droht Russland die Staatspleite?

Der Grund für die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit ist auf den ersten Blick nicht klar ersichtlich. Das Kuriose ist: Die Staatskasse Russlands ist prall gefüllt, nicht zuletzt dank hoher Öl- und Gaspreise. Allerdings ist das Land wegen der westlichen Sanktionen im Zuge

des Ukraine-Kriegs von den internationalen Finanzmärkten so gut wie abgeschnitten. Ein Großteil von Russlands Zentralbankreserven über rund 640 Milliarden Dollar ist eingefroren.

"Es dürfte insgesamt um rund 300 Milliarden Dollar gehen, auf die Russland jetzt keinen Zugriff mehr hat", sagte Hans-Peter Burghof, Inhaber des Lehrstuhls für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen an der Uni Hohenheim, t-online.

Das Problem: Viele seiner Kredite hat Russland in Dollar bekommen. Diese Schulden kann Russland wegen der Sanktionen jetzt nicht bedienen, selbst wenn der Kreml das möchte. "Ich würde von einem technischen oder inszenierten Bankrott sprechen", sagte Burghof weiter.

So betonen auch die Kreditwächter der Ratingagenturen S&P und Moody's, dass die Hauptursachen für das erhöhte Risiko eines Zahlungsausfalls nicht Geldnot, sondern die Folgen der Strafmaßnahmen sind. Selbst wenn Russland zahlen würde, wäre deshalb ungewiss, ob Gläubiger im Ausland an ihr Geld kommen.

DIW-Chef: Staatsschuldenpleite sehr wahrscheinlich

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, hält eine Staatsschuldenpleite Russlands in den kommenden Monaten für sehr wahrscheinlich.

Auch die US-Investmentbank Morgan Stanley Morgan Stanley Aktie geht von einer Staatspleite aus. "Wir sehen einen Zahlungsausfall als wahrscheinlichstes Szenario", schrieb sie vergangene Woche an ihre Kunden.

Wann ist Russland offiziell pleite?

Das lässt sich schwer sagen. Auch wenn die Zahlungen in dieser Woche ausblieben, würde dies nicht bedeuten, dass Russland von heute auf morgen insolvent ist.

Denn nach dem ersten Zahlungsver säumnis beginnt gewöhnlich eine 30-tägige Gnadenfrist. Der eigentliche Ausfall der Kredite würde demnach erst im April erfolgen.

Der genaue Zeitpunkt des Bankrotts dürfte von außen aber kaum erkennbar sein, sagt Burghof – unabhängig davon, ob es sich um einen technischen, teilweisen oder ganzen Zahlungsausfall handele. Denn der Kreml wird sicher nicht damit hausieren gehen, wenn er pleite ist.

"Wenn Privatleute ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen, steht irgendwann der Gerichtsvollzieher vor der Tür", so Burghof. "Bei Staaten ist das nicht der Fall."

Denn die Gläubiger könnten die Schulden nicht einfach unter Androhung einer Strafe einfordern, sagt er. "Es gibt auch kein Insolvenzgericht, das die Pleite Russlands feststellen

könnte." Die Folge wäre lediglich, dass Russland kaum mehr Kredite bekommen würde (siehe nächster Abschnitt).

Welche Folgen hätte eine Staatspleite für Russland?

Die unmittelbaren Folgen für Russland hielten sich in Grenzen, sagt Finanzexperte Burghof. Denn: Angesichts des Angriffskriegs in der Ukraine und den westlichen Sanktionen dürfte es ohnehin ausgeschlossen sein, dass Russland Kredite vom Westen bekommt.

Das werde bei einer Staatspleite selbst nach dem Krieg so bleiben, so Burghof: "Weil Investoren wissen, dass jedes Geld verloren ist."

"Putin katapultiert sein Land ins Aus"

Die langfristigen Folgen eines Bankrotts wären allerdings fatal: "Russland wird auf lange Sicht vom internationalen Finanzsystem ausgeschlossen, wenn das durch den Krieg nicht bereits geschehen ist. Putin katapultiert sein Land ins Aus. Er hinterlässt ein vergiftetes Erbe." Fraglich sei, ob sich Russland jemals davon erhole.

Möglich wäre aber, dass das Land mittelfristig mit China zusammen einen neuen Block im globalen Finanzsystem bildet. China wirbt bereits seit Jahren dafür, unabhängiger vom Swift-System zu werden, aus dem einige russische Banken ausgeschlossen wurden.

"Wenn China geopolitische Interessen verfolgt, ist es ihm ganz egal, ob Russland zahlungsfähig ist oder nicht", sagt Burghof. "Dann werden sich die beiden Staaten ohnehin zusammentun. Aber dafür wird Russland einen hohen politischen Preis an China zahlen müssen." Heißt: Sich in die Abhängigkeit Chinas begeben.

Wahrscheinlich sei zudem, dass Russland dann einfach mehr Rubel druckt, was die Inflation weiter steigen ließe. Dabei rechnet die russische Zentralbank schon jetzt mit einer Inflationsrate von 20 Prozent in diesem Jahr.

Was bedeutet eine Staatspleite für Investoren und Banken?

Nichts Gutes. Sie müssten ihr an Russland verliehenes Geld im Zweifelsfall abschreiben. Kreditausfallversicherungen greifen bei einigen Anleihen womöglich nicht.

Auch die großen Ratingagenturen machen Anlegern wenig Hoffnung. Fitch, Moody's und S&P sehen Russlands Kreditwürdigkeit inzwischen im sogenannten "Ramschbereich", der hochriskante Anlagen kennzeichnen soll. In jedem Fall zeichnet sich eine vertrackte Lage für Russland ab.

Offen sei, wie genau die Auslandsschulden bei einem Ausfall abgewickelt werden – sprich, wer letztlich die Verluste tragen wird, so Burghof: "Die Frage, wer die Kosten der Staatspleite tragen wird, dürfte Gerichte noch über Jahre beschäftigen."

Neue Finanzkrise durch russische Staatspleite unwahrscheinlich

Dass es zu einer neuen Finanzkrise durch eine Staatspleite kommt, ist unwahrscheinlich. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) geht nicht von gravierenden Auswirkungen auf das weltweite Finanzsystem aus.

Das Gesamtengagement der Banken gegenüber Russland von rund 120 Milliarden Dollar sei zwar nicht unbedeutend, aber "nicht systematisch relevant", sagte IWF-Chefin Kristalina Georgieva jüngst dem US-Sender CBS.

Wie kann Russland einem Staatsbankrott entgehen?

Solange Russland Krieg gegen die Ukraine führt und die Sanktionen des Westens wirken, wird Russland den Staatsbankrott wohl nicht abwenden können. Die westlichen Staaten könnten zwar Teile der eingefrorenen Notenbankreserven freigeben, um die Auslandsschulden Russlands zu bedienen.

Das dürfte aber unwahrscheinlich sein, meint auch Experte Burghof. "Der Westen wird drohen, Russland pleitegehen zu lassen – um den Druck auf Putin weiter zu erhöhen", sagt er.

Russland will Schulden in Rubel zahlen

Russland hat zwar angekündigt, seine milliardenschweren Devisenschulden statt mit Dollar oder Euro im Zweifelsfall mit dem stark abgewerteten Rubel zurückzahlen. Das Finanzministerium in Moskau hat dafür eigenen Angaben nach am Montag ein vorübergehendes Verfahren genehmigt.

Ein Kassierer hält Rubel-Scheine in der Hand: Die russische Währung verlor wegen Putins Krieg drastisch an Wert. (Quelle: imago images/ITAR-TASS) Ein Kassierer hält Rubel-Scheine in der Hand: Die russische Währung verlor wegen Putins Krieg drastisch an Wert. (Quelle: ITAR-TASS/imago images)

Dieses sieht vor, dass die Zahlungen in der heimischen Währung Rubel erfolgen würden, sollten die westlichen Sanktionen wegen der militärischen Invasion in die Ukraine die Banken daran hindern, die Verbindlichkeiten mit Devisen zu begleichen. Doch Gläubiger im Ausland dürften sich dagegen sperren, Rubel zu akzeptieren.

Immerhin hat der Rubel im Zuge des Angriffskrieges stark an Wert verloren, und dürfte im Falle einer Staatspleite noch weiter fallen. "Spätestens wenn Putin die Gelddruckmaschine anschmeißt und die Inflation weiter steigt", sagt Burghof. "In diesem Szenario wird kein vernünftiger Investor noch Rubel akzeptieren."

[Zeit Online](#)

Russland stoppt Getreideexport, Öl aus der Ukraine wird knapp

Russland ist der größte Weizenexporteur der Welt. Und aus der Ukraine kommt ein Großteil des Sonnenblumenöls. In Spanien räumen Hamsterkäufer Supermarktregale leer.

Russland schränkt die Ausfuhr von Weizen, Gerste und Roggen zeitweise ein. Damit soll der Bedarf im Land gesichert werden, sagte Vizeregierungschefin Wiktorija Abramtschenko in Moskau. Die Regierung will verhindern, dass die Preise für russische Verarbeiter und Verbraucher zu hoch werden.

Vom 15. März bis zum 30. Juni gilt ein Exportstopp für Weizen, Roggen, Gerste, Mais und Mischgetreide, sogenanntes Mengkorn. "Eine Getreideausfuhr im Rahmen von Quoten wegen einzelner Lizenzen wird erlaubt", sagte Abramtschenko. Für Zucker und Zuckerrohstoff gilt der Stopp bis Ende August. Ausnahmen soll es für Exporte in die von Russland dominierte Eurasische Wirtschaftsunion geben sowie in die selbst ernannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk in der Ostukraine.

Russland ist der größte Weizenexporteur der Welt. Auch die Ukraine ist ein wichtiger Produzent. Störungen der Getreideausfuhr beider Länder können nach Einschätzung von Experten zu massiven Preissteigerungen auf dem Weltagrarmarkt führen. Nach Angaben des Verbands der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (Ovid) sind die Ukraine mit 51 und Russland mit 27 Prozent auch die weltweit wichtigsten Exportländer für Sonnenblumenöl.

Letzteres könnte schon bald knapp werden: "Die Vorräte reichen voraussichtlich noch für wenige Wochen", sagte der Ovid-Geschäftsführer Gerhard Brankatschk. Verbraucherinnen und Verbraucher könnten aber problemlos auf andere Speiseöle wie Rapsöl umsteigen. Da seien keine Engpässe zu erwarten.

Lücken in spanischen Supermarktregalen

In spanischen Supermärkten sind Sonnenblumenöl und Mehl wegen Hamsterkäufen bereits ausverkauft oder die Abgabe begrenzt. Insgesamt 62 Prozent des spanischen Bedarfs an Sonnenblumenöl kamen zuletzt aus der Ukraine. "Wir haben Speiseöl nachbestellt, aber bekommen seit Tagen nichts", sagte ein Angestellter eines Supermarktes bei Barcelona. Das Gleiche gelte für Mehl. Auch Regale für Nudeln, Haferflocken und Hülsenfrüchte zeigten teils große Lücken oder waren fast leer. Manche Supermärkte beschränkten den Verkauf von Sonnenblumenöl auf fünf Liter pro Person.

Spanien produziert vor allem Olivenöl. Das ist allerdings teurer. Preisgünstiges Rapsöl meiden spanische Kundinnen und Kunden nach einem Giftölskandal mit Tausenden Toten im Jahr 1981. Bis heute wird es kaum angeboten. Straßenhändler hatten damals giftiges Industrierapsöl in den Verkehr gebracht.

Der spanische Dachverband der Großhändler und Supermärkte, Asedas, hatte schon vor Tagen auf ein "ungewöhnliches Verhalten der Konsumenten" beim Kauf von Sonnenblumenöl hingewiesen. Er betonte aber auch, dass die Versorgung mit Speiseöl und

anderen Lebensmitteln generell sicher sei. Zu Engpässen könnte es Medienberichten zufolge frühestens ab dem Sommer kommen – falls die nächste Ernte in der Ukraine ausfällt.

.....
Stand: 16.03.22

Neue Personensanktionen in Russland

Als Reaktion auf die von den USA und Kanada gegen Russland verhängten Sanktionen kündigte das russische Außenministerium am 15. März 2022 die Verhängung von Sanktionen gegen Präsident Joe Biden, Außenminister Antony Blinken, die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton und zehn weitere US-Beamte an.

Meldung des russischen Außenministeriums:

[Заявление МИД России о персональных санкциях в отношении представителей руководства США и связанных с ними лиц - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Das russische Außenministerium betont, dass die russische Regierung eine Erweiterung der Liste der Personen, denen die Einreise nach Russland untersagt ist, plane: „Weitere Ankündigungen zur Ausweitung der Sanktionsliste auf hochrangige US-Beamte, Militärs, Gesetzgeber, Geschäftsleute, Experten und Medienpersönlichkeiten, die russlandfeindlich sind oder Hassreden gegen Russland verbreiten, sowie zur Verhängung restriktiver Maßnahmen werden in Kürze folgen“.

Hier eine Zusammenfassung der GTAI zu diesem Thema:

[Russland verhängt Sanktionen gegen die US-Regierung | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Russland verhängte zudem Sanktionen gegen den kanadischen Premierminister Justin Trudeau und 312 kanadische Beamte, Parlamentsabgeordnete und "antirussische" Persönlichkeiten. Mit diesen Maßnahmen wird ihnen die Einreise nach Russland untersagt und ihr Vermögen in Russland eingefroren.

Meldung des russischen Außenministeriums:

[Заявление МИД России о персональных санкциях в отношении представителей высшего руководства, парламентариев и антироссийских деятелей Канады - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Arbeitsübersetzung: Änderung des russischen Zentralbankgesetzes vom 14.3.

Федеральный закон от 14 марта 2022 г. № 55-ФЗ “О внесении изменений в статьи 6 и 7 Федерального закона “О внесении изменений в	Föderales Gesetz Nr. 55-FZ vom 14. März 2022
---	---

<p>Федеральный закон “О Центральном банке Российской Федерации (Банке России)” и отдельные законодательные акты Российской Федерации в части особенностей изменения условий кредитного договора, договора займа” и статью 21 Федерального закона “О внесении изменений в отдельные законодательные акты Российской Федерации”</p> <p>Принят Государственной Думой 11 марта 2022 года</p> <p>Одобен Советом Федерации 11 марта 2022 года</p> <p style="text-align: center;">Статья 1</p> <p>Внести в Федеральный закон от 3 апреля 2020 года N 106-ФЗ "О внесении изменений в Федеральный закон "О Центральном банке Российской Федерации (Банке России)" и отдельные законодательные акты Российской Федерации в части особенностей изменения условий кредитного договора, договора займа" (Собрание законодательства Российской Федерации, 2020, N 14, ст. 2036; Российская газета, 2022, 10 марта) следующие изменения:</p> <p>1) в статье 6:</p> <p>а) части 7 и 8 изложить в следующей редакции:</p> <p>"7. Заемщик при представлении требования, указанного в части 1 настоящей статьи, вправе приложить документы, подтверждающие соблюдение условия, указанного в пункте 2 части 1 настоящей статьи.</p> <p>Кредитор вправе запросить информацию, подтверждающую соблюдение данного условия, в федеральном органе исполнительной власти, осуществляющем функции по контролю и надзору за соблюдением законодательства о налогах и сборах, Пенсионном фонде Российской Федерации, Фонде социального страхования Российской Федерации, Федеральном фонде обязательного медицинского страхования.</p>	<p>"Zur Änderung der Artikel 6 und 7 des Föderalen Gesetzes "Zur Änderung des Föderalen Gesetzes "Über die Zentralbank der Russischen Föderation (Bank von Russland)" und einiger Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation in Bezug auf die Besonderheiten der Änderung der Bedingungen eines Darlehensvertrags, eines Darlehensvertrags" und Artikel 21 des Föderalen Gesetzes "Zur Änderung einiger Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation"</p> <p>Verabschiedet von der Staatsduma am 11. März 2022</p> <p>Genehmigt durch den Föderationsrat am 11. März 2022</p> <p>Artikel 1</p> <p>Änderung des Föderalen Gesetzes Nr. 106-FZ vom 3. April 2020 "Über die Änderung des Föderalen Gesetzes "Über die Zentralbank der Russischen Föderation (Bank von Russland)" und einiger Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation in Bezug auf besondere Aspekte der Änderung von Darlehensverträgen, Darlehensverträgen" (Gesetzessammlung der Russischen Föderation, 2020, Nr. 14, S. 2036; Rossijskaja Gazeta, 2022, 10. März) wie folgt:</p> <p>1) In Artikel 6:</p> <p>a) die Teile 7 und 8 werden wie folgt geändert</p> <p>"7. Bei der Einreichung der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Forderung hat der Darlehensnehmer das Recht, Dokumente beizufügen, die die Erfüllung der in Absatz 2 des Absatzes 1 des vorliegenden Artikels genannten Bedingung bestätigen.</p> <p>Der Darlehensgeber ist berechtigt, von dem föderalen Exekutivorgan, das für die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der Steuer- und Abgabengesetzgebung zuständig ist, dem</p>
---	--

<p>Кредитор, направивший такой запрос, не вправе запрашивать у заемщика документы, подтверждающие соблюдение условия, указанного в пункте 2 части 1 настоящей статьи.</p> <p>Согласие заемщика на предоставление указанной информации считается полученным с момента направления им требования, указанного в части 1 настоящей статьи.</p> <p>Кредитор обязан проинформировать заемщика о факте направления указанного запроса, а также о содержании полученной по запросу информации, если она указывает на несоответствие представленного заемщиком требования, указанного в части 1 настоящей статьи, условию, указанному в пункте 2 части 1 настоящей статьи.</p> <p>В этом случае заемщик вправе представить документы, подтверждающие соблюдение условия, указанного в пункте 2 части 1 настоящей статьи, а срок, указанный в части 6 настоящей статьи, исчисляется со дня представления заемщиком документов, подтверждающих соблюдение условия, указанного в пункте 2 части 1 настоящей статьи.</p> <p>8. В целях рассмотрения требования заемщика, указанного в части 1 настоящей статьи, кредитор в срок, не превышающий двух рабочих дней, следующих за днем получения данного требования, вправе запросить у заемщика документы, подтверждающие соблюдение условия, указанного в пункте 2 части 1 настоящей статьи. В этом случае срок, указанный в части 6 настоящей статьи, исчисляется со дня представления заемщиком запрошенных документов.";</p> <p>б) часть 12 после слов "частью 6 настоящей статьи," дополнить словами "или запроса о предоставлении подтверждающих документов", после слов "требования заемщика" дополнить словами "с указанием причины отказа";</p> <p>в) в части 18 после слова "рассчитанного" дополнить словами "и опубликованного", слова ", установленного на день направления заемщиком</p>	<p>Rentenfonds der Russischen Föderation, dem Sozialversicherungsfonds der Russischen Föderation und dem Föderalen Krankenpflichtversicherungsfonds Informationen zu verlangen, die die Erfüllung dieser Bedingung bestätigen.</p> <p>Der Darlehensgeber, der eine solche Anfrage stellt, hat nicht das Recht, vom Darlehensnehmer Unterlagen zu verlangen, die die Erfüllung der in Teil 1 Absatz 2 dieses Artikels genannten Bedingung bestätigen.</p> <p>Die Zustimmung des Kreditnehmers zur Erteilung der genannten Informationen gilt ab dem Zeitpunkt als erteilt, zu dem der Kreditnehmer das in Absatz 1 dieses Artikels genannte Ersuchen übermittelt. Der Darlehensgeber ist verpflichtet, den Darlehensnehmer über die Tatsache der Übersendung der genannten Anfrage sowie über den Inhalt der auf die Anfrage hin erhaltenen Informationen zu informieren, wenn sich daraus ergibt, dass die vom Darlehensnehmer eingereichte Anfrage gemäß Absatz 1 Teil 1 dieses Artikels nicht den in Absatz 2 Teil 1 dieses Artikels genannten Bedingungen entspricht.</p> <p>In diesem Fall ist der Darlehensnehmer berechtigt, Unterlagen vorzulegen, die die Erfüllung der in Absatz 2 Teil 1 dieses Artikels genannten Bedingung bestätigen, und die in Absatz 6 dieses Artikels genannte Frist wird ab dem Tag berechnet, an dem der Darlehensnehmer die Unterlagen vorlegt, die die Erfüllung der in Absatz 2 Teil 1 dieses Artikels genannten Bedingung bestätigen.</p> <p>8. Zur Prüfung der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Forderung des Darlehensnehmers hat der Darlehensgeber das Recht, innerhalb einer Frist von höchstens zwei Arbeitstagen nach dem Tag des Eingangs dieser Forderung vom Darlehensnehmer die Unterlagen anzufordern, die die Erfüllung der in Absatz 1 Unterabsatz 2 dieses Artikels genannten Bedingung bestätigen. In diesem Fall wird die in Absatz 6 dieses Artikels genannte Frist ab dem Tag berechnet, an dem der Darlehensnehmer die angeforderten Unterlagen vorlegt."</p>
--	---

<p>требования, указанного в части 1 настоящей статьи" заменить словами ", подлежащего применению во втором квартале 2022 года";</p> <p>г) в части 25 после слова "рассчитанного" дополнить словами "и опубликованного", слова ", установленного на день направления заемщиком требования, указанного в части 1 настоящей статьи" заменить словами ", подлежащего применению во втором квартале 2022 года";</p> <p>д) в части 28 слова "13, 15 и 30" заменить словами "13 и 15";</p> <p>е) части 29 и 30 признать утратившими силу;</p> <p>ж) в части 31 слова "После подтверждения установления льготного периода в соответствии с частью 7 настоящей статьи кредитор" заменить словом "Кредитор";</p> <p>з) в части 32 слова "после подтверждения установления льготного периода в соответствии с частью 7 настоящей статьи" исключить;</p> <p>2) статью 7 дополнить частью 17 следующего содержания:</p> <p>"17. Положения настоящей статьи не распространяются на договоры займа, заключенные путем размещения облигаций."</p> <p style="text-align: center;">Статья 2</p> <p>Внести в часть 1 статьи 21 Федерального закона от 8 марта 2022 года N 46-ФЗ "О внесении изменений в отдельные законодательные акты Российской Федерации" (Российская газета, 2022, 10 марта) следующие изменения:</p> <p>1) в абзаце первом слово "декабря" заменить словом "августа";</p> <p>2) пункты 2 и 3 признать утратившими силу;</p> <p>3) пункт 6 изложить в следующей редакции:</p>	<p>b) In Absatz 12 werden nach den Worten "Absatz 6 dieses Artikels" die Worte "oder Anforderung von Belegen" und nach den Worten "Antrag des Kreditnehmers" die Worte "mit Angabe des Ablehnungsgrundes" eingefügt;</p> <p>w) In Absatz 18 werden nach dem Wort "berechnet" die Worte "und veröffentlicht" durch die Worte ", die zum Zeitpunkt der Einreichung des in Absatz 1 dieses Artikels genannten Antrags durch den Kreditnehmer festgestellt wurden" ersetzt durch die Worte ", die im zweiten Quartal 2022 anzuwenden sind";</p> <p>g) In Nummer 25 werden nach dem Wort "berechnet" die Worte "und veröffentlicht" eingefügt und die Worte ", die zum Zeitpunkt der Einreichung der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Forderung durch den Kreditnehmer festgelegt werden" durch die Worte ", die im zweiten Quartal 2022 anzuwenden sind" ersetzt;</p> <p>d) In Teil 28 wird "13, 15 und 30" durch "13 und 15" ersetzt;</p> <p>e) Die Absätze 29 und 30 gelten als nichtig;</p> <p>sch) In § 31 werden die Worte "nach der Bestätigung des Beginns der Nachfrist gemäß Teil 7 des vorliegenden Artikels, der Gläubiger" durch das Wort "Gläubiger" ersetzt;</p> <p>s) In Teil 32 werden die Worte "nach Bestätigung der Festsetzung der Nachfrist gemäß Teil 7 des vorliegenden Artikels" gestrichen;</p> <p>2) Artikel 7 wird um einen Teil 17 mit folgendem Wortlaut ergänzt:</p> <p>"17. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für Darlehensverträge, die im Wege der Platzierung von Schuldverschreibungen geschlossen werden."</p>
---	---

<p>"б) советом директоров (наблюдательным советом) публичного акционерного общества принято решение о приобретении размещенных им акций в соответствии с требованиями настоящей статьи. Информация, касающаяся приобретения публичным акционерным обществом собственных акций, может не раскрываться в форме сообщения о существенном факте, если это предусмотрено принятым решением о приобретении акций, либо может раскрываться в установленный таким решением срок."</p> <p>.</p>	<p style="text-align: right;">Artikel 2</p> <p>Änderung von Teil 1 des Artikels 21 des Föderalen Gesetzes N 46-FZ vom 8. März 2022 "Über die Änderung einiger Gesetze der Russischen Föderation". (Rossiiskaya Gazeta, 2022, 10. März) die folgenden Änderungen:</p> <p>1) Im ersten Absatz wird "Dezember" durch "August" ersetzt;</p> <p>2) Die Absätze 2 und 3 sind null und nichtig;</p> <p>3) Absatz 6 wird wie folgt geändert:</p>
<p style="text-align: center;">Статья 3</p> <p>Установить, что до 31 декабря 2022 года:</p> <p>1) право на доступ к информации и документам, предусмотренным пунктом 1 статьи 84, пунктами 2 и 3 статьи 91 Федерального закона от 26 декабря 1995 года N 208-ФЗ "Об акционерных обществах", а также право на обращение в суд в соответствии с абзацем первым пункта 5 статьи 71, пунктом 6 статьи 79, пунктом 1 статьи 84 указанного Федерального закона имеют акционеры (акционер), владеющие в совокупности не менее чем пятью процентами голосующих акций общества;</p> <p>2) российским страховщикам запрещается заключать сделки со страховщиками, с перестраховщиками и со страховыми брокерами, являющимися лицами недружественных государств, а также со страховщиками, с перестраховщиками и со страховыми брокерами, подконтрольными лицам недружественных государств. Установленный настоящим пунктом запрет распространяется на перечисление российскими страховщиками лицам, указанным в настоящем пункте, денежных средств по договорам, заключенным до дня вступления в силу настоящего Федерального закона. В исключительных случаях указанные в настоящем пункте действия могут осуществляться на основании разрешения, выдаваемого</p>	<p>"6) der Vorstand (Aufsichtsrat) der Aktiengesellschaft hat eine Entscheidung über den Erwerb der von ihm platzierten Aktien gemäß den Anforderungen dieses Artikels getroffen. Informationen über den Erwerb eigener Aktien durch eine Aktiengesellschaft dürfen nicht in Form einer Erklärung über eine wesentliche Tatsache offengelegt werden, wenn dies in dem angenommenen Beschluss über den Erwerb von Aktien vorgesehen ist oder innerhalb der in diesem Beschluss festgelegten Frist offengelegt werden kann".</p> <p style="text-align: right;">Artikel 3</p> <p>Legen Sie das bis zum 31. Dezember 2022 fest:</p> <p>1) das Recht auf Zugang zu den in Artikel 84 Absatz 1, Artikel 91 Absätze 2 und 3 des föderalen Gesetzes vom 26. Dezember 1995 N 208-FZ "Über Aktiengesellschaften" vorgesehenen Informationen und Dokumenten sowie das Recht auf Rückgriff gemäß Artikel 71 Absatz 5, Artikel 79 Absatz 6 und Artikel 84 Absatz 1 des genannten föderalen Gesetzes haben Aktionäre (Aktionäre), die insgesamt mindestens fünf Prozent der stimmberechtigten Aktien der Gesellschaft halten</p>

<p>Центральным банком Российской Федерации (Банком России);</p> <p>3) решением Совета директоров Банка России могут быть определены обязательства, не подлежащие передаче перестрахователем (страховщиком) национальной перестраховочной компании в перестрахование на основании пункта 1 статьи 13.3 Закона Российской Федерации от 27 ноября 1992 года N 4015-I "Об организации страхового дела в Российской Федерации";</p> <p>4) решением Совета директоров Банка России может быть определен перечень информации кредитных, некредитных финансовых организаций, а также организаций, оказывающих профессиональные услуги на финансовом рынке, подлежащей раскрытию и (или) предоставлению в соответствии с законодательством Российской Федерации или нормативными актами Банка России, которую кредитные, некредитные финансовые организации, а также организации, оказывающие профессиональные услуги на финансовом рынке, вправе не раскрывать и (или) не предоставлять, и перечень информации, предусмотренной законодательством Российской Федерации или нормативными актами Банка России, которую Банк России вправе не раскрывать на своем официальном сайте в информационно-телекоммуникационной сети "Интернет";</p> <p>5) в случае направления государственными компаниями, государственными корпорациями и хозяйственными обществами, акции (доли) которых находятся в федеральной собственности, на основании статьи 92.2 Федерального закона от 26 декабря 1995 года N 208-ФЗ "Об акционерных обществах", и (или) на основании пункта 6 статьи 30.1 Федерального закона от 22 апреля 1996 года N 39-ФЗ "О рынке ценных бумаг", и (или) на основании части 1.2 статьи 8 Федерального закона от 27 июля 2010 года N 224-ФЗ "О противодействии неправомерному использованию инсайдерской информации и</p>	<p>2) Den russischen Versicherern ist es untersagt, Geschäfte mit Versicherern, Rückversicherern und Versicherungsmaklern, die Personen aus unfreundlichen Staaten sind, sowie mit Versicherern, Rückversicherern und Versicherungsmaklern, die von Personen aus unfreundlichen Staaten kontrolliert werden, abzuschließen. Das Verbot dieses Paragraphen gilt für die Überweisung von Geldern durch russische Versicherer an die in diesem Paragraphen genannten Personen aufgrund von Verträgen, die vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes geschlossen wurden. In Ausnahmefällen können die in dieser Klausel genannten Maßnahmen auf der Grundlage einer von der Zentralbank der Russischen Föderation (Bank von Russland) erteilten Genehmigung durchgeführt werden;</p> <p>3) durch einen Beschluss des Verwaltungsrats der Bank von Russland können Verbindlichkeiten festgelegt werden, die vom Rückversicherer (Versicherer) nicht an die nationale Rückversicherungsgesellschaft gemäß Artikel 13.3.1 des Gesetzes der Russischen Föderation Nr. 4015-I vom 27. November 1992 "Über die Organisation des Versicherungsgeschäfts in der Russischen Föderation" abgetreten werden können;</p> <p>4) Der Beschluss des Verwaltungsrates der Bank Russlands kann die Liste der Informationen von Kredit- und Nichtkredit-Finanzinstituten sowie Organisationen, die professionelle Dienstleistungen auf dem Finanzmarkt erbringen, festlegen, die gemäß der russischen Gesetzgebung oder den Vorschriften der Bank Russlands der Offenlegung und (oder) der Bereitstellung unterliegen, die Kredit- und Nichtkredit-Finanzinstitute sowie Organisationen, die professionelle Dienstleistungen auf dem Finanzmarkt erbringen, berechtigt sind, diese nicht zu veröffentlichen und (oder) nicht zur</p>
--	--

<p>манипулированию рынком и о внесении изменений в отдельные законодательные акты Российской Федерации" в Банк России уведомлений, содержащих информацию, которая не раскрывается и (или) не предоставляется, такое уведомление не позднее дня направления в Банк России должно быть также направлено в федеральный орган исполнительной власти, уполномоченный на управление государственным имуществом.</p> <p>Банк России передает копии уведомлений, содержащих информацию, в том числе инсайдерскую, которая не раскрывается и (или) не предоставляется, поступивших ему на основании статьи 92.2 Федерального закона от 26 декабря 1995 года N 208-ФЗ "Об акционерных обществах", и (или) на основании пункта 6 статьи 30.1 Федерального закона от 22 апреля 1996 года N 39-ФЗ "О рынке ценных бумаг", и (или) на основании части 1.2 статьи 8 Федерального закона от 27 июля 2010 года N 224-ФЗ "О противодействии неправомерному использованию инсайдерской информации и манипулированию рынком и о внесении изменений в отдельные законодательные акты Российской Федерации", в Министерство финансов Российской Федерации, Счетную палату Российской Федерации по их запросам, за исключением копий уведомлений, которые передаются в Министерство финансов Российской Федерации, Счетную палату Российской Федерации по их запросам федеральным органом исполнительной власти, уполномоченным на управление государственным имуществом.</p> <p>Федеральный орган исполнительной власти, уполномоченный на управление государственным имуществом, Министерство финансов Российской Федерации, Счетная палата Российской Федерации обязаны обеспечивать конфиденциальность информации, которая содержится в полученных ими уведомлениях (копиях уведомлений);</p> <p>6) кредитные организации, являющиеся уполномоченными банками, вправе</p>	<p>Verfügung zu stellen, sowie die Liste der Informationen, die durch die Gesetzgebung der Russischen Föderation oder durch Regulierungsakte der Bank von Russland vorgeschrieben sind und die die Bank von Russland berechtigt ist, auf ihrer offiziellen Website im Informations- und Telekommunikationsnetz "Internet" nicht zu veröffentlichen;</p> <p>5) bei staatlichen Unternehmen, staatlichen Körperschaften und Wirtschaftssubjekten, deren Aktien (Anteile) sich in föderalem Besitz befinden, gemäß Artikel 92.2 des Föderalen Gesetzes vom 26. Dezember 1995 N 208-ФЗ "Über Aktiengesellschaften", und (oder) auf der Grundlage von Absatz 6, Artikel 30.1 des Föderalen Gesetzes vom 22. April 1996 N 39-ФЗ "Über den Wertpapiermarkt", und (oder) auf der Grundlage von Teil 1. 2 des Artikels 8 des Föderalen Gesetzes vom 27. Juli 2010 N 224-FZ "Über die Bekämpfung des Missbrauchs von Insiderinformationen und der Marktmanipulation sowie über die Änderung einiger Gesetze der Russischen Föderation" müssen Mitteilungen, die Informationen enthalten, die nicht offengelegt und (oder) der Bank von Russland nicht zur Verfügung gestellt werden, auch dem föderalen Exekutivorgan, das zur Verwaltung des Staatseigentums befugt ist, spätestens am Tag der Übersendung dieser Mitteilung an die Bank von Russland übermittelt werden.</p> <p>Die Bank von Russland leitet Kopien von Mitteilungen weiter, die Informationen, einschließlich Insiderinformationen, enthalten, die ihr gemäß Artikel 92.2 des Föderalen Gesetzes vom 26. Dezember 1995 N 208-FZ "Über Aktiengesellschaften" und (oder) gemäß Klausel 6 Artikel 30.1 des Föderalen Gesetzes vom 22. April 1996 N 39-FZ "Über den Wertpapiermarkt" und (oder) gemäß Klausel 1 nicht offengelegt bzw. übermittelt werden. 2, Artikel 8 des Föderalen</p>
--	--

<p>осуществлять продажу физическим лицам драгоценных металлов в слитках за иностранную валюту.</p> <p style="text-align: center;">Статья 4</p> <p>1. Настоящий Федеральный закон вступает в силу со дня его официального опубликования.</p> <p>2. Положения статей 6 и 7 Федерального закона от 3 апреля 2020 года N 106-ФЗ "О внесении изменений в Федеральный закон "О Центральном банке Российской Федерации (Банке России)" и отдельные законодательные акты Российской Федерации в части особенностей изменения условий кредитного договора, договора займа" (в редакции настоящего Федерального закона) распространяются на правоотношения, возникшие из кредитных договоров (договоров займа), которые заключены до дня вступления в силу настоящего Федерального закона.</p> <p>Президент Российской Федерации В. Путин</p> <p>Москва, Кремль 14 марта 2022 года</p>	<p>Gesetzes Nr. 224-FZ vom 27. Juli 2010 "Über die Bekämpfung des Missbrauchs von Insider-Informationen und der Marktmanipulation sowie über die Änderung einiger Gesetze der Russischen Föderation" an das Finanzministerium der Russischen Föderation, die Rechnungskammer der Russischen Föderation auf deren Ersuchen, mit Ausnahme von Kopien von Mitteilungen, die an das Finanzministerium der Russischen Föderation, die Rechnungskammer der Russischen Föderation auf deren Ersuchen von einem zur Verwaltung befugten föderalen Exekutivorgan übermittelt werden.</p> <p>Das föderale Exekutivorgan, das zur Verwaltung des Staatseigentums befugt ist, das Finanzministerium der Russischen Föderation und die Rechnungskammer der Russischen Föderation sind verpflichtet, die Vertraulichkeit der in den bei ihnen eingegangenen Mitteilungen (Kopien von Mitteilungen) enthaltenen Informationen zu gewährleisten;</p> <p>6) Kreditinstitute, die zugelassene Banken sind, können Edelmetalle in Goldbarren an Privatpersonen gegen Devisen verkaufen.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 4</p> <p>1. Dieses Föderalgesetz tritt mit dem Tag seiner amtlichen Veröffentlichung in Kraft.</p> <p>2. Die Bestimmungen der Artikel 6 und 7 des Föderalen Gesetzes Nr. 106-FZ vom 3. April 2020 "Über die Änderung des Föderalen Gesetzes 'Über die Zentralbank der Russischen Föderation (Bank Russlands)' und einiger Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation über die Besonderheiten der Änderung von Darlehens- und Kreditverträgen" (in der Fassung dieses Föderalen Gesetzes) finden Anwendung auf Rechtsverhältnisse, die sich aus Darlehensverträgen (Kreditverträgen) ergeben, die vor dem Inkrafttreten dieses Föderalen Gesetzes abgeschlossen wurden.</p>
--	--

	Präsident der Russischen Föderation V. Putin Moskau, Kreml 14. März 2022
--	--

Aspekt: Sanktionen im Versicherungssektor

Zum Gesetz zur besonderen Regulierung von Finanzmärkten und Unternehmensbeziehungen (siehe oben)

....

Wie ASN (Agentur für Versicherungsnachrichten) aus dem Text des Gesetzentwurfs erfuhr, ist es russischen Versicherern untersagt, Geschäfte mit Versicherern, Rückversicherern und Versicherungsmaklern abzuschließen, die Personen aus unfreundlichen Staaten sind, sowie mit Versicherern, Rückversicherern und Versicherungsmaklern, die von Personen aus unfreundlichen Staaten kontrolliert werden.

Dieses Verbot gilt für den Transfer von Geldern aus Verträgen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen wurden, durch russische Versicherer an die oben genannten Teilnehmer des Versicherungsmarktes nicht-freundlicher Staaten. "In Ausnahmefällen können die in dieser Klausel genannten Maßnahmen auf der Grundlage einer von der Bank von Russland erteilten Genehmigung durchgeführt werden", heißt es in dem Dokument.

Um ein anpassungsfähiges Modell für die Regulierung der Rückversicherungsaktivitäten in Russland für die Zeit der Umsetzung unfreundlicher Maßnahmen durch die USA und benachbarte Länder und Organisationen zu schaffen, ist der Vorstand der Bank von Russland befugt, Verbindlichkeiten zu bestimmen, die vom Rückversicherer nicht an die RNPK übertragen werden, heißt es in der Erläuterung.

Die Association of Professional Insurance Brokers (APSB) erklärte gegenüber ACN, dass Versicherer aus Russland bisher keine Versicherungsverträge mit ausländischen Versicherern abschließen konnten. Die russischen Versicherer haben jedoch derzeit das Recht, Risiken im Ausland rückzuversichern. Allerdings gibt es bereits Beschränkungen in Bezug auf das Rating des ausländischen Rückversicherers: Liegt das Rating des Rückversicherers unter den Anforderungen der Bank von Russland, so führt der Anteil eines solchen Rückversicherers nicht zur Freisetzung von Kapital für den Anteil des Rückversicherers an den Rücklagen.

Originalgesetz:

[Федеральный закон от 14 марта 2022 г. N 55-ФЗ "О внесении изменений в статьи 6 и 7 Федерального закона "О внесении изменений в Федеральный закон "О Центральном банке Российской Федерации \(Банке России\)" и отдельные законодательные акты Российской Федерации в части особенностей изменения условий кредитного договора,](#)

[договора займа" и статью 21 Федерального закона "О внесении изменений в отдельные законодательные акты Российской Федерации" \(garant.ru\)](#)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Statement des Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes zur Situation deutscher Unternehmen in Russland

In Russland droht ein neues Gesetz ausländischen Unternehmen eine Zwangsverwaltung an, wenn sie ihr Geschäft in Russland einstellen. In Deutschland gibt es dagegen Kritik an Unternehmen, die an ihrem Russland-Geschäft festhalten. Dazu sagt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes:

„Wir sehen mit Sorge, dass deutsche Unternehmen in Russland zunehmend unter Druck geraten. Der vorliegende Gesetzentwurf der russischen Regierung zur Fremdverwaltung ausländischer Unternehmen bedroht deren Existenz und damit tausende Arbeitsplätze im Land. Viele deutsche Unternehmen mussten in den letzten zwei Wochen ihre Produktion einstellen, weil der russische Angriff gegen die Ukraine zur Unterbrechung von Liefer- und Logistikketten geführt hat. Dennoch setzen viele von ihnen auch aus Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Bezahlung ihrer Belegschaften fort. Dieses Engagement und der Fortbestand der Unternehmen werden durch die angedrohte Zwangsverwaltung unmittelbar in Frage gestellt. Wir fordern die russische Regierung daher dringend auf, ihre Pläne zu überdenken.

Mit Besorgnis sehen wir aber auch den wachsenden öffentlichen Druck in Deutschland. Deutsche Unternehmen in Russland halten sich buchstabengetreu an alle Sanktionsvorgaben. Wir unterstützen diese Sanktionspolitik ausdrücklich. Nicht sanktionierte Geschäftsbeziehungen sind und bleiben aber legitim. Hierfür gibt es neben der Verantwortung gegenüber der Belegschaft oft triftige Gründe, wie die Aufrechterhaltung der Versorgung im Medizin- und Pharmabereich sowie mit Lebensmitteln oder die technische Sicherheit und Funktionsfähigkeit von Anlagen. Ein kompletter Abbruch aller Wirtschaftsbeziehungen würde jedes Fundament für einen möglichen Neuanfang in der Zukunft zerstören.“

["Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Im Gegensatz zu vielen westlichen Unternehmen wie IKEA, McDonald's oder Procter & Gamble wollen die in Russland tätigen französischen Firmen (u. a. Auchan, Decathlon und Leroy Merlin) weiterhin im Land bleiben. Dies erklärte gestern der Vorsitzende der französischen Arbeitgebervereinigung MEDEF Geoffroy Roux de Bézieux. Seinen Aussagen nach würden französische Arbeitgeber derzeit 160.000 Menschen in Russland beschäftigen.

„Unsere Verantwortung als Arbeitgeber ist es, Löhne zu zahlen“, betonte Roux de Bézieux. Damit sei man auf einer Linie mit der französischen Regierung, die Unternehmensschließungen in Russland ablehne.

[Союз предпринимателей Франции заявил о планах «Ашана» остаться в России — РБК \(rbc.ru\)](#)

Die russische Regierung will die Zölle auf bestimmte Importwaren, die für Russland von entscheidender Bedeutung sind, für die Dauer von sechs Monaten auf null setzen. „Wir müssen eine Liste kritischer Waren erstellen und für sie eine erhebliche Vereinfachung der Zollabfertigung, die Aufhebung von Einfuhrzöllen und die Aussetzung von Antidumpingzöllen vorsehen“, erklärte Regierungschef Michail Mischustin. Dazu sollen u. a. bestimmte Arten von Gemüse und Getreide, Zusatzstoffe für die Herstellung von Fertigerzeugnissen und Babynahrung sowie Waren zur Fertigung von pharmazeutischen Produkten gehören.

[Какие товары вошли в список критического импорта - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

[WirtschaftsWoche](#)

Angst vor russischer Enteignung: Kasachstan rückt als Ausweg ins Blickfeld

Die Drohung Moskaus, Betriebe aus „unfreundlichen“ Ländern zu verstaatlichen, schürt Angst. Verhindern könnte das vielleicht eine Treuhand-Konstruktion im zentralasiatischen Nachbarland.

Jahre- und Jahrzehntelang haben deutsche Unternehmen Beziehungen zu Russland aufgebaut. Made in Germany hat in dem Riesenland mit seinen 144 Millionen Einwohnern einen hervorragenden Klang. Doch durch den russischen Krieg in der Ukraine entstehen nicht nur herbe Umsatzeinbußen, sondern es droht deutschen Unternehmen ein Totalverlust: die Enteignung ihrer dortigen Niederlassungen. Denn Präsident Wladimir Putin will auf die harten Sanktionen des Westens mit einer möglichen Verstaatlichung von Gesellschaften aus den „unfreundlichen“ Staaten reagieren, vor allem aus der EU und den USA. In ihrer Not suchen gerade große Mittelständler nach Wegen, ihre harte Aufbauarbeit in dem Riesenland zu schützen. Dabei gerät das Nachbarland Kasachstan ins Blickfeld. Deutsche Unternehmen könnten, so die Idee, in dem zentralasiatischen Land Treuhandgesellschaften gründen, an die sie ihre russischen Gesellschaftsanteile abtreten. Damit würden keine westlichen Sanktionen gegen Russland umgangen, betont Andreas Knäul von der Kanzlei Rödl & Partner.

Zentral, neutral und viel Öl

Warum ausgerechnet Kasachstan? Das zentralasiatische Land ist Teil der Eurasischen Wirtschaftszone, die aus Armenien, Belarus, Kirgisien, Russland und eben Kasachstan besteht. Diese Länder bilden eine Zollunion und es herrschen freier Warenverkehr und Niederlassungsfreiheit für Arbeitskräfte. Vor allem verhält sich Kasachstan im Ukraine-

Konflikt weitgehend neutral. Damit hätten kasachische Firmen in Russland keine Enteignung zu fürchten, sagt Michael Quiring von der Kanzlei Rödl. Im übrigen sei das Land auch geostrategisch als Brückenkopf in das benachbarte Usbekistan mit seinen 35 Millionen Einwohnern interessant. Kasachstan selbst hat 17 Millionen Einwohner und verfügt über große Ölvorkommen.

Zwei bis vier Wochen

Um eine Gesellschaft in Kasachstan aufzusetzen, dauere es zwei bis vier Wochen. Die genauen Gesellschaftsstrukturen würden noch ausgelotet, sagt Quiring. „Wir wollen einen echten Sicherheitspuffer bieten.“ Vor allem größere Familienunternehmen, die grundsätzlich vorsichtig agieren und dauerhaft am russischen Markt vertreten bleiben wollen, hätten Interesse bekundet. Diese kämen typischerweise auf globale Umsätze von 300 bis 500 Millionen Euro mit einem Russlandgeschäft von 10 bis 30 Millionen Euro.

Nur keine Panik

Allerdings ist noch nicht ausgemacht, dass das russische Parlament Duma den Gesetzentwurf zur Enteignung von westlichen Unternehmen tatsächlich verabschiedet. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft warnt daher vor Panik. Moskau würde hohe Hürden vor Enteignungen schaffen, alles sei noch im Fluss. Unabhängig davon hält auch der Ost-Ausschuss Kasachstan für einen grundsätzlich interessanten Standort in der zentralasiatischen Region, und das Land versuche sich aus dem Konflikt Russlands mit der Ukraine herauszuhalten.

Moderater Aufwand

Auch Rödl-Partner Knaut sieht noch keine Enteignungswelle auf westliche Unternehmen zurollen. Russland habe selbst kein Interesse, Arbeitsplätze und Unternehmen zu vernichten. Und wer glaubhaft machen könne, dass sein Unternehmen wegen fehlender Vorleistungen und anderer Einschränkungen nicht weiter produzieren könne, habe kaum etwas zu befürchten, wenn er den Betrieb vorübergehend einstelle. Gleichwohl sei jedes Unternehmen im eigenen Interesse verpflichtet, mögliche Vorsichtsmaßnahmen zu prüfen und in Erwägung zu ziehen. Knaut: „Eine Treuhandgesellschaft in Kasachstan wäre eine solche Vorsichtsmaßnahme.“ Mit moderatem Aufwand ließe sich viel Sicherheit schaffen bei 100-prozentiger Compliance und mit der Gewissheit, dass deutsche Mittelständler dann nicht plötzlich auf Sanktionslisten des Westens auftauchten.

.....
Stand: 17.03.22

„Enteignungsgesetz“

Am 8. März 2022 wurde ein vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation ausgearbeiteter Entwurf eines föderalen Gesetzes "Über die externe Administration zur Verwaltung einer Organisation" eingereicht. Es wird davon ausgegangen,

dass dieses Gesetz in Kürze verabschiedet und Entscheidungen der Unternehmen ab dem 24. Februar einschließen wird.

Nach derzeitiger Einschätzung empfehlen wir Unternehmen, im Gespräch mit den russischen Behörden zu bleiben und darzulegen, aus welchen konkreten Gründen sie eine temporäre Unterbrechung der Geschäftstätigkeit beschließen mussten. Einen Überblick über das geplante Gesetz zur Zwangsverwaltung und Enteignung finden Sie hier:

[Russlands Gegensanktionen sollen Kapitalabfluss verhindern | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Russisches „Blocking-Statut“

Der Sekretär des Generalrats der Kremlpartei „Einiges Russland“ Andrej Turttschak hat laut russischen Medienberichten mitgeteilt, dass die Partei Gesetzesänderungen über die strafrechtliche Verantwortung gegen diejenigen vorbereite, die die Sanktionen der westlichen Länder gegen Russland befolgten. Ein Gesetzentwurf liegt uns dazu bislang nicht vor. Das geplante Gesetz könnte sich aber an einem bereits im Jahr 2018 vorgelegten Entwurf orientieren. Hier sind die Fakten zu diesem „Blocking-Statut“, die wir bislang zu diesem Thema für Sie recherchieren konnten:

- Turttschak hat das Gesetz ursprünglich auf seinem Telegram-Kanal angekündigt. Bei diesem Beitrag entsteht der Eindruck, dass sich das Gesetz nur auf russische Firmen bezieht, die z.B. nicht mit sanktionierten Banken zusammenarbeiten möchten.
- die Ankündigung zum Gesetzentwurf ist auf der Webseite der Staatsduma RF unter <http://duma.gov.ru/news/26928/> zu finden. Hier ist auch eine Verlinkung zum Entwurf enthalten, die derzeit aber auf eine leere Seite führt.
- Der Entwurf erinnert an einen ähnlichen Gesetzentwurf von 2018. Dieser Entwurf ist damals nicht angenommen worden, u.a. aufgrund von Intervention durch die russische Wirtschaft (Verband: RSPP).
- Sollte der neue Entwurf dem vom 2018 ähneln und sollte er angenommen werden, würde dies weitreichende Folgen für die Wirtschaft haben. Vor allem russische Töchter westlicher Unternehmen stünden vor der Frage, wie sie unter diesen Bedingungen weiter tätig sein könnten. Russische und ausländische Mitarbeiter westlicher Unternehmen in Russland könnten sich durch ihre Tätigkeit strafbar machen usw.

Ein Zeitungsbericht zum Thema:

[За отказ от сотрудничества с попавшим под санкции бизнесом введут уголовную ответственность - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Bloomberg:

Russland bedient angeblich weiter seine Schulden (Arbeitsübersetzung)

In einer am Donnerstag per E-Mail übermittelten Erklärung sagte das russische Finanzministerium, dass es den Auftrag für eine Kuponzahlung in Höhe von 117 Millionen Dollar am 14. März an eine nicht näher bezeichnete Korrespondenzbank geschickt habe und fügte hinzu, dass es einen separaten Kommentar abgeben würde, wenn die Zahlstelle, die Londoner Filiale der Citibank, die Zahlung erhalten hat. Die Bank reagierte nicht sofort auf Bitten um eine Stellungnahme. Bislang haben die Anleihegläubiger in Europa noch kein Zeichen der Gelder erhalten. Beide Anleihen, deren Kupons am Mittwoch fällig werden, sind gestiegen.

Wie es weitergeht, ist unklar, aber wenn Russlands Gläubiger nicht innerhalb der 30-tägigen Frist, die am Donnerstag begann, das Geld in Dollar erhielten, wäre es das erste Mal, dass das Land seit des Sturzes des letzten Zaren durch die Bolschewiken mit Fremdwährungsanleihen in Verzug gerät.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, das Land verfüge über alle notwendigen Mittel, um einen Zahlungsausfall zu vermeiden. Sollte Russland jedoch seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, könnte dies den Ausschluss von den globalen Kapitalmärkten verstärken und seine Kreditkosten erhöhen. Die Regierung und russische Unternehmen einschließlich Gazprom und Lukoil haben etwa 150 Milliarden Dollar an Fremdwährungsschulden. Diese Beträge und die allgemeinen finanziellen Engpässe reichen zwar nicht aus, um eine globale Finanzkrise zu verursachen, aber die Spannungen wirken sich auf die Schwellenländer aus und die Weltwirtschaft aus.

...

In einem Erlass vom 7. März legte Präsident Wladimir Putin neue Regeln für die Schuldenregulierung fest und teilte ausländische Gläubiger in zwei Kategorien ein: Gläubiger aus "Ländern, die feindliche Aktivitäten" ausüben, können Zins- und Tilgungszahlungen nur Zahlungen in Rubel erhalten. Das neue Verfahren beinhaltet die Eröffnung so genannter Typ-C-Konten, die automatisch ohne die Zustimmung oder Beteiligung eines ausländischen oder Beteiligung eines ausländischen Gläubigers erfolgen kann, sagte Morgan Lewis-Partner Grigory Marinichev. Für Investoren, die in unfreundlichen Ländern ansässig sind, ist der Erhalt von Überweisungen auf Konten des Typs C "gleichbedeutend mit der Einzahlung auf ein Sperrkonto", sagte Marinichev. "Sie können diese Rubel nicht zurückführen. Jede derartige Zahlung würde wahrscheinlich einen juristischen Streit auslösen zwischen Russland und seinen Anleihegläubigern darüber, was eine legitime Begleichung der Schulden darstellt. Das ist nicht nur wichtig für Anleihegläubiger, sondern auch für die Investoren, die Credit Default Swaps im Wert von 40 Milliarden Dollar Credit Default Swaps auf russische Schulden halten.

Maßnahmen gegen Bermuda-Sanktionen im Luftverkehr

Die russische Regierung hat am 15. März die Aussetzung eines seit 1999 bestehenden Abkommens mit Bermuda angeordnet, welches die Aufsicht über auf dem Territorium registrierte Flugzeuge regelt. Wie bereits berichtet, sind die meisten russischen Passagierflugzeuge in Bermuda registriert. Das Land hatte am 13. März die Jets für fluguntauglich erklärt. Die Überführung von Luftfahrzeugen in das russische Staatsregister soll jetzt den weiteren Flugbetrieb sicherstellen.

[Новости - Правительство России \(government.ru\)](https://www.government.ru)

[Putins Krieg: Bermuda entzieht russischen Flugzeugen die Lufttüchtigkeit \(rnd.de\)](https://www.rnd.de)

.....

Stand: 18.03.22

Gesetzesänderungen bei russischen Exportverboten

Wie bereits berichtet, hat Russland Ausfuhrverbote für eine Reihe von Waren eingeführt, insgesamt sind es über 200 Warenpositionen. Am 17. März wurden nun Änderungen in den russischen Regierungsverordnungen 311 und 312 vorgenommen.

Hier eine deutsche Arbeitsübersetzung zur Meldung über die wichtigsten Maßnahmen:

„Die Liste der Fälle, die nicht unter das in der Verordnung festgelegte Ausfuhrverbot für Waren fallen, wurde erheblich erweitert.

Zudem wurde die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation Nr. 390 vom 17.03.2022 die Verordnung der Regierung der Russischen Föderation Nr. 302 vom 06.03.2022 „Über die Einführung eines zeitweiligen Verbots der Ausfuhr von medizinischen Gütern, die zuvor in die Russische Föderation aus ausländischen Ländern eingeführt wurden, die einen Beschluss über die Einführung restriktiver wirtschaftlicher Maßnahmen gegenüber der Russischen Föderation gefasst haben“ aufgehoben.

Auch an einigen normativen Rechtsakten wurden Änderungen vorgenommen. Der Beschluss der Regierung der Russischen Föderation vom 09.03.2022 Nr. 311 "Über Maßnahmen zur Umsetzung des Erlasses des Präsidenten der Russischen Föderation vom 08.03.2022 Nr. 100" wurde geändert.

Jetzt ist es erlaubt, die in den Sonderwirtschaftszonen (SWZ) auf dem Territorium der Russischen Föderation hergestellten Waren zusammen mit den ausländischen Waren, die in das Verfahren der freien Zollzone überführt wurden, zu exportieren;

Exportmöglichkeiten gibt es zudem für die in den freien Lagern hergestellten Waren, die in das Verfahren der freien Zollzone überführt wurden; für Ersatzteile und spezielle Ausrüstung, die vorübergehend aus dem Territorium der Russischen Föderation exportiert werden und für die Behandlung, den Schutz der Waren und die Wartung oder den Betrieb der Fahrzeuge des internationalen Verkehrs bestimmt sind;

Es wird festgelegt, dass das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung auf Beschluss der Regierung und in Abstimmung mit dem Ministerium für Industrie und Handel befristete Genehmigungen für die Ausfuhr bestimmter Waren erteilen kann, die in der durch das Dekret erstellten Liste aufgeführt sind.

In einem neuen Wortlaut werden bestimmte Warenpositionen in der Liste bestimmter Arten von Gütern aufgeführt, für die ein vorübergehendes Ausfuhrverbot verhängt wird.

Es wird eine neue Liste bestimmter Arten von medizinischen Gütern (Anhang 6) eingeführt, die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Ausfuhr zugelassen sind. Die Ausfuhrgenehmigungen werden vom Gesundheitsministerium der Russischen Föderation erteilt.

Die Liste der Fälle, in denen die mit dem Dekret eingeführte Maßnahme nicht anwendbar ist, wurde geändert. Es umfasst nun Abchasien und Südossetien sowie die DNR und LNR.

Die vereinfachte Ausfuhr von Waren nach Weißrussland im Rahmen des Unionsstaates ist ebenfalls zulässig. Waren, die in den Sonderwirtschaftszonen (SWZ) und den Sonderwirtschaftszonen auf dem Territorium der Russischen Föderation unter Verwendung ausländischer Waren hergestellt werden, die in das Verfahren der freien Zollzone überführt werden, usw.

Es wurde eine neue Ausgabe der Liste der einzelnen Arten von landwirtschaftlichen Maschinen und Teilen davon, die einem befristeten genehmigungspflichtigen Ausfuhrverfahren unterliegen, eingeführt (Anhang 1 des Erlasses); es wurde eine neue Ausgabe der Liste der einzelnen Arten von gewerblichen Waren (Anhang 3) eingeführt.

Es wurde eine Liste bestimmter Arten von medizinischen Gütern erstellt, für die ein vereinfachtes Ausfuhrgenehmigungsverfahren gilt (Anhang 6).

Die Liste der Dokumente, die zum Nachweis des russischen Ursprungs von Waren verwendet werden können, wird erweitert. Ursprünglich konnte nur das Ursprungszeugnis nach dem Formblatt ST-1 verwendet werden, jetzt können die Lieferanten auch andere Zeugnisse verwenden, die den russischen Ursprung der Waren bestätigen und von einer zur Ausstellung solcher Zeugnisse befugten Organisation ausgestellt wurden (z. B. ein Zeugnis nach dem Formblatt ST-2), oder eine Bestätigung der Produktion von Industrieerzeugnissen in Russland, die vom russischen Ministerium für Industrie und Handel in der vorgeschriebenen Weise ausgestellt wurde.
Das neue Dekret trat am 17.03.2022 in Kraft.“

Hier der Gesetzestext:

[Постановление Правительства Российской Федерации от 17.03.2022 № 390 ·
Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал
правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Hier die russische Meldung dazu:

[Изменения в постановления 311 и 312 Правительства РФ о противодействии иностранным санкциям - Новости таможенного законодательства от 18.03.2022 | Альта-Софт \(alta.ru\)](#)

Weiterführende Links (russisch):

[Постановление Правительства РФ от 17.03.2022 № 390 . Таможенные документы | Альта-Софт \(alta.ru\)](#)

[Постановление Правительства РФ от 06.03.2022 № 302 . Таможенные документы | Альта-Софт \(alta.ru\)](#)

[Постановление Правительства РФ от 09.03.2022 № 312 . Таможенные документы | Альта-Софт \(alta.ru\)](#)

Ein Artikel zur Einordnung der ursprünglichen Warenexportverbote der BBC:

[Russia hits back at Western sanctions with export bans - BBC News](#)

Strafen für „Aufrufe“ zu Sanktionen

Als Reaktion auf die weitreichenden Sanktionen, die von verschiedenen Regierungen gegen Russland verhängt wurden, hat Russland einen Passus im Strafgesetzbuch angepasst, der unter anderem die Forderung nach Sanktionen gegen Russland unter Strafe stellt.

Hintergrund

Am 4. März trat das russische „Föderale Gesetz „Über Änderungen im Strafgesetz der RF und in Art. 31 und 151 des Strafprozessgesetzes der RF““ in Kraft.

Das Gesetz beinhaltet zunächst eine Ergänzung des Art. 207/3 des damals bereits bestehenden russischen Strafgesetzes, die finanzielle oder Freiheitsstrafen vorsieht für „öffentliche Verbreitung nachweislich falscher Informationen über den Einsatz der bewaffneten Kräfte der RF“, darunter auch „nachweislich falsche Informationen mit Angaben über den Einsatz der Streitkräfte der RF mit dem Ziel der Verteidigung der Interessen Russlands und seiner Bürger, der Sicherung des internationalen Friedens und der Sicherheit“. Ebenfalls aufgenommen wurde eine Ergänzung zu Art. 280/3 des Strafgesetzes, die ebenfalls Geld- oder Freiheitsstrafen vorsieht für „öffentliche Handlungen, die auf die Diskreditierung des Einsatzes der Streitkräfte der RF mit dem Ziel des Schutzes der Interessen der RF und ihrer Bürger, zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit“ gerichtet sind. Dazu zählen auch „öffentliche Aufrufe zur Verhinderung des Einsatzes der Streitkräfte zu diesen Zielen“.

Neue Entwicklung

Kapitel 29 des Strafgesetzes wird jetzt zusätzlich mit einem Artikel 284/2 ergänzt, der „Aufrufe zur Einführung beschränkender Maßnahmen bzgl. der RF“ unter Strafe stellt. Gemeint sind damit „Aufrufe“ an andere Staaten, Staatenverbünde und internationale Einrichtungen zu „Maßnahmen einschränkenden Charakters, die sich in der Einführung oder Verlängerung politischer oder wirtschaftlicher Sanktionen“ bezüglich der Russischen Föderation (RF) sowie physischen oder juristischen Personen der RF äußern. Voraussetzung ist eine administrative Bestrafung für denselben Sachverhalt innerhalb der vergangenen zwölf Monate. Das Strafmaß reicht bis zu 500.000 Rubel (aktuell ca. 4.400 Euro) oder bis zu drei Jahreseinkommen, sieht aber auch Freiheitseinschränkungen, Zwangsarbeit und Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren vor.

Quelle:

[Федеральный закон от 04.03.2022 № 32-ФЗ · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Der Vorsitzende der Regierungspartei „Einiges Russland“ und Vize-Speaker des Föderationsrates, A. Turttschak, geht in einem Aufruf über das derzeitige Gesetz hinaus, indem er auch eine strafrechtliche Verantwortung für (russische) Unternehmen bei der Befolgung der Sanktionen fordert. Das Befolgen westlicher Sanktionen sei mit deren Unterstützung als „Verrat“ gleichzusetzen. Einiges Russland“ werde eine entsprechende Gesetzesänderung vorbereiten, so sein Telegram-Post vom 14.3. Bei seiner Wortwahl entsteht der Eindruck, dass sich die angestrebte Gesetzesänderung nur auf russische Firmen bezieht, die z.B. nicht mit sanktionierten Banken zusammenarbeiten möchten. Derzeit liegt aber weiterhin kein Entwurf für diese Änderung vor; an ihm wird laut Turttschak noch gearbeitet.

Eine ähnliche Initiative zur Bestrafung von Sanktionsbefolgung gab es bereits 2018, die damals jedoch trotz breiter politischer Unterstützung seitens der russischen Wirtschaft (RSPP) nicht erfolgreich war.

Somit ist Stand heute der „Aufruf“ zu Sanktionen strafbewehrt, deren „Befolgung“ jedoch aktuell noch nicht.

Pressemeldung dazu: [За отказ от сотрудничества с попавшим под санкции бизнесом введут уголовную ответственность - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Neue OECD-Länderrisikoeinstufungen für Russland und Belarus

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine erfolgte eine außerordentliche Überprüfung der Ländereinstufung für Russland und Belarus durch die OECD-Länderrisikoexpertinnen und -experten.

Die siebenstufige Länderklassifizierung (1 = beste Kategorie, 7 = schlechteste Kategorie) wurde 1999 auf OECD-Ebene eingeführt und ist ein Parameter bei der Berechnung des Entgelts. Im Vergleich zu den bisherigen Einstufungen haben sich folgende Veränderungen ergeben, die zum 18. März 2022 wirksam werden:

Belarus	Kategorie 7	bisher: Kategorie 6
Russland	Kategorie 7	bisher: Kategorie 4

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://agaportal.de)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Laut russischen Medienberichten gibt es Anzeichen dafür, dass **Zentralbankchefin Elwira Nabiullina** entlassen werden könnte. Ihre Amtsperiode laufe ohnehin am 24.6.2022 aus. Am heutigen Freitag habe sie erstmals seit zwei Jahren keine Pressekonferenz nach der Sitzung zur Leitzinserhöhung abgehalten. Regierungssprecher Peskow habe eine Frage nach Weggang Nabiullinas nicht dementiert.

Laut der Nowaja Gazeta ist die Versorgung der russischen Bevölkerung mit **Arzneimitteln** sei zu einem Problem für die russische Regierung geworden, viele Medikamente seien bereits um 40 Prozent teurer geworden, andere inzwischen aus den Apotheken verschwunden. Die Regierung wolle eine Hotline zu dem Thema für die Apotheken einrichten.

In Russland hat sich die Zahl der **offenen Stellen für IT-Spezialisten** im öffentlichen Dienst seit dem Einmarsch in die Ukraine mehr als verdoppelt (plus 108 Prozent). Wie die Tageszeitung Kommersant berichtet, steige insbesondere der Bedarf an Systemadministratoren (111 Prozent) und Web-Ingenieuren (120 Prozent) derzeit dramatisch an. Als Gründe werden die Abwanderung vieler IT-Spezialisten aus Russland und der Wegfall von internationalen Servicedienstleistern angegeben. Die Behörden wollen diesem Trend u. a. mit einer Erhöhung der Gehälter entgegensteuern.

Spiegel-Online

[Russland: Hamsterkäufe von Zucker alarmieren Behörden - DER SPIEGEL](#)

Weil die Preise rasant steigen, decken sich viele Russen mit Zucker ein. Jetzt kündigt die Anti-Monopol-Organisation Kontrollen bei Produzenten und Händlern an.

Der starke Anstieg der Zuckerpreise nach dem Angriff auf die Ukraine und sich häufende Hamsterkäufe rufen die russische Wettbewerbsbehörde auf den Plan. Diese kündigte Kontrollen bei Produzenten, Einzel- und Zwischenhändlern an. »Die Tatsache, dass in mehreren Regionen kein Zucker in den Regalen zu finden ist, ist auf eine überstürzte Nachfrage zurückzuführen, die von unehrlichen Organisationen angeheizt wird«, teilte die Anti-Monopol-Organisation FAS mit.

Die Zuckerpreise sind in der vergangenen Woche um 12,8 Prozent gestiegen, wie aus Daten des Statistikamtes Rosstat hervorgeht. In den sozialen Medien verbreitete Videoaufnahmen zeigen, wie Rentner sich in Supermärkten gegenseitig anrumpeln, um so viele Zuckertüten wie möglich zu ergattern. Für viele Russen ist Zucker ein Grundnahrungsmittel wie Buchweizen und Salz. Durch die westlichen Sanktionen wegen des russischen Einmarschs in die Ukraine haben sich viele Verbraucher beeilt, Vorräte anzulegen oder aufzustocken.

»Meine Schwiegermutter war gestern im Laden, und es gab überhaupt keinen Zucker mehr, und auch in anderen Geschäften konnte sie ihn nicht finden«, sagte Oleg, ein Bauunternehmer in der Stadt Wladimir. »Die Menschen sind besorgt.« Die Behörden sehen dagegen keinen Grund zur Eile, um Lebensmittel zu kaufen.

Der Export ist vorerst verboten

Russland hat den Zuckerexport bis zum 31. August verboten. Zugleich hat die Regierung ein zollfreies Kontingent für die Einfuhr von 300.000 Tonnen Zucker und Rohzucker festgelegt. Damit soll die drohende Lebensmittelinflation gelindert werden. Zudem soll noch in diesem Jahr die Anbaufläche für Zuckerrüben um 1,1 Millionen Hektar erhöht werden, wie das Landwirtschaftsministerium Anfang bekannt gab.

»Wir haben keine Probleme mit Zucker, unsere Produzenten produzieren ihn in ausreichenden Mengen«, sagte der stellvertretende Industrie- und Handelsminister Viktor Ewtuchow. »Angesichts der Entscheidung, die Ausfuhren zu verbieten und freie Importe dieses Produkts zuzulassen, erwarten wir wirklich keine Engpässe bei dieser Ware, die von der Bevölkerung heute sehr stark nachgefragt wird.«

Zwei Schiffe mit einer Ladung von 88.000 Tonnen Rohzucker sind derzeit auf dem Weg von Brasilien zum russischen Schwarzmeerhafen, wie das Beratungsunternehmen Ikar mitteilte. Das russische Einzelhandelsunternehmen Magnit hat inzwischen zusätzliche Mitarbeiter eingestellt, um die Verpackungskapazitäten für Zucker zu erhöhen und die Auslieferung in seine Geschäfte zu beschleunigen.

Kommentar zu Russlands Verlust von Handelsprivilegien im Rahmen der WTO:

American Institute for Contemporary German Studies

[Revoking Russia's Trade Privileges – AICGS](#)

(Arbeitsübersetzung)

Am vergangenen Freitag haben die G7 und die Europäische Union beschlossen, Russland wegen seines Einmarsches in der Ukraine den Status der "Meistbegünstigung" (MFN) oder das, was in den Vereinigten Staaten "Ständige normale Handelsbeziehungen" genannt wird, zu entziehen. Nach der Finanzpolitik (Wirtschaftssanktionen) ist nun die Handelspolitik in einer noch nie dagewesenen Weise im Namen der Geopolitik in Anspruch genommen worden.

Im Rahmen der Meistbegünstigungsklausel verpflichten sich die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), sich gegenseitig den gleichen zollgünstigen Zugang zu ihren Märkten zu gewähren. Der Artikel XXI der WTO über Ausnahmen für die nationale Sicherheit erlaubt jedoch die Aussetzung der Meistbegünstigung, wenn ein „Notfall in den internationalen Beziehungen“ vorliegt, was derzeit eindeutig der Fall ist. Die G7 (die Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan und das Vereinigte Königreich) und die 27 Mitgliedstaaten der EU, die zusammen 50 Prozent der Weltwirtschaft ausmachen, werden nun ihre Zölle auf die Einfuhr russischer Waren erhöhen. Am 3. März hatte Kanada bereits beschlossen, allein zu handeln und seine Zölle auf 35 Prozent zu erhöhen.

Dieser Schritt hat erhebliche Auswirkungen auf das globale Handelssystem. Eine sich abzeichnende Meinung ist, dass mit der vorübergehenden Aussetzung der russischen Handelsprivilegien der „Siegesszug der Globalisierung, der vor mehr als 30 Jahren begann, in eine Sackgasse geraten ist“ (The Washington Post) oder „Economic Blacklist of Russia Marks New Blow for Globalization“ (The Wall Street Journal).

Zusammen mit der unvermeidlichen Abkopplung von Chinas Nicht-Marktwirtschaft vom Rest der Welt bedeutet der Entzug der Meistbegünstigung für Russland, dass die Idee einer regelbasierten Weltwirtschaft am Ende ist.

Es ist leicht zu erkennen, wie sich dieses Narrativ vom Zerfall des Welthandels durchsetzen konnte. Vor dem Einmarsch in die Ukraine war Russland mit einem BIP von rund 1,5 Billionen Dollar die elftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Obwohl Russland nur der 23. größte Handelspartner der Vereinigten Staaten ist, steht es für die EU an fünfter Stelle. Nach dem Beitritt Chinas zur WTO im Jahr 2001 wurde die Mitgliedschaft Russlands im Jahr 2012 als der letzte Schritt angesehen, der notwendig war, um den Handel wirklich global zu gestalten.

Die Gesundheit des Welthandelssystems sollte jedoch nicht danach beurteilt werden, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt dabei ist oder nicht - was zählt, ist, wie stark seine führenden Mitglieder seine Grundsätze verteidigen und fördern. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Entscheidung der G7 und der EU über den Meistbegünstigungsstatus Russlands positiv. Die Aufhebung des Meistbegünstigungsstatus Russlands ist kein Zeichen für die wachsende Anarchie in der Weltwirtschaft, sondern stärkt die WTO, indem sie zeigt, dass die in den WTO-Regeln vorgesehene Flexibilität für den Umgang mit Ausreißern angemessen genutzt wird.

Doch so wichtig die WTO auch sein mag, das globale Handelssystem ist nicht gleichbedeutend mit der in Genf ansässigen Institution; seine Konturen werden zunehmend durch informellere Bemühungen bestimmt. Und in dieser Hinsicht hat die gemeinsame Entscheidung der G7 und der EU eine Koalition gleichgesinnter Volkswirtschaften geschaffen, die in Zukunft sowohl bei neuen Handelsregeln - ob innerhalb der WTO oder für kleinere Ländergruppen - als auch bei flexibleren Handelsinstrumenten zur Durchsetzung dieser Regeln zusammenarbeiten können, wenn sie nicht eingehalten werden.

Es ist unwahrscheinlich, dass diese neue G7-EU-Koalition so schnell zustande gekommen wäre, hätte sich Präsident Biden nicht zuvor für die Entschärfung mehrerer Handelskonflikte eingesetzt. Dazu gehört die Aufhebung der schädlichen Zölle der Trump-Ära auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU, Japan, dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern, die durch den Missbrauch einer Bestimmung des US-Handelsrechts verhängt wurden. Unterschätzen Sie nie, was Demokratien in einer Krise erreichen können, wenn sie Vertrauen haben.

RP Online

Staatspleite in Russland offenbar zunächst abgewendet

Zinszahlungen für russische Anleihen gelten als erster Test dafür, ob der Kreml trotz Sanktionen am Finanz- und Devisenmarkt seine ausländischen Schulden begleichen kann. Ein Zahlungsausfall würde den Bankrott bedeuten.

Russland hat offenbar eine Staatspleite infolge der westlichen Sanktionen zunächst abwenden können. Einige Besitzer von Anteilen russischer Dollar-Anleihen im Volumen von 117 Millionen Dollar hätten die fälligen Zinszahlungen erhalten, sagten zwei Marktteilnehmer am Donnerstag der Nachrichtenagentur Reuters. Die Zahlungen werden als erster Test gewertet, ob die Regierung in Moskau ihren internationalen Schuldenverpflichtungen nachkommen kann, nachdem der Westen auch den russischen Finanzmarkt mit Sanktionen treffen will.

Das Finanzministerium in Moskau gab am Donnerstag bekannt, die Zahlungen angewiesen zu haben. "Der Coupon wurde entgegen meinen Erwartungen gezahlt, und in Dollar", sagte ein Marktteilnehmer. Andere Anspruchsberechtigte erklärten, sie hätten bislang noch kein Geld erhalten, seien aber optimistisch, dass das noch geschehen werde.

Die Zinszahlungen auf die Anleihen waren bereits am Mittwoch fällig. Offiziell wird ein Zahlungsausfall Russlands aber erst, wenn die 30-tägige Nachfrist verstrichen ist. Es wäre das erste Mal seit der Russischen Revolution von 1917, dass das Land seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen würde. Damals hatten die Bolschewiken Schulden aus der Zarenzeit nicht anerkannt.

Unterdessen senkte die US-Ratingagentur S&P ihre Bewertung für die Kreditwürdigkeit von Russland noch tiefer in den Ramsch-Bereich. Die Note für langfristige

Fremdwährungsanleihen liegt nunmehr bei "CC" nach "CCC-" - das war ohnehin bereits Schrottniveau.

.....
Stand: 21.03.22

Weiteres Gesetz zu Devisenregulierung

Am 18. März 2022 hat Präsident Putin weitere Maßnahmen zur Devisenregulierung erlassen (Erlass Nr. 126 „[Über zusätzliche vorübergehende wirtschaftliche Maßnahmen zur Sicherung der Finanzstabilität der Russischen Föderation im Bereich der Devisenregulierung](#)“), zur Stabilisierung des Finanzsektors in Russland. Diese zusätzlichen Maßnahmen treffen vor allem Unternehmen aus „feindseligen“ Staaten.

Das neue Dekret enthält ein vorübergehendes neues Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten ausländischen Gläubigern. So verbietet das Dokument vorübergehend bestimmte Transaktionen ohne Genehmigung der Zentralbank (Genehmigungspflicht). Weiterhin erhält die Zentralbank die Befugnis, die Höhe des Geldbetrags für Überweisungen an ausländische Unternehmen und Einzelpersonen zu beschränken. Sie kann zudem einer gebietsansässigen Person die Erlaubnis erteilen, die Anforderungen zum Devisenzwangsumtausch des Präsidialerlasses Nr. 79 vom 28. Februar 2022 innerhalb einer anderen als der vorgesehenen Frist zu erfüllen oder den obligatorischen Umtausch gar nicht durchzuführen. Der Erlass trat am Tag seiner offiziellen Veröffentlichung (18. März 2022) in Kraft.

Detaillierte Ausführungen finden Sie auf Deutsch auf der Seite der [GTAI](#). Ausführungen zu den bereits zuvor eingeführten Kapitalverkehrskontrollen durch den Präsidialerlass Nr. 79 vom 28. Februar 2022 finden Sie [hier](#).

GTAI: 60 Unternehmen in Russland von Enteignung bedroht

Laut einem Beitrag von GTAI hat Russland eine Liste mit 60 Unternehmen veröffentlicht, die von einer möglichen Enteignung bedroht sind. Hier ein Auszug aus dem Beitrag:

...

Von Regierung und Verbraucherorganisationen wird darin, dass westliche Unternehmen jetzt zahlreiche den russischen Markt verlassen, eine Gefahr für das Funktionieren der russischen Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung gesehen. Die Behörden vertreten eine einheitliche Position dahingehend, dass ausländische Unternehmen ihre Unternehmen in Russland nicht einfach schließen können. Die Organisation "Öffentliche Verbraucherinitiative" hat Regierung und Staatsanwaltschaft eine Liste ausländischer

Tochterfirmen, die in Zukunft verstaatlicht werden könnten, übermittelt. Dies teilte deren Leiter Oleg Pawlow der Tageszeitung „Iswestija“ mit.

Auf der Liste stehen 60 Unternehmen, allen voran die russischen Tochterfirmen von Volkswagen, Porsche, Apple, Microsoft, IBM, Shell, McDonald's, IKEA, H&M, Toyota und anderen. Die Liste ist offen und kann erweitert werden, sagt Pawlow. Daran sind künftig die Staatsanwaltschaft, das Ministerium für Industrie und Handel sowie die Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor beteiligt.

Ein Unternehmen wird in diese Liste aufgenommen, sobald es seinen Rückzug aus Russland ankündigt, ohne den russischen Verbrauchern Garantien zu geben. Laut Pawlow beträgt die Gesamtsumme der Verpflichtungen dieser ausländischen Unternehmen gegenüber Bürgern, Staat und Auftragnehmern mehr als 6 Billionen Rubel. Dies entspricht ihrem Umsatz in Russland in den letzten drei Jahren.

....

Hier der vollständige Text:

[Russland listet 60 ausländische Tochterfirmen für Zwangsverwaltung | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Warten auf das „Enteignungsgesetz“

Germany Trade & Invest hat eine lange Analyse zum geplanten russischen „Enteignungsgesetz“ veröffentlicht. Der Gesetzentwurf wurde nach dem uns vorliegenden letzten Stand laut russischer Medien zwar inzwischen von der russischen Zentralbank genehmigt, allerdings unter der Bedingung, dass der Entwurf noch angepasst wird. Der Entwurf wird offenbar derzeit noch vom Wirtschaftsministerium ausgearbeitet.

Hier ein Auszug aus der Analyse zum Gesetzentwurf von Edda Wolf (GTAI):

...

Wann kann ein Antrag auf Zwangsverwaltung gestellt werden?

Der Gesetzentwurf sieht die Möglichkeit der Einführung einer externen Verwaltung für Unternehmen vor, wenn eine Kombination der folgenden Kriterien erfüllt ist:

- Die vollständige Kontrolle über das Unternehmen oder mindestens 25 Prozent der stimmberechtigten Aktien gehören einer ausländischen natürlichen oder juristischen Person, die mit einem "unfreundlichen" Staat verbunden ist (siehe Liste der "unfreundlichen" Staaten mit aktuell 48 Ländern, darunter Deutschland).
- Der Buchwert des Vermögens des Unternehmens gemäß Jahresabschluss zum letzten Bilanzstichtag übersteigt 1 Milliarde Rubel (etwa 7,52 bis 7,75 Millionen Euro, siehe

offizieller Wechselkurs der russischen Zentralbank) oder das Unternehmen hat im Durchschnitt mehr als 100 Mitarbeiter.

Das Gesetz kann angewendet werden, wenn der Leiter, andere Verwaltungsorgane und (oder) Anteilseigner (Aktionäre) die Verwaltung des Unternehmens tatsächlich beendet und dabei Anforderungen der Gesetzgebung der Russischen Föderation verletzt haben. Dies kann insbesondere durch die Tatsachen belegt werden, dass die betreffenden Personen nach dem 24. Februar 2022:

- das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation verlassen, sich der Ausübung ihrer Befugnisse entzogen und das russische Unternehmen „faktisch“ ohne Management belassen haben, was dessen wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft;
- Handlungen (Unterlassungen) begangen haben, die zu einer erheblichen Minderung des Wertes des Vermögens des Unternehmens und/oder zu dessen Unfähigkeit geführt haben, seinen Verpflichtungen nachzukommen;
- Handlungen (Unterlassungen) begangen haben, die zur Beendigung der Tätigkeit des Unternehmens geführt haben und die gegen die russischen Rechtsvorschriften verstoßen.

Diese Gründe sind in Artikel 1 Punkt 3. 1) des Gesetzes festgelegt. Die externe Verwaltung wird in solchen Fällen für einen Zeitraum von bis zu 3 Monaten bestellt (siehe Artikel 1, Punkt 4. des Gesetzes).

Die Regierung der Russischen Föderation kann zusätzliche Gründe für die Entscheidung über die Beantragung der Bestellung einer externen Verwaltung festlegen.

...

Auf Antrag kann das Gericht entscheiden, Maßnahmen zum Erhalt des Eigentums und der Mitarbeiterzahl einzuleiten sowie alle geschäftlichen Aktivitäten des Unternehmens einzufrieren. Insbesondere kann der Antragsteller folgende einstweilige Maßnahmen mit sofortiger Wirkung verlangen:

- Verbot des Kaufs oder Verkaufs von Eigentum (wie Immobilien) im Wert von mehr als 5 Prozent des bilanzierten Unternehmensvermögens;
- Verbot, Mitarbeiter zu entlassen;
- Verbot, wichtige Verträge zu kündigen;
- Verbot, Aktien oder Anteile des Unternehmens zu veräußern.

...

[Russland führt Zwangsverwaltung von Unternehmen ein | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Russisches „Enteignungsgesetz“ – Analyse zu den Klagemöglichkeiten von Unternehmen

Der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Richard Happ (Luther-Lawfirm.com) hat vergangene Woche in der FAZ einen Beitrag zu Klagemöglichkeiten deutscher Unternehmen gegen eine Enteignung durch einen russischen Treuhänder veröffentlicht. Eine Schlüsselrolle spielt dabei das deutsch-russische Investitionsschutzabkommen. Mit freundlicher Genehmigung des Autors veröffentlichen wir hier eine längere Version des Analysebeitrags:

Schutz deutscher Investitionen in Russland

Von Dr. Richard Happ

Als Reaktion auf den Überfall Russlands auf die Ukraine haben die EU, die USA und das Vereinigte Königreich Sanktionen gegen über 2.000 Personen, 155 Gesellschaften und 141 Organisationen verhängt. Darüber hinaus wurden Sanktionen gegen bestimmte Bereiche der Wirtschaft verhängt, z. B. den Ölsektor, die Flugzeugindustrie oder Schiffszubehör. Täglich kommen weitere Sanktionen hinzu.

Um die Auswirkungen der Sanktionen auf seine Wirtschaft abzumildern, hat Russland zunächst Beschränkungen des Kapitalverkehrs eingeführt. So dürfen Schulden nur noch in Rubel bezahlt werden, Dividenden nicht ins Ausland überwiesen und Unternehmen aus „unfreundlichen Staaten“ keine Aktien mehr verkaufen. Als „unfreundlich“ stuft die russische Regierung solche Staaten ein, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben. Angesichts des Absturzes des Wechselkurses stören die Kapitalverkehrsbeschränkungen die Kapitalflüsse zwischen russischer Tochter- und ausländischer Muttergesellschaft erheblich.

Russland droht mit Enteignungen

Mehr und mehr richten sich die Gegenmaßnahmen aber gegen die ausländischen Unternehmen und ihr Geschäft. So hat Russland verkündet, den Schutz von IP-Rechten aufzuheben und für Patente Zwangslizenzen mit einer auf Null reduzierten Vergütung zuzulassen. Und ein jetzt eingebrachter Gesetzentwurf der russischen Regierung würde es erlauben, die russischen Werke und Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen aus „unfreundlichen Staaten“, die in Folge der Sanktionen vorübergehend die Geschäfte einstellen, unter staatliche Zwangsverwaltung zu stellen, ggf. in eine neue Gesellschaft abzuspalten und dann zu verkaufen. Die Fallgruppen, in denen das möglich sein soll, können von der russischen Regierung jederzeit geändert und ergänzt werden. Das wäre nichts anderes als eine Enteignung. Ob dies so stattfinden wird, bleibt abzuwarten. Enteignungen würden das Vertrauen ausländischer Investoren in den Standort Russland zerstören. Es mag sich daher nur um eine Drohung handeln, um Unternehmen im Land zu halten.

Als 2014 Sanktionen wegen der Annexion der Krim verhängt wurden und Enteignungsgerüchte aufkamen, versicherte die russische Regierung, man würde ja nicht die Gans schlachten, die goldene Eier legt. Verstaatlichungen und anschließende Privatisierungen wären aber keine Überraschung. In den neunziger Jahren sind die heutigen Oligarchen durch ähnliche Verkäufe von Staatseigentum reich geworden. Wie man mit unliebsamen Unternehmen umgeht, hat der Yukos-Fall gezeigt, bei dem über

Steuerforderungen die Yukos-Gruppe in die Insolvenz getrieben und dann zu einem Schnäppchenpreis aufgekauft wurde. Es wäre daher durchaus möglich, dass die russische Regierung die Gelegenheit nutzen wird, um weite Teile der Wirtschaft unter russische Kontrolle zu bekommen.

Schutz durch den deutsch-russischen Investitionsschutzvertrag

Deutsche Unternehmen stehen diesen Maßnahmen jedoch keineswegs schutzlos gegenüber. Der deutsch-russische Investitionsschutzvertrag von 1989 schützt deutsche Kapitalanlagen in Russland. Artikel 4 schützt Investoren vor Enteignungen und Maßnahmen mit gleichartigen Auswirkungen (sogenannten indirekten Enteignungen). Diese sind nur zulässig, wenn sie im öffentlichen Interesse, unter Einhaltung des geltenden Verfahrens und gegen Entschädigung erfolgen und nicht diskriminierend sind. Die Entschädigung muss dabei dem tatsächlichen Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung bekannt wurde.

Artikel 5 schützt vor Kapitalverkehrsbeschränkungen und schreibt insbesondere das Recht vor, Kapital, Dividenden und Gewinne in konvertierbarer Währung frei zu transferieren. Ungewöhnlich ist, dass der Vertrag vorschreibt, dass ein Transfer „zu dem am Tage des Transfers gültigen Wechselkurses“ erfolgen muss. Diese Klausel ist vor dem Hintergrund des Abschlusses 1989 noch mit der Sowjetunion zu sehen. Damals war der Rubel rechtlich nicht frei konvertierbar.

Die Kapitalverkehrsbeschränkungen könnten gegen Artikel 5 und die geplanten Zwangsinsolvenzen, wenn sie stattfinden, gegen Artikel 4 verstoßen. Man darf davon ausgehen, dass Russland das anders sehen wird und insbesondere auf die durch die Sanktionen verursachte Wirtschaftskrise verweisen wird. Inwieweit eine Währungskrise staatliche Maßnahmen rechtfertigen kann, ist jedoch Anfang des Jahrtausends im Kontext der argentinischen Währungskrise von Schiedsgerichten geklärt worden. Und in Rechtsprechung und Literatur ist anerkannt, dass auch gerichtlich angeordnete Insolvenzverfahren mit anschließendem Zwangsverkauf Enteignungen darstellen können. Kommt es zu Meinungsverschiedenheit über die Höhe der Entschädigung nach Artikel 4 oder den freien Transfer nach Artikel 5, kann ein deutscher Investor ein internationales Schiedsgericht anrufen. Das tagt außerhalb Russlands und wendet den Investitionsschutzvertrag und internationales Recht an. Der 1998 ergangene Schiedsspruch in Sedelmayer gegen Russland zeigt auf, dass auch Streitigkeiten darüber, ob überhaupt eine entschädigungsfähige Enteignung vorliegt, von Art. 10 Abs. 2 des BIT umfasst sind.

Investitionsschiedsverfahren sind grundsätzlich effizient und können auch stattfinden, wenn Russland sich am Verfahren nicht beteiligt. Das haben Schiedsverfahren gegen Russland in Folge von Enteignungen auf der annektierten Krim gezeigt. Die durchaus hohen Kosten eines Verfahrens könnten von Prozessfinanzierern übernommen werden. Neben dem deutsch-russischen Investitionsschutzvertrag ist Russland noch bis 2029 an den Energiechartavertrag gebunden. Bis 2009 war der Energiechartavertrag provisorisch anwendbar, dann hat Russland erklärt, niemals Vertragspartei werden zu wollen und damit diese provisorische Anwendbarkeit

beendet. Für bis dahin erfolgte Investitionen im Energiesektor gilt der Vertrag aber noch 20 Jahre weiter.

Selbstverständlich würde Russland, zumindest unter der aktuellen Regierung, einen solchen Schiedsspruch niemals freiwillig erfüllen. Das hat Russland in der Vergangenheit nicht getan und es gibt keinen Grund, wieso dies jetzt anders sein sollte. Ein Schiedsspruch wäre aber in den 169 Vertragsstaaten der New Yorker Konvention über die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen vollstreckbar. Das ist nicht nur etwas für Großunternehmen, da heutzutage Schiedssprüche auch an spezialisierte Fonds verkauft werden können, und es kann letztlich auch gegen Russland zum Erfolg führen. Und aktuell sind weltweit erhebliche russische Vermögenswerte eingefroren, in die möglicherweise vollstreckt werden kann. Rechtsmittel sind daher keineswegs aussichtslos. Sie setzen nur Hartnäckigkeit voraus. Letztlich kann auch die „Feder“ des Juristen gegen das russische Schwert gewinnen.

Diesen und weitere Fachbeiträge der Recht- und Steuerberatung Luther-Lawfirm zu Sanktionsthemen finden Sie in diesem Newsletter:

[NL Russland Ukraine Europa Teil2 V7.pdf \(luther-lawfirm.com\)](#)

Übersicht von Business Europe zu den Gegenmaßnahmen Russlands gegen westliche Sanktionen seit Kriegsbeginn (dt. Arbeitsübersetzung)

1) Einschränkung der Möglichkeit, Devisen ins Ausland zu transferieren. Unter anderem:

- die Exporteure müssen ab dem 1. Januar 2022 80 % der gutgeschriebenen Deviseneinnahmen verkaufen
- das Verfahren für den Verkauf von Fremdwährungen durch Exporteure wird von der russischen Zentralbank festgelegt
- In Russland ansässige Personen dürfen keine ausländischen Kredite in Fremdwährung vergeben und keine Fremdwährung auf Bankkonten außerhalb Russlands einzahlen.

2) Einschränkung der Möglichkeit, dass ausländische Investoren / ausländisches Kapital das Land verlassen. Unter anderem:

- Sonderbestimmungen für Transaktionen zur Gewährung von Krediten und Darlehen (in Rubel) sowie für Transaktionen, die zur Entstehung von Eigentum an Wertpapieren und Immobilien führen
- Genehmigungen müssen von der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation erteilt werden
- ist seit dem 2. März 2022 die Ausfuhr aus der Russischen Föderation von Bargeld in ausländischer Währung und (oder) von Geldinstrumenten in ausländischer Währung in einem Betrag, der den Gegenwert von 10.000 US-Dollar übersteigt und zu dem am Tag der Ausfuhr geltenden offiziellen Wechselkurs der Zentralbank der Russischen Föderation berechnet wird, verboten

3) Gesetzentwurf über die externe Verwaltung von Unternehmen unter ausländischer Kontrolle:

Wenn ein ausländischer Investor Schritte unternimmt, die darauf hindeuten, dass er die Absicht hat, seine russische Tochtergesellschaft aufzugeben, abzuwickeln, zu liquidieren oder ihre Tätigkeit einzustellen, haben die russischen Behörden das Recht, eine externe Verwaltung einzuführen und das Unternehmen schließlich an einen russischen Investor zu übertragen.

4) Genehmigung einer Liste unfreundlicher Länder, zu denen Albanien, Andorra, Australien, Kanada, Gibraltar, Japan, Liechtenstein, die Mitgliedstaaten der EU, Island, Mikronesien, Monaco, Montenegro, Neuseeland, Norwegen, Nordmazedonien, die Republik Korea, San Marino, Singapur, die Schweiz, Taiwan, das Vereinigte Königreich (einschließlich der Britischen Jungferninseln), die Ukraine und die USA gehören.

5) Gesetzgebung, die vorschreibt, dass alle Transaktionen und Geschäfte russischer Unternehmen mit Bürgern und Firmen aus Ländern, die Russland nicht freundlich gesinnt sind, von der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen genehmigt werden müssen. Es wird ein Verfahren eingeführt, nach dem ein in Russland ansässiges Unternehmen oder ein ausländisches Unternehmen aus einem nicht-freundlichen Land die Genehmigung zur Durchführung solcher Geschäfte oder Operationen beantragen muss. Dieser Antrag muss umfassende Informationen über den Antragsteller enthalten, einschließlich eines Dokuments über die wirtschaftlichen Eigentümer des Unternehmens. Die Kommission prüft dann jeden einzelnen Fall und trifft eine Entscheidung über die Genehmigung oder Ablehnung der Transaktionen oder Operationen. Es können auch Bedingungen für die Genehmigung der Transaktionen oder Vorgänge festgelegt werden.

6) Ausweitung des Gesetzes, das die Beschlagnahme von Vermögenswerten von Ausländern erlaubt. Während früher die Beschränkungen des Gesetzes nur auf US-Bürger angewandt werden konnten, gilt es jetzt für alle Ausländer und Staatenlose. Zu diesen Beschränkungen gehören: Verbot der Einreise nach Russland; Beschlagnahme von Finanz- und anderen Vermögenswerten in Russland; Verbot jeglicher Transaktionen mit Eigentum und Investitionen von Bürgern, gegen die Beschränkungen verhängt wurden; Verbot der Veräußerung von auf russischem Hoheitsgebiet befindlichem Eigentum; Aussetzung der Tätigkeit von juristischen Personen, die unter der Kontrolle dieser Bürger stehen, in Russland; Aussetzung ihrer Befugnisse in den Vorständen oder anderen Leitungsgremien von auf russischem Hoheitsgebiet eingetragenen Organisationen.

7) Visa und Mastercard haben die Aussetzung ihrer Aktivitäten in Russland angekündigt, was bedeutet, dass die in Russland ausgestellten Karten im Ausland nicht mehr funktionieren und die im Ausland ausgestellten Karten in Russland nicht mehr funktionieren. Die von russischen Banken ausgegebenen Karten, die innerhalb Russlands verwendet werden, sind davon nicht betroffen. Die russische Zentralbank hat weitere Angaben gemacht, auch zur Verwendung russischer Mir-Karten im Ausland.

8) Patentverzicht: Der Regierungserlass Nr. 299 vom 6. März 2022 erlaubt die Nutzung von Patenten, die Patentinhabern aus unfreundlichen Ländern gehören, ohne deren Zustimmung und ohne Zahlung von Lizenzgebühren.

9) Liste der Waren und Ausrüstungen, deren Ausfuhr aus Russland vorübergehend verboten ist: Der Beschluss gilt bis Ende 2022 und umfasst: Technologie, Telekommunikation, medizinische Geräte, Fahrzeuge, landwirtschaftliche Maschinen, elektrische Geräte - insgesamt mehr als 200 Produkte, darunter Eisenbahnwaggon und Lokomotiven, Container, Turbinen, Metall- und Steinbearbeitungsmaschinen, Monitore, Projektoren, Konsolen und Panels. Die Ausfuhr dieser Güter ist vorübergehend auf alle Länder beschränkt, mit Ausnahme der Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU), Abchasien und Südossetien. Für die letztgenannten Länder gilt ein Genehmigungsverfahren für die Ausfuhr, das durch einen separaten Regierungserlass genehmigt wird. Darüber hinaus wird mit dem Erlass die Ausfuhr bestimmter Holzarten aus Russland vorübergehend eingeschränkt. Sie ist in Ländern verboten, die unfreundliche Handlungen begangen haben. Auch dieser Beschluss gilt bis zum Ende des Jahres.

Darüber hinaus wurde eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um Unternehmen und Bürger angesichts der Sanktionen zu unterstützen, darunter: Abschaffung der Inspektionen für kleine und mittlere Unternehmen und IT-Firmen; Vereinfachung der Bedingungen und des Verfahrens für das öffentliche Beschaffungswesen; Möglichkeit für die Regierung, eine zusätzliche Indexierung der Versicherungsrenten, des Rentenkoeffizienten und der festen Rentenzahlung vorzunehmen; Vereinfachung des Verfahrens für den Erwerb von Arzneimitteln, Ermächtigung des Kabinetts zur Anpassung der Zulassungsanforderungen für pharmazeutische Tätigkeiten, es bestehen Beschränkungen für die Ausfuhr bestimmter Arzneimittel aus Russland; Möglichkeit für die Regierung, die Regeln für die Zulassung zu Hochschulen für Russen anzupassen, die Schwierigkeiten mit dem Studium im Ausland haben.

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Nach Angaben des Ministeriums für Industrie und Handel kamen zuletzt fast 30 Prozent aller in Russland installierten Aufzüge aus dem Ausland. Nachdem die großen westlichen Aufzugshersteller im Zuge des russischen Einmarsches in die Ukraine ihre Lieferungen eingestellt haben, stehen die russischen Bauunternehmer vor dem Problem, schnell Ersatz finden zu müssen. In Russland gibt es offiziellen Angaben nach mehr als 20 heimische Aufzugshersteller, deren Auslastung etwa 75 Prozent beträgt. Allerdings seien auch diese laut Experten im hohen Maße auf Bestandteile aus dem Ausland angewiesen. Eine weitere Option sei der Import aus Asien.

.....

Stand: 22.03.22

Liste 1: In Russland womöglich von Enteignung bedrohte Unternehmen

Im gestrigen Update 2022/20 berichteten wir mit Bezug auf einen GTAI-Beitrag über eine Liste von 60 Unternehmen, die möglicherweise verstaatlicht werden könnten. Die Mitteilung geht auf einen Artikel in der Tageszeitung Izvestia zurück. Unten finden Sie den Link zum Originalartikel, in dem auch einige Unternehmen benannt werden. Die vollständige Liste ist in Russland bislang nicht offen zugänglich. Allerdings handelt es sich laut Artikel auch nicht um eine endgültige Liste. Welche Unternehmen insgesamt für russische Gegensanktionen in Frage kommen, hängt weiterhin auch von der finalen Ausgestaltung des seit Tagen angekündigten, aber noch nicht verabschiedeten Gesetzes ab. Nach letzten Berichten betrifft das Gesetzesvorhaben Unternehmen, die den russischen Markt komplett verlassen und ihre Kunden im Ungewissen zurücklassen. Laut Izvestia sollen die Staatsanwaltschaft, das Ministerium für Industrie und Handel sowie die Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor über betroffene Unternehmen entscheiden.

[В России создан перечень из 60 компаний-претендентов на национализацию | Новости | Известия | 10.03.2022 \(iz.ru\)](#)

Liste 2: Unternehmen, die den russischen Markt aufgeben oder bleiben wollen

Eine Expertengruppe der Universität Yale teilt internationalen Unternehmen mit Russland-Geschäft inzwischen in fünf Kategorien ein. Unternehmen, die schnell auf den Krieg reagiert haben und sich komplett aus Russland zurückziehen, sollen damit unterstützt werden, während Unternehmen, die zögern, ihr eigenes Russlandgeschäft aufzugeben, mit der Liste weiter unter Druck gesetzt werden sollen. 430 Unternehmen haben laut der Liste des Instituts bis zum Wochenbeginn ihre Aktivitäten eingestellt, suspendiert oder zumindest zurückgefahren. Die Liste enthält bislang vor allem US-Unternehmen, wird aber täglich erweitert. Hier der Link zur Originalseite:

[Over 400 Companies Have Withdrawn from Russia—But Some Remain | Yale School of Management](#)

Spiegel-Online hat zur Liste heute einen Bericht veröffentlicht (Paywall)
[Russland und die USA: Warum sich nicht alle US-Konzerne aus dem Land zurückziehen - DER SPIEGEL](#)

[rbc:](#)
Gesetzentwurf über den Austritt Russlands aus der WTO in die Staatsduma eingebracht

In der Staatsduma wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der zum Austritt Russlands aus der

Welthandelsorganisation (WTO) führen könnte. Die Initiative wurde von den Abgeordneten der Partei "Gerechtes Russland - Für die Wahrheit" eingebracht, heißt es auf der Website des Parlaments.

In der Erläuterung heißt es, dass Russland nach seinem Beitritt zur Organisation zunächst die Meistbegünstigung erhielt, mengenmäßige Beschränkungen und Verbote der freien Durchfuhr wurden aufgehoben. Nach der Verschlechterung der Beziehungen mit der Europäischen Union, den USA und anderen Ländern seit 2014 begannen diese Vorteile jedoch zu schwinden, so die Abgeordneten weiter.

„Zum Schutz der nationalen Interessen der Russischen Föderation, der Notwendigkeit einer protektionistischen Politik, als Antwort auf den Sanktionsdruck und zum Selbstschutz [sollte das Land die WTO verlassen]“, erklärten die Duma-Abgeordneten.

„Russland sollte sich sofort aus der WTO zurückziehen und ein für alle Mal mit einer Organisation Schluss machen, die unserer Wirtschaft durch ihre Beschränkungen großen Schaden zugefügt hat“, sagte der Parteivorsitzende Sergej Mironow.

Mitte März meldete die WTO, dass sie eine Erklärung von 14 WTO-Mitgliedern erhalten hat, in der vorgeschlagen wird, Russland die Meistbegünstigung zu entziehen. „Diese [WTO-Mitglieder haben deutlich gemacht, dass sie mit dem Konflikt in der Ukraine und der Rolle Russlands in diesem Konflikt nicht einverstanden sind“, heißt es in der Erklärung. Zuvor hatten die USA und Japan beschlossen, Russland den Meistbegünstigungsstatus im Handel zu entziehen.

Russland reagierte darauf mit der Feststellung, dass das multilaterale Handelssystem aufgrund der jüngsten aggressiven und politisch motivierten handelsbeschränkenden Maßnahmen einiger Mitglieder in Gefahr sei. Das russische Büro kritisierte Vorschläge, Moskau aus der WTO auszuschließen oder seine Mitgliedschaft auszusetzen, und warf den westlichen Ländern vor, Sanktionen zu verhängen, "die darauf abzielen, die Wirtschaft Russlands und seiner Nachbarn zu untergraben".

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Der russische Föderale Dienst für Militärisch-Technische Zusammenarbeit (FSMTC) hat ein operatives **Hauptquartier zur Bekämpfung von Sanktionen** eingerichtet, wie der stellvertretende Direktor des Dienstes, Michail Babitsch, der Agentur [RIA Novosti](#) erklärte.

"Die Welle von Sanktionen, die wir jetzt erleben, ist die systematischste und tiefgreifendste. Wir analysieren derzeit, welche Bereiche der gemeinsamen Aktivitäten des DIC und des Verteidigungsministeriums betroffen sein werden. Zu diesem Zweck hat der Dienst ein operatives Hauptquartier eingerichtet, das von Direktor Dmitri Schugajew geleitet wird", sagte Babitsch auf einer Sitzung des Expertenrats in der Staatsduma.

Ihm zufolge analysiert diese Zentrale regelmäßig die von den PTS-Themen aufgeworfenen Fragen. "Darüber hinaus sind die finanziellen Zwänge sowie die Transport- und Logistikprobleme sehr akut geworden", sagte Babitsch.

Er sagte, dass all diese Fragen systematisch analysiert und einer Regierungskommission unter der Leitung von Mischustin sowie der VTS-Kommission des Präsidenten vorgelegt werden.

Nach dem Verbot von Facebook und Instagram und weiterer internationaler Medienkanäle in Russland blockiert die russische Regierung nach Meldungen russischer Medien nun auch den europäischen Nachrichtensender **Euronews**. Die staatliche Behörde Roskomnadsor habe den Zugang zu allen Euronews-Produkten in Russland auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft eingeschränkt. Euronews habe systematisch unzuverlässige und öffentlich bedeutsame Informationen über eine spezielle Militäroperation der Russischen Streitkräfte sowie Informationen mit Aufrufen zur Teilnahme an öffentlichen Massenveranstaltungen veröffentlicht, die gegen die in Russland geltenden Vorschriften verstießen. Der Zugriff auf die Website euronews.com und ihre russische Version ru.euronews.com sei in Russland blockiert worden.

Die Systempartei „Gerechtes Russland“ hat nach russischen Medienberichten die **Website „Fragen wir Bastrykin“** eingerichtet, auf der Bürgerfragen über die sogenannten „Staatsschädlinge“ gesammelt und an den Chef des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation Alexander Bastrykin weitergegeben würden. Dies solle die Basis für weitere Anfragen an das Ermittlungskomitee zur Fahrlässigkeit von Staatsbeamten sein, die nach Meinung der Bürger durch ihre Tätigkeit dem Staat geschadet hätten. Am ersten Tag seien mehr als 200 Anfragen verzeichnet worden, unter anderem zur Verantwortlichkeit der Zentralbank für die Verlagerung von Gold- und Devisenreserven ins Ausland.

Russland sei aus den Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Japan ausgestiegen, berichten russische Medien, und habe die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf den **Kurilen-Inseln** sowie den visumsfreien Reiseverkehr zwischen Japan und der Inselgruppe im Pazifik beendet.

FAZ:

[Sanktionen gegen Russland: S&P zieht Ratings zurück \(faz.net\)](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sanktionen-gegen-russland-s-p-zieht-ratings-zurueck-16171888.html)

Die Sanktionen bringen den russischen Staat und die Unternehmen immer mehr in Bedrängnis. Nun müssen die Ratingagenturen ihre Bonitätsnoten zurückziehen. Der Zahlungsausfall Russlands lässt zwar auf sich warten, aber die Probleme greifen inzwischen auch auf Emittenten mit russischen Wurzeln über. Nach Angaben des russischen Finanzministeriums vom Dienstag ist eine weitere Zinszahlung für eine

Fremdwährungsanleihe an die Gläubiger überwiesen worden. Die fälligen Zinsen von insgesamt 65,63 Millionen Dollar sollen für die bis 2029 laufende Staatsanleihe demnach vollständig gezahlt worden sein. Die Überweisung sei über die US-Bank JP Morgan Chase abgewickelt worden, zitierte die Nachrichtenagentur Reuters einen Finanzmarktteilnehmer.

Schon in der vergangenen Woche hatte Russland über das amerikanische Institut die Zinsen von insgesamt 117 Millionen Dollar gezahlt. Diese mussten in der amerikanischen Währung erfolgen, während die nun fällige Zinszahlung aufgrund einer Anleiheklausel unter bestimmten Bedingungen auch in Rubel hätte getätigt werden können.

Der russische Finanzminister Anton Siluanow hatte damit gedroht, dass die Zahlungen für Anleihen in Rubel geleistet werden, wenn Russland aufgrund der westlichen Sanktionen keinen Zugang zu Dollar erhalte. Die Ratingagenturen haben Russland schon längst im Ramschbereich eingestuft, weil sie aufgrund der Sanktionen einen technischen Zahlungsausfall für wahrscheinlich halten. So kann die russische Zentralbank nach Angaben von Siluanow nicht mehr auf Devisenreserven von 300 Milliarden Dollar zugreifen. Insgesamt verfügt das Land über Gold- und Währungsreserven in Höhe von 640 Milliarden Dollar.

Am 4. April Tilgung von 2 Milliarden Dollar

Die Zitterpartie dürfte in den kommenden Wochen weitergehen: Am 4. April muss Russland eine Anleihe über 2 Milliarden Dollar tilgen. Auch diese Zahlung muss in Dollar erfolgen. Falls dies nicht der Fall ist und Russland nur Rubel überweist, stellt dies nach Einschätzung der führenden Ratingagenturen S&P Global, Moody's und Fitch einen Zahlungsausfall dar. Es gibt dann eine Frist von 30 Tagen nach dem ersten Zahlungstermin, in der die Überweisung in Dollar erfolgen und damit der Zahlungsausfall abgewendet werden kann.

EU-Kommission untersagt Ratings

Doch dann dürften die drei großen Ratingagenturen Russland und russische Emittenten nicht mehr bewerten. Am Dienstag kündigte S&P an, bis zum 15. April alle ausstehenden russischen Bewertungen zurückzuziehen. Damit werde der Mitte März von der EU ausgerufene Bann umgesetzt. S&P hatte am 9. März die Einstellung seiner Geschäfte in Russland angekündigt. Moody's hatte dies schon am 5. März angekündigt. In der Vorwoche hatte die EU-Kommission den Ratingagenturen die Bewertung von Anleihen des russischen Staates und von dortigen Unternehmen untersagt. „Diese Sanktionen werden dazu beitragen, den wirtschaftlichen Druck auf den Kreml weiter zu erhöhen“, begründete die EU-Kommission ihre Entscheidung. Dieser Schritt sei mit internationalen Partnern abgesprochen worden, insbesondere mit den USA.

Derzeit sind russische Fremdwährungsanleihen im Gesamtvolumen von etwa 40 Milliarden Dollar im Umlauf. Rund die Hälfte davon wird von ausländischen Investoren gehalten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hält gravierende Folgen für das weltweite Finanzsystem im Fall einer Staatspleite Russlands jedoch für wenig wahrscheinlich.

Evraz-Zahlung blockiert

Die Sanktionen bringen nun auch die russischen Unternehmen zunehmend in Bedrängnis. Der an der Börse London gelistete russische Stahlkonzern Evraz hat mitgeteilt, dass eine Zinszahlung von knapp 19 Millionen Dollar blockiert worden sei und er damit in einen Zahlungsausfall rutschen könne. Dies könnte eine indirekte Folge von britischen Sanktionen sein, die Evraz' Hauptaktionär Roman Abramowitsch betreffen. Der Stahlkonzern wollte nach eigenen Angaben an eine Korrespondenzbank in New York, die dortige Niederlassung der französischen Société Générale, eine fällige Zinszahlung von 18,9 Million Dollar auf seine 700-Millionen-Anleihe leisten, die dann weitergereicht werden sollte. Société Générale stoppte aber die Zahlung.

Die großen Verwerfungen seit Beginn des russischen Ukrainekriegs und den Sanktionen drücken die Werte russischer Aktien und Anleihen. Die Evraz-Anleihe wird derzeit mit nur 60 Prozent des Nennwertes gehandelt. Die Evraz-Aktie hat an der Börse London in den vergangenen vier Wochen gut 70 Prozent an Wert eingebüßt.

.....
Stand: 23.03.22

Putin: Russisches Gas muss nun in Rubel bezahlt werden

Für Gaslieferungen aus Russland müssen Kunden in Deutschland und anderen EU-Staaten voraussichtlich ab April in Rubel bezahlen. Der russische Präsident Wladimir Putin wies am Mittwoch laut russischen Medienberichten die Regierung an, keine Zahlungen in Dollar oder Euro mehr zu akzeptieren. Die Lieferungen würden weiter in vollem Umfang gewährleistet, versicherte der Kremlchef in einer Videokonferenz der Regierung, die im Staatsfernsehen übertragen wurde. Eine Zahlung für russische Waren in Devisen habe ihren Sinn verloren.

Betroffen sind demnach die von Russland auf einer schwarzen Liste festgehaltenen „unfreundlichen Staaten“. Dazu gehören Deutschland und alle anderen EU-Staaten, aber etwa auch die USA, Kanada und Großbritannien. Die Ankündigung sorgte prompt für eine Stärkung der russischen Währung, die massiv unter Druck steht.

Die Zentralbank und die russische Regierung hätten nun eine Woche Zeit, die Modalitäten für die Umstellung von Devisen- und auf Rubelzahlungen festzulegen, sagte Putin. Der Westen habe selbst seine Währungen entwertet, indem russische Aktiva im Ausland eingefroren worden seien.

Als Reaktion auf die Sanktionen des Westens hatte die russische Regierung bereits Anfang des Monats beschlossen, dass eigene finanzielle Verpflichtungen bei „unfreundlichen Staaten“ nur noch in Rubel beglichen werden. Darunter sind auch die Ukraine, die Schweiz und Japan.

Hier zum selben Thema ein Beitrag aus dem russischen Kommersant:

Neues Gesetz zu "Fake News" verabschiedet

Am 22. März verabschiedete die russische Staatsduma einen erweiterten Gesetzentwurf zur Bestrafung von „Fake News“ in zweiter und dritter Lesung. Jetzt geht es um Strafen für eine „Diskreditierung russischer staatlicher Behörden im Ausland“ und die „Verbreitung falschen Informationen über ihre Tätigkeit“. Ein ähnliches Gesetz besteht bereits für die Verbreitung von Fake News über die Streitkräfte der Russischen Föderation. Das neue Gesetz sieht eine Strafe von bis zu 10 Jahren Gefängnis oder eine Geldstrafe von bis zu fünf Millionen Rubel vor. Wenn die „Falschinformationen“ schwerwiegende Folgen haben, beträgt die Haftstrafe sogar 10 bis 15 Jahre. Das Gesetz steht noch zur Annahme durch den Föderationsrat an und wird in Kürze nach Unterzeichnung durch Präsident Wladimir Putin in Kraft treten. Informationen zum neuen Gesetz finden Sie [hier](#).

Meldung der Nachrichtenagentur Tass zum Gesetz in Arbeitsübersetzung:

„Ein Gesetzentwurf über die strafrechtliche Verfolgung von Fälschungen über die Arbeit russischer Staatsorgane im Ausland wird dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sehr bald zur Unterschrift vorgelegt. Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow erklärte gegenüber Reportern:

„Er wird höchstwahrscheinlich sehr schnell an den Präsidenten gehen. Wenn der Präsident eine solche Entscheidung trifft, wird er sie unterzeichnen. Dies ist bereits ein technisches Problem, es ist ziemlich schnell“, sagte der Kreml-Sprecher.

Am 22. März verabschiedete die Staatsduma in zweiter und dritter Lesung einen Gesetzentwurf zur Einführung strafrechtlicher Sanktionen für falsche Informationen über im Ausland tätige russische Regierungsstellen. Die Haftung wäre ähnlich derjenigen, die bereits für die Verbreitung von Fälschungen über die russischen Streitkräfte besteht.

Das Dokument sieht eine Erweiterung der Liste der Stellen vor, deren Verbreitung falscher Informationen unter Strafe gestellt werden soll. Dabei handelt es sich insbesondere um Botschaften, die Staatsanwaltschaft, die Rosgwardia, das russische Katastrophenschutzministerium usw. Es werden Änderungen an den kürzlich verabschiedeten Artikeln des Strafgesetzbuches vorgenommen, die die Verantwortlichkeit für die Diskreditierung der russischen Streitkräfte und für Fälschungen über sie vorsehen.

Zuvor wurde das Strafgesetzbuch durch Artikel 207.3 "Öffentliche Verbreitung vorsätzlich falscher Informationen über die Streitkräfte der RF" geändert, der eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe von bis zu 1,5 Millionen Rubel vorsieht.

Wird der Verstoß durch Missbrauch einer amtlichen Stellung, aus geldgierigen Motiven, aus politischem, ideologischem, rassistischem, nationalem oder religiösem Hass oder Feindschaft begangen, beträgt die Strafe bis zu 10 Jahre Gefängnis oder eine Geldstrafe von bis zu 5 Millionen Rubel. Wenn die gefälschten Informationen zu schwerwiegenden Folgen führen, beträgt die Freiheitsstrafe 10 bis 15 Jahre.

Hier eine Meldung auf der Seite der russischen Duma (russisch):

[Приняты поправки об ответственности за фейки о работе госорганов РФ за рубежом \(duma.gov.ru\)](https://duma.gov.ru)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Bloomberg:

Putin-Berater Tschubais gibt wegen Ukraine-Krieg auf und verlässt Russland

(Arbeitsübersetzung)

Der russische Klimabeauftragte Anatoli Tschubais ist zurückgetreten und hat das Land verlassen. Er begründet dies mit seiner Ablehnung des Krieges von Präsident Wladimir Putin in der Ukraine, wie zwei mit der Situation vertraute Personen berichten.

Der 66-jährige Tschubais ist einer der wenigen Wirtschaftsreformer aus den 1990er Jahren, die in Putins Regierung geblieben sind und enge Beziehungen zu westlichen Beamten unterhalten haben. Der Sprecher des Kremls, Dmitri Peskow, reagierte nicht sofort auf eine Anfrage zur Stellungnahme.

Tschubais, der als Architekt der Privatisierungen in Russland in den 1990er Jahren bekannt ist, gab Putin Mitte der 1990er Jahre seinen ersten Auftrag im Kreml und begrüßte zunächst seinen Aufstieg an die Macht am Ende dieses Jahrzehnts. Unter Putin nahm Tschubais Spitzenpositionen in großen Staatsunternehmen ein, bis ihn der Präsident im vergangenen Jahr zum Beauftragten für nachhaltige Entwicklung ernannte.

Seit dem Krieg hat die Regierung den Druck auf einheimische Kritiker der Invasion erhöht. Putin warnte am 16. März, er werde Russland von "Abschaum und Verrätern" säubern, die er beschuldigt, verdeckt für die USA und ihre Verbündeten zu arbeiten. Angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs beschuldigte der russische Staatschef den Westen, Russland zerstören zu wollen.

Letzte Woche trat Arkadi Dworkowitsch, der während der Präsidentschaft von Dmitri Medwedew als Wirtschaftsberater und bis 2018 als stellvertretender Ministerpräsident tätig war, als Leiter des staatlich unterstützten Technologiefonds Skolkowo zurück, nachdem er die Invasion verurteilt hatte. Dworkowitsch, der auch Präsident des Internationalen Schachverbands ist, ist einer der wenigen ehemaligen hohen Beamten, die sich gegen den Krieg ausgesprochen haben.

n-tv

Putin ändert Regeln für Airlines - Russland verliert 78 Flugzeuge wegen Sanktionen

Die westlichen Sanktionen gegen Russland als Folge des Kriegs in der Ukraine wirken sich auch auf die Fluggesellschaften im Land aus. 78 Maschinen wurden laut Verkehrsminister Saweljew im Ausland beschlagnahmt. Probleme bekommt Russland auch bei der Wartung.

Russland hat wegen der Sanktionen des Westens im Zuge des Krieges gegen die Ukraine nach eigenen Angaben 78 Flugzeuge eingebüßt. Die Maschinen seien im Ausland beschlagnahmt worden und könnten nun nicht mehr zurückfliegen, sagte Verkehrsminister Witali Saweljew der Staatsagentur Tass zufolge. Wegen des Risikos der Beschlagnahme von geleasteten Flugzeugen russischer Gesellschaften im Ausland waren viele Flugzeuge nach Russland gebracht worden.

Nach dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar haben nahezu alle europäischen Länder, die USA und Kanada ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt. Russland reagierte ebenfalls mit Sperren. Von dem Verbot sind auch geleaste Maschinen betroffen. Präsident Wladimir Putin hat wegen der Sanktionen verfügt, dass heimische Fluggesellschaften ihre geleasteten ausländischen Maschinen künftig in Russland registrieren dürfen. Damit können das Staatsunternehmen Aeroflot und andere Firmen weiter auf Inlandsstrecken ihre Flotten einsetzen.

Saweljew zufolge wurden bereits 800 Flugzeuge in Russlands Luftverkehrsregister eingetragen. "Wir versichern sie bei einer russischen Versicherungsgesellschaft", sagte er. Russland habe zum Zeitpunkt der Sanktionen über 1367 Flugzeuge verfügt. Mit der Androhung neuer und weltweit greifender Sanktionen hatte die US-Regierung vergangene Woche angekündigt, Dutzende weitere russische Flugzeuge "effektiv stilllegen" zu wollen. Demnach sollten 100 Flugzeuge noch am Freitag vom internationalen Flugverkehr ausgeschlossen werden.

Bei der Wartung der Maschinen will sich Russland nun an den Erfahrungen des Iran in einer ähnlichen Situation orientieren. Airbus, Boeing und andere Unternehmen der Branche haben als Reaktion auf den Krieg und die Sanktionen ihre Lieferungen und Wartungsarbeiten für die russischen Gesellschaften eingestellt. Die Airlines erhalten damit keine Ersatzteile mehr und werden auch technisch nicht mehr unterstützt. Die Sanktionen hier orientieren sich an den Strafmaßnahmen gegen den Iran wegen dessen Atom- und Raketenprogramm.

TASS

Manturov: Einige Autofirmen haben bereits ihre Absicht bestätigt, ihre Tätigkeit in Russland wieder aufzunehmen

Einige ausländische Automobilhersteller haben dem Ministerium für Industrie und Handel bereits ihre Absicht bestätigt, den Betrieb von Werken in Russland wieder aufzunehmen. Dies teilte der russische Minister für Industrie und Handel, Denis Manturow, Journalisten mit.

"Wir sind bisher mit allen großen Marken im Gespräch. Bei einigen haben wir eine klare Vorstellung davon, dass sie beibehalten werden: sowohl die Produktionskapazität als auch die Lieferung von Komponenten für unseren Markt", sagte er. - Leider müssen wir uns vielleicht von einigen verabschieden, weil wir nicht ewig warten können.

Manturow zufolge rechnet er damit, dass es Ende März oder Anfang April möglich sein wird, mit den Unternehmen "auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen" und dann Pläne für die weitere Entwicklung dieses oder jenes Unternehmens zu machen. "Dies gilt nicht nur für die Automobilindustrie, sondern für alle Industriebetriebe, bei denen ausländische Eigentümer in Erwägung ziehen oder bereits einige Entscheidungen für sich getroffen, aber noch nicht geäußert haben, um langfristige Ausfallzeiten und logistische Umstellungen für andere Komponenten, vielleicht für andere Marken, zu vermeiden", fügte der Minister hinzu.

So nahm das Renault-Werk in Moskau am 21. März seine Arbeit wieder auf.

Darüber hinaus, so Manturow, haben viele Außenhandelsunternehmen, die ihre Tätigkeit in Russland vorübergehend eingestellt haben, keine Erklärung über den vollständigen Rückzug vom russischen Markt abgegeben. "Bislang sind uns keine derartigen Entscheidungen von Handelsunternehmen bekannt. Es gibt E-Commerce-Anbieter, die ihre Aktivitäten aus verschiedenen Gründen bisher eingestellt haben", sagte er.

Die Hauptgründe für die Aussetzung sind laut Manturow logistische Probleme. Gleichzeitig zahlen die Unternehmen ihren Mitarbeitern weiterhin Gehälter.

Maßnahmen zur Unterstützung der Automobilindustrie

Das Ministerium für Industrie und Handel entwickle umfassende Maßnahmen, um die heimische Automobilindustrie vor dem Hintergrund der Sanktionen zu unterstützen, sagte Manturow.

"Wir bilden jetzt eine gemeinsame Position mit der Industrie, um der Regierung weitere Unterstützungspakete zur Prüfung vorzulegen", sagte Manturow.

RB.RU

Beschränkung der Rechte ausländischer Aktionäre (Arbeitsübersetzung)

Der Russische Industriellen- und Unternehmerverband (RSPP) hat vorgeschlagen, die Gesellschaftsrechte ausländischer Aktionäre „zum Schutz der nationalen Interessen“ erheblich einzuschränken. RSPP schlägt insbesondere vor, ihnen das Stimmrecht bei

Hauptversammlungen und die Möglichkeit, den Rückkauf von Wertpapieren zu verlangen, zu entziehen.

Wie RBC berichtet, hat RSPP-Chef Alexander Schokhin seine Vorschläge zur Stabilisierung der Unternehmensbeziehungen angesichts der Sanktionen an Maxim Reschetnikov, den Leiter des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung, geschickt. In dem Schreiben wird vorgeschlagen, "zum Schutz der nationalen Interessen" die Rechte von gebietsfremden Aktionären und Aktionären mit unbestimmter Staatsangehörigkeit vorübergehend zu beschränken.

Der RSPP-Vorschlag richtet sich an Aktionäre, die Anteile an strategischen Unternehmen besitzen, sowie an Unternehmen mit staatlicher Beteiligung oder an Unternehmen, an denen Einrichtungen mit staatlicher Beteiligung oder strategische Unternehmen einen Anteil von 20 % oder mehr besitzen.

In Bezug auf diese Aktionäre schlägt der RSPP folgende Maßnahmen vor:

- ihre Stimmen in der Hauptversammlung nicht zu berücksichtigen. Die konkreten Fälle und Fragen, in denen dies möglich ist, sollten von der Bank von Russland oder der Rechtskommission festgelegt werden;
- ihr Recht, die Rücknahme von Aktien zu verlangen, einzuschränken, wenn das Unternehmen beschließt, sich umzuwandeln/aufzulösen oder die Satzung zu ändern, wodurch die Rechte der Aktionäre eingeschränkt werden;
- auf sie nicht die Vorschriften anzuwenden, die sich aus dem Erwerb von mehr als 30 % der Aktien einer Aktiengesellschaft ergeben (einschließlich der Notwendigkeit, den Inhabern aller Wertpapiere nach dem Erwerb eines solchen Aktienpakets ein Pflichtangebot zu unterbreiten);
- ihnen das Recht zu nehmen, eine außerordentliche Hauptversammlung zu verlangen, und die Unternehmen von der Verpflichtung zu befreien, ihnen Stimmzettel zu Themen der Tagesordnung der Hauptversammlung zuzusenden;
- das Bezugsrecht zum Erwerb zusätzlicher Aktien/Wandelanleihen des Unternehmens sowie neu platzierter zusätzlicher Aktien einer neuen Kategorie/Wandelanleihen, die durch öffentliche Zeichnung ausgegeben werden, ausschließen;
- auf Anfrage keinen Zugang zu Dokumenten und Informationen des Unternehmens gewähren;
- Ermöglichung der Entscheidung von Unternehmen, keine Dividenden auf Aktien im Besitz von gebietsfremden Aktionären anfallen zu lassen oder zu zahlen.

Für Gebietsansässige aus einzelnen Ländern sind Ausnahmen von diesen Regeln möglich, die von der Zentralbank oder der Resilienzkommision genehmigt werden können. Der RSPP

betonte, dass vorgeschlagen wird, diese Maßnahmen vorübergehend einzuführen, z. B. bis Ende 2022.

Die RSPP schlug auch vor, das Verfahren zur Umstrukturierung von Unternehmen zu vereinfachen, das viele russische Unternehmen aufgrund der westlichen Sanktionen durchlaufen müssen. Dies bezieht sich auf den Ausstieg von Aktionären aus Unternehmen, die von Sanktionen betroffen sind. Umgekehrt geht es darum, dass sanktionierte Anteilseigner aus nicht sanktionierten Unternehmen aussteigen, um deren normale Geschäftstätigkeit fortzusetzen.

Zu diesem Zweck werden die folgenden befristeten Gesetzesänderungen vorgeschlagen:

Senkung des Schwellenwerts für die Entscheidung über die Einstellung der Börsennotierung von 95 % auf 75 % der Stimmen aller Aktionäre des Unternehmens und Aussetzung der 10 %-Grenze für den Rückkauf eigener Aktien durch ein Unternehmen. Erlauben Sie Aktienrückkäufe, auch wenn das Nettovermögen negativ ist; Senkung der Schwelle für den obligatorischen Rückkauf von Aktien von 95 auf 90 %.

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

